



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Die lippischen Wanderarbeiter

Fleege-Althoff, Fritz

Detmold, 1928

Erster Teil. Die lippischen Wanderarbeiter der älteren Zeit. (Die Hollands- und Frieslandsgänger)

urn:nbn:de:hbz:466:1-30951

Erster Teil

Die lippischen Wanderarbeiter der
älteren Zeit

(Die Hollands- und Frieslandsgänger)

Erstes Kapitel

Die Vorbedingungen der älteren lippischen Wanderarbeit

I. Abschnitt: Die Vorbedingungen in den Zuwanderungsgebieten

§ 1. Die Zuwanderungsgebiete im 17. und 18. Jahr- hundert¹⁾.

a) In dem nach 40 jährigem Ringen zwischen Spanien und den Niederlanden am 9. April 1609 geschlossenen Waffenstillstande wurde die Souveränität der niederländischen Republik anerkannt²⁾. Damit endigte ein Unabhängigkeitskampf, der zwar als einer der heldenmütigsten Freiheitskämpfe bezeichnet worden ist, der aber auch ungeheure Opfer an Geld und Menschen forderte.

Und doch wurde bereits während des Krieges der Grund gelegt zu dem glänzenden Aufschwunge der niederländischen Volkswirtschaft im 17. Jahrhundert, „trat mitten in diesen schweren Jahrzehnten, in dem wechselvollen Spiel von Siegen und Niederlagen, der niederländische Handel seine Entwicklung zum Welthandel an“³⁾.

Politische Freiheit und wirtschaftliche Größe, als Folgen des Kampfes, wurden durch die Kriege des 17. Jahrhunderts nicht mehr gehemmt, weder durch den neuen spanischen Krieg von 1621—1648, noch durch die Kämpfe mit England und Frankreich; vielmehr haben die Niederlande ihre beherrschende Stellung im Welthandel

¹⁾ Vergl. hierzu Tack, Die Hollandsgänger in Hannover und Oldenburg, S. 14—42.

²⁾ Schiller, Weltgeschichte, Berlin 1901, III. Bd., S. 331.

³⁾ Tack, S. 17.

bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zu behaupten vermocht, erst von da ab verloren sie ihre Vorherrschaft durch die scharfe Konkurrenz und materielle Überlegenheit anderer Staaten, besonders Englands.

Von der Bedeutung des niederländischen Handels machen wir uns einen Begriff, wenn wir erfahren, daß die Handelsflotte am Anfange des 17. Jahrhunderts mehr als 3000 große Fahrzeuge und über 40 000 Seeleute zählte¹⁾, und daß 1670 von den 20 000 westeuropäischen Fahrzeugen 15—16 000 holländische gewesen sein sollen²⁾.

Die holländische Flagge beherrschte die Meere, und niederländische Schiffe besorgten für fast alle Staaten Europas die Seefrachtfahrt; der Niederländer war der Kaufmann und Frachtfahrer, Amsterdam die Börse der Welt.

Unermeßliche Reichtümer flossen durch den ausgedehnten Handel aus allen Weltteilen der niederländischen Volkswirtschaft zu, so daß das 17. ein Jahrhundert „niemals wiederkehrenden wirtschaftlichen Glanzes für die Niederländer war“³⁾.

Mit dem Aufschwunge des Handels gelangten andere Erwerbszweige zur Blüte. Insbesondere halfen Industrie, rege Gewerbetätigkeit, Ackerbau und Viehzucht den Nationalreichtum Hollands vermehren.

Von großer Bedeutung war in erster Linie die Schiffsbauindustrie. Sie deckte nicht nur den Bedarf an eigenen Kriegs- und Handelsschiffen, nein, fast alle seefahrenden Nationen bestellten ihre größeren Fahrzeuge bei niederländischen Werften, die dadurch überall bekannt wurden.

Das nahe Meer brachte es mit sich, daß die Niederländer schon früh die Fischerei als Erwerbsquelle ausnutzten. Besonders waren es seit Anfang des 17. Jahrhunderts der Herings- und der Walfischfang, wodurch

¹⁾ Tack, S. 18.

²⁾ Ebenda, S. 19.

³⁾ Ebenda, S. 26.

einer großen Zahl der Bevölkerung ausreichende Beschäftigung geboten wurde. Dieser ausgedehnte Erwerbszweig hatte neue Unternehmungen zur Folge: Netzstrickereien und Seilereien, Böttchereien und Salzsiedereien, Transi-dereien und Werkstätten zur Bearbeitung des Fischbeins erlangten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung¹⁾.

Seitdem die uralte flandrische Weberei sich nach Leiden und Haarlem gewandt hatte, blühte auch dieser Industriezweig mächtig empor und mit ihm Spinnereien, Tuchfabriken, Färbereien und Papierfabriken; hierzu kam noch, daß namentlich in Haarlem und Utrecht Fabriken für Seiden- und Halbseidenstoffe neu entstanden.

Alle Erwerbszweige forderten sehr viele Arbeitskräfte, die aber von den Städten allein nicht gestellt werden konnten. Die Folge war, daß der Lohn für die Arbeiter bedeutend stieg und infolgedessen die ländliche Bevölkerung anfangs aus der näheren Umgebung der Industriezentren, dann aber auch aus ferneren, besonders ärmeren Gegenden, durch den hohen Verdienst angelockt wurde und nach den Städten strömte, von denen sich daher in kurzer Zeit tatsächlich manche verdoppelten²⁾. Ja, es reichten mit der zunehmenden Ausdehnung aller Gewerbe- und Industriezweige bald die eigenen Arbeitskräfte, trotz des starken Zuzugs vom Lande in die Städte, nicht mehr aus. Da außerdem als erschwerendes Moment noch die verhältnismäßig schwache Bevölkerung der Niederlande in jener Zeit, selbst noch im 18. Jahrhundert³⁾, hinzukam, so mußten ausländische Kräfte ergänzend hinzugezogen werden.

Naturgemäß wurden die fremden Arbeiter besonders in solchen Betrieben verwandt, die eine schwere und gefährliche Arbeitsleistung erforderten, aber einen verhältnismäßig geringen Ertrag abwarfen. Und fast ausschließlich überließ der Niederländer dem Ausländer die Er-

¹⁾ Tack, S. 24.

²⁾ Ebenda, S. 28.

³⁾ Ebenda, S. 34.

werbszweige, die nur von temporärer Dauer waren und die erwähnten Nachteile in sich schlossen; hierzu gehörten in erster Linie Ziegelbrennerei und Torfgräberei. Beide Gewerbezweige stehen mit dem Aufblühen der niederländischen Volkswirtschaft in unmittelbarem Zusammenhange.

Die Armut des Landes an Waldungen und der Mangel an natürlichen Bausteinen veranlaßten die Niederländer, den fetten, tonigen Boden zu künstlichen Steinen zu verarbeiten. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwunge stieg die Nachfrage nach diesem vorzüglichen Baumaterial bedeutend, so daß die notwendige Steigerung der Produktion die Anlage einer großen Zahl neuer Ziegeleien und eine starke Vermehrung der Arbeitskräfte erforderlich machte. Besonders waren es die am spärlichsten besiedelten nördlichen Provinzen, in erster Linie Groningen und Drenthe, die jährlich viele fremde Ziegelerbeiter sahen.

Noch einen anderen wertvollen Schatz hatte die Natur diesem Lande gegeben, den Torf, der, an der Luft getrocknet, ein vorzügliches Brennmaterial lieferte, das namentlich der Industrie von großem Nutzen war, da die Niederlande kein anderes Feuerungsmaterial besaßen. Im 17. Jahrhundert nahm daher die Torfgräberei in den Provinzen Overijssel, Drenthe, Groningen einen bedeutenden Umfang an.

Es konnte nicht ausbleiben, daß jene Gebiete, in denen neben Handel und Industrie die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle spielte, auch bald über Mangel an geeigneten landwirtschaftlichen Arbeitern klagten, besonders in der Zeit, innerhalb der die Hauptarbeit unbedingt erledigt werden mußte, und zu diesem Zwecke eine Vermehrung der Arbeitskräfte für diesen Zeitraum erforderlich wurde. Dies war besonders der Fall bei dem neben der Viehzucht wichtigsten Zweige der niederländischen Wirtschaft, der Heugewinnung.

Bei der Wichtigkeit dieses landwirtschaftlichen Zweiges und bei der Berühmtheit, die das niederländische, besonders holländische und friesische Heu in den benachbarten Gebieten erlangt hatte, war es erklärlich, daß der niederländische Bauer auf die Heugewinnung großen Wert legte und, da seine gewöhnlichen Arbeitskräfte die schwere Arbeit, namentlich das Mähen des hohen und dickstämmigen Grases, in der kurzen Zeit nicht bewältigen konnten, eines Zuschusses an fremden Arbeitern bedurfte, der vor dem Kriege mit Spanien im eigenen Lande noch leicht beschafft werden konnte.

Als aber der 40 jährige Kampf eine große Anzahl Menschen forderte, zudem das ganze niederländische Heer fast nur aus Einheimischen bestand, die Flotte gänzlich¹⁾, als eine sehr große Zahl auswanderte in die Kolonien, und dann mit der Entwicklung der Niederlande zur Handels- und Industriemacht eine Abwanderung vom platten Lande in die Handels- und Industrieplätze stattfand²⁾, da mußte notwendigerweise ein Mangel an Arbeitskräften eintreten und auch der Arbeitslohn in der Landwirtschaft erheblich steigen.

Daß die Klagen der Bauern über Arbeitermangel ständig zunahmen, hatte noch andere Gründe. In den Provinzen, wo Industrie und Landwirtschaft nebeneinander wichtige Erwerbszweige bildeten, brachte es die innige Berührung beider mit sich, daß der niederländische Bauer sich bald an kommerziellen Unternehmungen beteiligte³⁾, und auch der bäuerliche Nachwuchs keine Lust mehr hatte, ewig auf derselben Scholle zu sitzen, sondern hinausstrebte in eine andere Umgebung. So kam es, daß jährlich ein großer Teil der männlichen Jugend zur bestimmten Zeit das heimatliche Land verließ und sich in

¹⁾ Tack, S. 31.

²⁾ Ebenda, S. 31.

³⁾ Ebenda, S. 32.

die Industrie- und Hafenplätze begab¹⁾), um in kaufmännische und industrielle Unternehmungen einzutreten, als Matrose zu Schiff zu gehen oder mit auf den Herings- und Walfischfang zu fahren.

Die Folge war, daß auch der niederländische Bauer, namentlich zur Zeit der Ernte, gezwungen war, fremde Arbeiter in Dienst zu nehmen und, da durch die ständige Ausdehnung von Industrie und Handel immer mehr Arbeitskräfte erforderlich waren, die Niederlande diesen Bedarf aber allein nicht mehr decken konnten, zu Ausländern greifen mußte, die bald einen nicht geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft ausmachten, so daß die niederländische Volkswirtschaft bald einer „internationalen Arbeitsstätte“ glich. (Tack.)

Grasarbeit, Torfgräberei und Ziegelbrennerei waren an bestimmte Jahreszeiten, die Sommermonate, gebunden und erforderten mehr Kraft, Fleiß und Ausdauer als die meisten anderen Erwerbszweige. Wir sehen daher in der Tat diese Tätigkeiten seit dem 17. Jahrhundert fast ausschließlich von fremden Arbeitern verrichten, und zwar hauptsächlich von Bewohnern des nordwestlichen Deutschlands — der Bistümer Münster, Minden und Osnabrück²⁾ —, die ja auch besonders geeignet waren, eine Art „Monopolstellung der deutschen Zeitarbeiter in den genannten Produktionszweigen des Nachbarlandes einzunehmen“. (Tack, S. 42.) Einmal stießen beide Gebiete unmittelbar aneinander, dann aber sind ihre Bewohner Zweige eines Urvolkes, verwandt in Sprache, Sitte und Lebensweise, dazu ständig durch Handel und Verkehr in Beziehung geblieben.

So erfahren wir denn, daß bereits um die Mitte des 17. Jahrhunderts eine große Zahl deutscher Arbeiter in den Niederlanden tätig war, die ständig stieg und für die Zeit der höchsten Blüte des Hollandsganges, als welche von

¹⁾ Tack, S. 33.

²⁾ Heute: Nördliches Westfalen, südwestliches Hannover, Süldenburg und Lippe.

Tack¹⁾ die ersten 7 Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts angegeben werden, auf ca. 27 000²⁾ geschätzt wurde.

Seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts trat dann allmählich der Rückgang ein. Immerhin nimmt Tack³⁾ für 1811 noch ca. 20 000 an, und auch während des 19. Jahrhunderts ist die Zahl, bei allerdings ständig fallender Tendenz, noch recht beträchtlich geblieben⁴⁾. Erst im 20. Jahrhundert hat der alte Hollandgang aufgehört.

Während nun Grasarbeit und Torfgräberei von Zeitarbeitern der verschiedensten nordwestdeutschen Gebiete verrichtet wurden, lag die Ziegelsteinherstellung fast ausschließlich in den Händen von Lippern⁵⁾.

b) Der Name Hollands- und Frieslandsgänger⁶⁾ deutet darauf hin, daß auch in der älteren Zeit bereits ein deutsches Gebiet als Zuwanderungsbezirk für lippische Zeitarbeiter Bedeutung gewonnen hatte. Es ist das Küstengebiet der Nordsee in Ostfriesland, das bereits im 17. und 18. Jahrhundert infolge seiner reichhaltigen Tonlager und günstigen See- und Flußverkehrslage für die Bedarfsdeckung an Ziegelsteinen in Frage kam. So wanderten Lipperziegler auch dorthin zum Ziegelstreichen. Auf den Bedarf an Mähern zur Zeit der Ernte in diesen überwiegend agrarischen Gebieten weist auch Tack hin⁷⁾.

Ob nun Holland oder Friesland das erste Wanderungszielgebiet für Lipper gewesen ist, kann nicht mehr festgestellt werden, da urkundliches Material darüber nicht vorliegt.

Am Anfange des 18. Jahrhunderts kamen zwei weitere Gebiete in Deutschland, nämlich das damalige Herzogtum

¹⁾ Tack, S. 142.

²⁾ Ebenda, S. 143.

³⁾ Ebenda, S. 144.

⁴⁾ Ursachen des Rückganges s. Tack, S. 98/120.

⁵⁾ So auch Tack, S. 38.

⁶⁾ Über den Namen selbst, s. § 11.

⁷⁾ Tack, S. 32, 99. S. 101: Die Ziegler kamen aus Lippe.

de
er

Bremen und ein Teil des Kurfürstentums Hannover, als Arbeitsbezirke für Lipperziegler hinzu. Wachsender Wohlstand, rege Bautätigkeit und vorzügliche Tonlager, aber Mangel an geeigneten Facharbeitern waren dort die Anziehungskräfte.

Es scheint aber, daß die Abwanderung in diese deutschen Gebiete im 18. Jahrhundert noch hinter der nach Holland zurückgeblieben ist.

§ 2. Die Zuwanderungsgebiete im 19. Jahrhundert.

In den Jahrzehnten des ersten und zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts ist zweierlei für die lippische Wanderarbeiterbewegung charakteristisch: die große räumliche Ausdehnung des Arbeitsfeldes in Verbindung mit einer gewaltigen zahlenmäßigen Zunahme der Abwandernden und die Verschiebung der Zuwanderungsgebiete im Vergleich zum 17. und 18. Jahrhundert.

Wenn wir hier zunächst die für die lippischen Wanderarbeiter jener Zeit in Frage kommenden deutschen Arbeitsgebiete erwähnen, so müssen wir berücksichtigen, daß die Verhältnisse daselbst fast ganz von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Reiche — die man bei Sombart¹⁾ und Sartorius von Waltershausen²⁾ nachlesen kann — abhängig waren und von diesem Hintergrunde aus gesehen und beurteilt werden wollen.

Das 18. Jahrhundert können wir in dieser Beziehung übergehen; denn die Zahl der damals etwa in Nordwestdeutschland arbeitenden Lipper war nicht sehr groß. Doch bereits um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts müssen zahlreiche Lipper in die deutschen Küstengebiete der Nordsee abgewandert sein, wie wir dies aus der Erteilung eines besonderen Botenprivilegs an Ch. Reuter

¹⁾ Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1919.

²⁾ Sartorius von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1805—1914, Jena 1920, S. 1—226.

im Jahre 1801 für die Bezirke Lingen, Oldenburg, Delmenhorst, Bremen und Holstein schließen dürfen.

Mehr und mehr traten dann namentlich¹ nach den Kriegswirren und besonders für die Ziegler deutsche Gebiete gegenüber Holland in den Vordergrund, wenn auch Torfgräber und Grasmäher noch immer hierhin wanderten und bis in die 80 er Jahre des 19. Jahrhunderts besonders die Provinz Groningen als „Domäne für Lipperziegler“ bezeichnet wurde. Von Nordwesten aus fand fortwährend eine Verbreiterung in deutschen Gauen nach Süden über das Münsterland, nach Osten über die Elbe hinaus statt, bis sich schließlich der Strom lippischer Wanderziegler über ganz Deutschland ergoß. Genaueres darüber hören wir in den §§ 14 ff.

Folgende Gründe scheinen uns für diese Expansion in den Zuwanderungsgebieten maßgebend zu sein:

1. Die Jahrzehnte zwischen 1815 und 1870 waren für Deutschland eine Zeit intensivster Sammlung, rascher Bevölkerungsvermehrung, bedeutender Fortschritte in der Landwirtschaft sowie beginnender und zunehmender Industrialisierung. In den auf Bodenschätzen oder günstiger Verkehrslage fußenden Industrieorten und -bezirken entstand eine große Nachfrage nach Arbeitskräften und infolgedessen nach und nach ein gewaltiges Zusammenballen von Menschen auf beschränktem Raum.

2. Das alles erforderte eine umfangreiche Bautätigkeit und damit bedeutende Steigerung der Produktion an Mauersteinen und Dachpfannen, woraus sich die Notwendigkeit der Errichtung von Ziegeleien in den dazu geeigneten Gebieten mit brauchbaren tonhaltigen Erdschichten ergab. Fördernd hierauf wirkten besonders auch Zunahme des Eisenbahnbaues und Vervollkommnung der Binnenschiffahrtswege; denn dadurch wurde auch ein weiterer Transport von Ziegelfabrikaten als bisher möglich. Überall an den Bahnlagen entlang entstanden neue Ziegeleien, in erster Linie natürlich in nicht allzugroßer

Entfernung von den Großstädten und Industriezentren. Bevorzugt wurde aber stets — wie auch noch heute — für den Transport der Wasserweg, und so erklärt es sich, daß als Zuwanderungsgebiete besonders die Gegenden an der Ems, Weser und Elbe, dann auch am Rhein und an der Oder eine Vergrößerung erfuhren, wo auch bezüglich der Rohstofforientierung in den angeschwemmten Tonlagern die günstigsten Bedingungen vorhanden waren.

3. Auch die Forcierung der landwirtschaftlichen Entwässerungsanlagen, die die Herstellung von Drainröhren hervorrief, hat zur Anlage von Ziegeleien beigetragen.

4. Diese damals noch durchweg auf Handbetrieb eingestellten Ziegeleien brauchten Arbeiter, die das „Ziegelstreichen“, und vor allem auch das Ziegelbrennen in den meist primitiven Feldbrandöfen verstanden. In der Nähe aber waren bei der Neuartigkeit des Gewerbes geeignete Arbeitskräfte nicht vorhanden. Was lag näher, als die damit vertrauten Lipperziegler heranzuziehen, die als leistungsfähige, vorzügliche „Facharbeiter“ bekannt und geschätzt waren?

So wirkten verschiedene Faktoren — Industrialisierung im allgemeinen, Ziegeleigründungen und Facharbeiternachfrage im besonderen — als Anziehungskräfte in jenen Gegenden zusammen, die als Zuwanderungsgebiete für lippische Wanderarbeiter in Frage kamen.

Daß auch in Dänemark, Südschweden und in den östlichen Provinzen Rußlands — besonders in der Gegend von Warschau — im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts viele Lipper tätig gewesen sind, war außer auf rege Bautätigkeit ebenfalls auf den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zurückzuführen. Eine relativ bessere Bezahlung erfolgte nach Aussage einiger älterer Personen (Haustenbecker), die in den 60er Jahren in Dänemark und Rußland „ziegelten“, nicht. Uns scheint, als wenn hier gewisse psychologische Momente stark mitgesprochen hätten.

II. Abschnitt:

Die Vorbedingungen im Abwanderungsgebiet

§ 3. Die lippische Landschaft und die Bodenschätze in älterer Zeit.

Wenngleich namentlich seit der Auswirkung des Testaments Simon VI. (1597) innerhalb des lippischen Herrschergeschlechts Streitigkeiten um den Besitz einzelner Teile des Landes nichts Seltenes gewesen sind und sich ihre Ausstrahlungen bis in unsere Tage¹⁾ bemerkbar machen, so kann doch festgestellt werden, daß sich bereits um das Jahr 1600 die Grafschaft Lippe als Einheit in Größe und Gestalt nur unwesentlich vom heutigen Freistaate unterschied. Wie ganz anders aber waren damals und noch während des 18. Jahrhunderts, ja bis in die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, die Grundlagen der Wirtschaft, wie einfach und einseitig, im Vergleich zu heute primitiv, die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst!

Wer etwa am Ende des 17. oder auch während des 18. Jahrhunderts das abwechslungsreiche lippische Land auf holprigen, ungepflegten Wegen oder schmalen Fußpfaden durchwanderte, der erblickte neben bebauten Äckern, saftigen Wiesen und oft noch urwaldähnlichen, prächtigen Waldungen als Charakteristikum jener Zeit in der Nähe fast jeder Ortschaft größere, von Ackerland und Wald umrahmte, zusammenhängende Weideflächen, die das Merkmal des Wilden, Naturwüchsigen trugen. Denn auf dem meist unebenen, bald sandigen, bald steinigen, bald moorigen, bald sumpfigen Gelände schaute das Auge neben dunkelbraunem oder olivengrünem Heidekraut, das dort besonders vertreten war, im bunten Wechsel hohe Grasbüschel und leuchtende Ginsterstauden, düstere Wachholdersträucher und dichtes Dornengestrüpp, schwarzweiß getigerte Birkenbüsche und verkrüppelte Hainbuchen, schwer durchdringliche Brombeerranken

¹⁾ Z. B. Blomberger Paragium. S. die Artikelreihe von Tielker in Lipp. Landeszeitung, Jg. 1922, Nr. 174 ff.

und stachliche Heckenrosen, kugelrunde Fichtenzwerge und auch wohl knorrige, niedrige Eichen und vom Winde zerfetzte Föhren.

Diese eigenartigen, im Allmendebesitz der nächsten Ortschaft stehenden Dauerweideflächen, die das Rückgrat der bäuerlichen Viehwirtschaft bildeten, wurden namentlich vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts für Neuwohnerstätten angegriffen und während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf die bäuerlichen Besitzungen aufgeteilt. Hier und da sind noch heute Reste jener Flächen zu sehen.

Auch der Wald, dieser Urgrund deutschen Gemüts und deutscher Romantik, war in noch größerem Umfange und vor allem in wilderen und üppigeren Formen als in der Gegenwart vorhanden. Rechtlich im Besitz der Domonialherren, die Teile davon einzelnen Städten zum Eigentum, manchem Ritter zum Lehen abgaben, an verschiedene Gemeinden Gerechtsame—Viehhude-, Fallholzberechtigung — verliehen, deren Ablösung noch heute nicht beendet ist, und allgemein an die Bewohner des Landes die Erlaubnis zum Beerenpflücken, Holzsuchen, Streumaterialholen erteilten, spielte der Wald im wirtschaftlichen Leben der Menschen insofern eine große Rolle, als die dickstämmigen Buchen und Eichen, Erlen und Pappeln das Material für gewerbliche Erzeugnisse in den handwerksmäßigen Betrieben lieferten — fast alle Gerätschaften und hauswirtschaftlichen Gebrauchsgegenstände waren aus Holz gemacht — und auch die Feuerung, häuslich und gewerblich, aus Holz oder Holzkohle bestand.

Wald und Weide, Äcker und Wiesen mit den vielen Hecken und Büschen boten seit jeher eine vorzügliche Grundlage für die Jagd, die namentlich auf Hasen, Rebhühner, Rehe, Rot- und Schwarzwild in erster Linie vom Landesherrn und den Rittern ausgeübt wurde.

Die zahlreichen klaren Bäche endlich waren reich an Fischen, namentlich an Forellen, so daß die Fischerei,

deren Ausübung ebenfalls landesherrliches Privileg war, mit gutem Erfolg betrieben werden konnte.

Im übrigen bot das Land nur noch in den Sand- und Kalksteinbrüchen, Ton- und Mergellagern eine schmale Basis, auf der sich gewerbliche Tätigkeit entfalten konnte. Die in früheren Jahrhunderten — 1600, 1788/90 — verschiedentlich angestellten Versuche zur Auffindung von Silber, Kupfer, Schwefel und Steinkohlen verliefen erfolglos¹⁾; dagegen sind die salzhaltigen Quellen von Salzuflen und die Meinberger Kohlensäurequellen bereits im 18. Jahrhundert ausgenutzt worden.

§ 4. Die Grundbesitzverteilung in Lippe während des 17., 18. und 19. Jahrhunderts.

Hinsichtlich der Grundbesitzverteilung der älteren Zeit ist die Tatsache wichtig, daß der größte Teil der lippischen Landwirte ein Eigentumsrecht am Grund und Boden bis zum Jahre 1808 nicht besaß, in der Freiheit des Wirtschaftsbetriebes erheblich beschränkt war, unter drückenden Lasten zu leiden hatte und sich nicht einmal persönlich frei nennen konnte. Es war die Zeit der Leibeigenschaft und Gutsuntertänigkeit. Als Träger der Rechte am Grundbesitz bzw. als Herren der auch persönlich unfreien Bauern kamen Landesherr, Adel und in geringem Maße auch städtische Bürger²⁾ und die Kirche in Betracht. Daneben gab es eine Anzahl größerer Höfe, die als erbeigene, sog. eximierte, vom Guts- und Leibeigentum frei waren; nach Meyer (Gutseigentum, S. 804) hatte Lippe um 1475 im ganzen 75 freie Bauernhöfe, die bis 1769 auf 54 zurückgingen.

War nun auch ein Teil des Adels bereits seit dem Ausgange des Mittelalters zur Selbstbewirtschaftung übergegangen³⁾, und war auch durch Zusammenziehung

¹⁾ Schwanold, Lippe, S. 106 ff., und neuerdings Weerth in Mitteilungen XII, S. 72 ff.

²⁾ Tasche, S. 19.

³⁾ Meyer, Gutseigentum, S. 818.

mancher Höfe der Großgrundbesitz bereits um 1600 auf 8000 ha angewachsen¹⁾, so wurden doch die meisten Höfe von ländlichen Hintersassen bewirtschaftet, die ihres Hörigkeitsverhältnisses wegen der Gutsherrschaft zu Dienstleistungen und zur Entrichtung von Abgaben verpflichtet waren²⁾. Der weitaus größte Teil war leib- und gutseigen, ein kleinerer nur gutshörig, d. h. persönlich frei³⁾.

Diese als „Eigenbehörige“, „Eigene Leute“, oder kurzweg als „Leute“ und seit dem Eindringen des römischen Rechtes als „Colone“⁴⁾ bezeichneten Bauern teilte man nach dem Umfange der von ihnen bewirtschafteten Höfe, der Menge ihres Viehes, besonders der Pferde, und nach ihren Leistungen in verschiedene Klassen ein⁵⁾.

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 1. Amtsmeier | mit 8 Fudersaat Land = 65,92 ha |
| 2. Vollmeier (Vollspanner) | „ 3—4 „ „ = 24—32 „ |
| 3. Halbmeier (Halbspanner) : | „ 2—3 „ „ = 16—24 „ |
| 4. Großkötter | „ 1—2 „ „ = 8—16 „ |
| 5. Mittelkötter | mit 30—40 Scheffels. Land = 6—7 „ |
| 6. { Kleinkötter
Hoppenplöcker ⁶⁾
Straßenkötter } | bis 30 „ „ |

Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß die einzelnen Kolonate, namentlich die größeren, gemeinsam an der Wald, Wiese und Weide enthaltenen Mark beteiligt waren, die in jener Zeit für die insbesondere auf Viehzucht eingestellte Wirtschaft der Bauern fundamentale Bedeutung hatte.

Über die Zahl dieser Kolonate liegen erst seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts genauere Berichte

¹⁾ Meyer, S. 819.

²⁾ Über Guts- und Leibeigentum in Lippe vgl. Führer: Meyer-rechtl. Verfassung; W. Meyer: Gutseigentum; B. Meyer: Kolonatsrecht.

³⁾ Führer, S. 153 und 156.

⁴⁾ Meyer, Kolonatsrecht, S. 108.

⁵⁾ Meyer, Guts- u. Leibeigentum, S. 807; Meyer, Kolonatsrecht, S. 132; Meyer, Teilungsverbot, S. 21.

⁶⁾ Diesen Namen erhielten die Leute nach der Beschäftigung in den früher bedeutenden Hopfengärten, wo sie zur Zeit der Reife den Hopfen pflückten oder aber im Frühjahr die Hopfenstangen in die Erde pfählen oder „plöcken“ mußten.

vor, und über den Anteil der einzelnen Klassen am Gesamtbesitze des bäuerlichen Grund und Bodens besitzen wir einwandfreies statistisches Material erst seit Einführung der Grundbuchmutterrollen und der Betriebszählungen. Immerhin geben uns aber die in den verschiedenen Abhandlungen von Falkmann, Führer, Bernhard und Wilhelm Meyer angestellten Berechnungen, deren Grundlage letzten Endes die Saalbücher bilden, einige Anhaltspunkte. Für den Anfang unseres Zeitraumes (1590) berechnet Wilh. Meyer (S. 21) unter Berufung auf Falkmann die Gesamtzahl der bäuerlichen Stätten auf 3287, wozu noch 10 Amtsmeier zu zählen wären. Während eines Zeitraumes von fast 200 Jahren stehen uns zahlenmäßige Angaben nicht zur Verfügung, bis dann von 1781 ab nach erfolgter Katastrierung eine bessere Übersicht möglich ist. Folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Gesamtzahl der Stätten¹⁾.

Jahr	Zahl der Stätten	Zunahme	
		absolut	durchschn. pro Jahr
1590	3297		
1781	5581	2284	17
1784	5672	91	30
1808	6400	728	30
1819 ²⁾	6650	250	23
1852	7630	980	30
1887	9287	1657	47

Für die Steigerung der Stättenzahl kommen besonders folgende Gründe in Frage: Bereits in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, nachdem die Wunden des dreißigjährigen Krieges etwas geheilt waren, machte sich mit der Zunahme der Bevölkerung mehr und mehr das Bedürfnis nach Schaffung neuer Stätten bemerkbar, und auch im 18. Jahrhundert wuchs der Hunger nach Land beständig.

Da infolge des gesetzlichen Teilungsverbotcs Abspaltungen von bestehenden Kolonaten nur ganz ver-

¹⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 21, 24, 25, 26.

²⁾ Huxoll, Versuch, S. 29.

einzelnt vorkamen, so mußte auf bisher unkultivierten Boden zurückgegriffen werden. Es wurde der damals ausgedehnte Waldboden der Besiedlung zugänglich gemacht, worauf noch heute zahlreiche Orts- und Flurnamen, die mit „roden“ zusammenhängen, hinweisen, z. B. Rodenberg, Roland, Roenbusch, Ruensiek, Rott¹⁾. Auch mit der Urbarmachung von Ödländereien begann man. Bereits um 1659 gründete Graf Hermann Adolf in der Senne eine neue Ortschaft, Haustenbeck, und 120 Jahre später schuf Graf Simon August den zweiten Heideort Augustdorf²⁾. Auch das Dorf Senne ist damals entstanden, und die Bildung der nach dem Grafen Leopold I. benannten Dorfschaft Leopoldstal fällt ebenfalls in jene Zeit³⁾.

Diese letzten Ansiedlungen waren schon eine Folge der in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts weit verbreiteten Populationspolitik, wonach Neugründungen durch staatliche Unterstützungen und Prämien gefördert wurden. Auch verlangte man die Aufteilung der Gemeinheiten in stärkerem Maße, sowie die der Rittergüter, der Domänen und der großen Höfe.

Den Forderungen dieser Politik kam die damalige Regierung zum Teil entgegen, einmal dadurch, daß sie die Aufteilung der Gemeinheiten gestattete (Verordnung vom 24. 4. 1777), insbesondere aber durch Suspendierung des gesetzlichen Teilungsverbots im Jahre 1779⁴⁾. Jetzt wurde die Zerlegung und der Verkauf namentlich überschuldeter Höfe möglich und auch tatsächlich in erheblichem Maße durchgeführt, so daß sich die Größenverhältnisse der Kolonate zugunsten der mittel- und kleinbäuerlichen Stätten im Laufe der Zeit stark verschoben haben. Folgende Zusammenstellung zeigt diese Ver-

¹⁾ Schwanold, Lippe, S. 84—85.

²⁾ Theopold, Augustdorf, S. 5 ff.

³⁾ Mitteilungen, Bd. 5, Aufsatz von Weerth über Rothensiek, S. 40.

⁴⁾ Böger, Wanderarbeiter, S. 96.

änderungen und Verschiebungen in der Grundbesitzverteilung¹⁾:

Art der Stätte	Zahl der Stätten							
	im Jahre 1590		im Jahre 1784		im Jahre 1852		im Jahre 1887	
	ab-solut	o/o	ab-solut	o/o	ab-solut	o/o	ab-solut	o/o
1. Vollmeier einschl. Amtsmeier	519	15,5	135	2,3	} 144	1,9	137	1,3
2. Halbmeier	422	12,7	520	9,2			373	4,0
3. Großkötter	534	16,1	} 1446	25,5	1972	25,8	550	6,0
4. Mittelkötter	448	14,0					633	6,8
5. Kleinkötter	} 1374	41,7	982	17,3	5514	72,3	7594	81,9
6. Hoppenplöcker								
7. Straßenkötter								
	3297	100,00	5672	100,00	7630	100,00	9287	100,00

Das Hörigkeitsverhältnis, in dem der größte Teil der lippischen Bauern stand, wirkte durch das Gefühl der Abhängigkeit nicht nur in sozialer Hinsicht schädigend, sondern hatte auch wirtschaftliche Nachteile zur Folge. Neben den Dienstleistungen — Feld-, Hof- und Jagddienste (Spann- und Handdienste) — ruhten auch andere Lasten auf den Schultern der Bauern, Lasten, die sich im Laufe der Jahrhunderte ständig steigerten und manchmal unerträglich wurden. Sie richteten sich nach der Größe des Hofes, waren ursprünglich in Naturalien und erst mit dem Eindringen der Geldwirtschaft in Geld zu leisten. Zu diesen Abgaben gehörten insbesondere Zehnte, Zins, Sterbefall, Weinkauf, Brautschatz, Leibzucht und Kontribution²⁾.

Hinzu kam, daß seit der Einführung der Söldnerheere und der durch die Edelmetallproduktion der neuen Welt hervorgerufenen Entwertung des Geldes die Finanzen des Landesherrn eine bedeutende Erhöhung erfahren mußten,

¹⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 22, 25. Meyer, Kolonatsrecht I, S. 254; Beilage zum Amtsblatt 1887, Nr. 9.

²⁾ Über die Höhe s. Führer, Berh. Meyer und Böger.

so daß die Steuerlast der bäuerlichen Bevölkerung wuchs, während Adel und Geistlichkeit steuerfrei blieben.

Besonders schwer drückten die Lasten im 17. Jahrhundert, weil die Bauern unter dem 30jährigen Kriege und dessen Nachwirkungen¹⁾ sehr zu leiden hatten und auch noch die Schreckenszeit der Münsterschen Invasion durchmachen, sowie die Bürde der 4jährigen Einquartierung der braunschweigischen Truppen tragen mußten.

Aber auch das 18. Jahrhundert war in dieser Hinsicht nicht viel besser. Verursachte in der ersten Hälfte die Prachtentfaltung des Detmolder Hofes viel Ausgaben, die letzten Endes die Bauern aufzubringen hatten, so war es in der zweiten Hälfte der 7jährige Krieg, der auch Lippe stark in Mitleidenschaft zog. Erst danach wurde es etwas besser.

Weiter muß berücksichtigt werden, daß die Bauern auch in betriebstechnischer Hinsicht nicht frei wirtschaften konnten, da infolge der Gemengelage des Ackerlandes und bei dem Mangel an Feldwegen Flurzwang bestand, und daß wegen der extensiven Betriebsweise auch der Ertrag der durch die Brache ja immer nur zu zwei Drittel bestellten Ackerfläche im Vergleich zu heute ganz erheblich geringer war.

Wenngleich alle Klassen der Bauern unter den erwähnten Lasten zu leiden hatten, so drückten diese doch ganz besonders die „kleinen Leute“ — Kleinkötter, Hoppenplöcker usw. —, die, wie aus der letzten Statistik hervorgeht, immer zahlreicher wurden, so daß schon 1784 etwa 65 % und 1852 über 72 % aller Höfe auf sie entfielen. Vergegenwärtigt man sich nun, daß nur ein sehr geringer Prozentsatz Ackerland zu dieser Kleingütlerklasse gehörte — um 1600 z. B. nur 1,8 %²⁾ der gesamten Ackerfläche —, so ergibt sich, daß die einzelnen Kotten nur sehr klein waren und zur Bestreitung der Lebenshaltung nicht ausreichten.

¹⁾ Siehe Mitteilungen aus der lippischen Geschichte und Landeskunde, Band 3, S. 1—155; die Grafschaft Lippe im 30jährigen Kriege.

²⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 22.

Auch konnten diese Kleingütler, da sie ständig ihren Gutsherren mit Handdiensten zur Verfügung stehen mußten, ihren Acker nicht mit der nötigen Sorgfalt bewirtschaften. Viele von ihnen waren auch genötigt, durch Tagelohn auf größeren Höfen, durch irgendein Handwerk, oder wie wir noch sehen werden, durch andere Nebenbeschäftigungen sich den notwendigsten Lebensunterhalt zu verschaffen. Von einem Emporkommen dieser Leute konnte nicht die Rede sein. Sie waren mehr oder weniger auf das Mitleid und die Gnade des Gutsherrn und der besser gestellten Bauern angewiesen.

Dieses Abhängigkeitsverhältnis der kleinen Leute änderte sich auch dann noch nicht, als am 27. Dezember 1808 das Guts- und Leibeigentum in Lippe aufgehoben wurde¹⁾. Äußerlich waren zwar damit die Fesseln des Bauernstandes gelöst, doch erst allmählich ist im Laufe des 19. Jahrhunderts die völlige Freiheit durchgeführt worden, und noch heute sind hier und da Reste der alten Eigenbehörigkeit vorhanden.

So gut und segensreich für die Bauern die Aufhebung der Gutsuntertänigkeit auch war, so ist doch nicht zu verkennen, daß gerade die kleinen Leute stark benachteiligt wurden, denn einmal gab man ihnen überhaupt kein lebensfähiges Kolonat, und sodann bedachte man sie auch bei der Gemeinheitsteilung sehr schlecht; ein großer Teil ging sogar ganz leer aus²⁾. Da nämlich die Verordnung vom 24. 4. 1777 vorschrieb, daß die Aufteilung der Gemeinheiten nach dem Verhältnis ihrer bisherigen Benutzung zu erfolgen habe, ein Teil der Hoppenplöcker, Kötter und Neuwohner sie aber nicht benutzte, so war die Folge, daß die größten Höfe das meiste erhielten.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Verbindung mit der Aufteilung der Mark wäre ein geeignetes Mittel zur umfangreichen inneren Kolonisation insbesondere deshalb gewesen, weil schon damals gerade die Klein-

¹⁾ L.L.V., Bd. V., S. 242—245.

²⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 33.

gütler in großer Zahl als Wanderarbeiter in der Fremde einen Teil ihres Lebensunterhaltes sich verschaffen mußten.

§ 5. Die grundbesitzlose Klasse der lippischen Bewohner und ihre Lage.

Wenn schon für die kleinen Kolonatsbesitzer der Kampf ums Dasein nicht leicht war, so gestaltete er sich doch noch schlimmer bei jener Klasse von Bewohnern, die eigenen Grund und Boden auch nach der Aufhebung der Leibeigenschaft überhaupt nicht besaßen; das waren die Einlieger, die in den Leibzuchten, Scheunen, Ställen, Backhäusern der Bauern, oder auch wohl in einem extra zu diesem Zwecke errichteten Häuschen, dem Einliegerkotten, zur Miete wohnten und 1—3 Scheffelsaat Land zur eigenen Bewirtschaftung vom Hofbesitzer gepachtet hatten. Damit wurden diese Personen meistens die Heuerleute des Bauern, bei dem sie die längste Zeit des Jahres als kontraktlich gebundene Tagelöhner Beschäftigung fanden. Mit diesen Heuerlingen, die erst Anfang des 17. Jahrhunderts eine größere Rolle zu spielen begannen, bildete sich allmählich der besondere Stand der landwirtschaftlichen Arbeiter heraus, den das ganze Mittelalter sowie der Anfang der Neuzeit nicht kannte, und der erst eigentlich mit der Bauernbefreiung und der daraus sich ergebenden Freizügigkeit und freien Vertragschließung als selbständiges Gebilde innerhalb der Wirtschaftsverfassung erscheinen konnte.

Die Entstehung dieser besitzlosen Einliegerklasse hängt eng zusammen mit dem Übergange der Natural- zur Geldwirtschaft und mit dem Ausbilden des Gewerbes auf dem platten Lande. Sie entwickelte sich namentlich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts aus Leuten, die keine geeignete Behausung besaßen und sich daher mit primitiven Wohnungen begnügen mußten. Soldaten, die des Umherziehens müde waren, machten sich selbsthaft; Eigen-

behörige verzichteten infolge finanzieller Schwierigkeiten auf den Hof, andere wurden wegen schlechter Wirtschaftsführung oder Überschuldung zwangsweise vom Gutsherrn abgemeiert. Den Hauptanteil an dieser Klasse von Bewohnern nahmen aber allmählich die Abfindlinge der gutshörigen Bauern.

Nach dem geltenden Kolonatsrecht nämlich ging der Hof ungeteilt auf den Anerben über, und zwar fast überall auf den ältesten Sohn. Teilungen des Grundbesitzes durften nur mit Zustimmung des Gutsherrn erfolgen und waren daher äußerst schwer durchführbar.

Allgemein gesetzlich festgelegt wurde die Erbfolge der Bauerngüter erst 1782, indem das Erstgeburtsrecht zur Durchführung gelangte. (L. V. III, S. 25.)

In einer üblen Lage befanden sich daher die nachgeborenen Kinder. Von früher Jugend an wurden sie zu Dienstleistungen im Haushalt und in der Landwirtschaft angehalten. Später blieben sehr viele als Knechte und Mägde auf dem elterlichen Hofe, wo sie neben freier Kost und Wohnung häufig nur ab und zu etwas bares Geld erhielten, oder aber, gleich dem Gesinde, in festem Jahreslohn standen, der aber sehr minimal war, weshalb namentlich die männlichen Nachgeborenen während der arbeitschwachen Zeit Nebenbeschäftigung trieben. Die Löhne betragen durchschnittlich pro Jahr:

1655	etwa 10 Taler ¹⁾ ,
1658	„ 11 Taler und 1 Paar Schuhe ²⁾ ,
1752	„ 12 Taler ³⁾ ,
1804	„ 14—17 Taler (Großknecht) dazu 1 Paar Schuhe und 2 Hemden und 1 Scheffel Leinsaat ⁴⁾ ,
1843	„ 20 Taler ⁴⁾ .

¹⁾ Taxordnung 1655.

²⁾ Lipp. Intelligenzblatt 1804.

³⁾ Gesindeordnung 1752.

⁴⁾ Vaterländische Blätter 1843, S. 785.

Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stiegen die Löhne etwas mehr, wie folgende Übersicht aus dem Jahre 1856 zeigt¹⁾:

Bezirk (Verwaltungsamt)	Großknecht	Kleinknecht	Junge
Detmold . . .	30—37 Tlr.	19—26 Tlr.	10—15 Tlr.
Blomberg . . .	27—37 „	18—25 „	10—17 „
Brake . . .	27—40 „	21—25 „	13—20 „
Schötmar . . .	27—38 „	20—25 „	12—15 „
Lippe durchschn.	32 Tlr.	22 Tlr.	14 Tlr.

Als annehmbar könnten die Löhne für die damalige Zeit bezeichnet werden, wenn die Landwirte volle Naturalverpflegung geleistet hätten. Das traf aber nur für Wohnung und Nahrung, nicht aber für Kleidung zu; denn die meisten Kleidungsstücke mußte sich das Gesinde für ersparte Gelder selbst kaufen, und da war mit dem Lohn nicht allzuviel anzufangen.

Unselbständigkeit, Zwang und geringe Entlohnung waren es denn auch, wodurch viele der nachgeborenen männlichen Personen veranlaßt wurden, sich durch die vom Hofbesitzer zu leistende Aussteuer frei zu machen.

Auch diese Abfindungen, deren Höhe verschiedentlich gesetzlich festgelegt wurde, zeigen so recht, wie die Nachgeborenen in wirtschaftlicher Hinsicht stark benachteiligt wurden²⁾.

Die Abgefundenen leisteten Gesindedienste bei der Gutsherrschaft und auf andern Höfen, oder sie „setzten sich auf eigne Hand“, d. h. sie machten sich selbständig, gründeten einen eigenen Hausstand, indem sie sich entweder als Neuwohner auf einem bis dahin brach liegenden Fleckchen Unland anbauten und auf den naheliegenden Höfen tagelöhnernten, oder sich bei einem Hofbesitzer einmieteten, wodurch sie meistens dessen Tagelöhner wurden.

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 13.

²⁾ Genauerer s. Tasche, Höferecht, S. 87 ff.

Die entweder in Geld allein oder in Geld und Kost bestehende Vergütung für die Tagelöhnerarbeiten war in der Regel so gering, daß eine Bestreitung des Lebensunterhaltes fast unmöglich schien. Es verdienten beispielsweise täglich neben freier Kost¹⁾:

	im Jahre	
	1685	1804
Gewöhnl. landwirtschaftl. Arbeiter	2½ Gr.	3—4 Gr.
Drescher und Mäher	3—4 Gr.	3—4 Gr.

Noch in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts war in dieser Hinsicht keine wesentliche Besserung eingetreten, wie dies recht klar aus den gutachtlichen Berichten der Ämter über die Lage der Tagelöhner aus dem Jahre 1856 hervorgeht. Nach diesen Berichten²⁾ konnten folgende zahlenmäßige Feststellungen gemacht werden:

Bezirk (Verwaltungsamt)	V e r d i e n s t				Unterhalt für 4—7 Personen pro Jahr
	ohne Kost		mit Kost		
	pro Tag	pro Jahr	pro Tag	pro Jahr	
Detmold	6—8 Sgr. ³⁾	60—80 Tlr. ³⁾	4½—5½ Sgr.	45—55 Tlr	150—175 Tlr.
Blomberg	6—8½ „	60—85 „	3½—4½ „	35—45 „	110—135 „
Brake	7—9 „	70—90 „	2½—4 „	25—40 „	85—115 „
Schötmar	5—8 „	50—80 „	2—4 „	20—40 „	125—150 „

Nach dieser Tabelle würden also für Lippe durchschnittlich anzusetzen sein:

Notwendige Kosten für Unterhalt	117—145 Tlr.
Höchstmöglich. Verdienst ohne Kostgewähr.	60—85 Tlr.
mit Kostgewährung	32—45 Tlr.

Zwar überließen viele Landwirte ihren Tagelöhnern Wohnung und Brotkorn zu ermäßigten Preisen oder suchten durch besondere Unterstützung deren Not zu

¹⁾ Lipp. Intelligenzblatt 1804.

²⁾ R. R. Fach 145, Nr. 13.

³⁾ Sgr. = Silbergroschen Tlr. = Taler; 1 Tlr. = 30 Sgr.; 1 Sgr. = 12 Pf.

lindern, doch waren das alles nur Wohltaten, welche von dem guten Willen der Arbeitgeber abhingen und die Arbeiter nicht selten in ein unangenehmes Abhängigkeitsverhältnis brachten, ohne daß die Notlage völlig beseitigt wurde.

Mit Zunahme der Bevölkerung, namentlich nach dem 30jährigen und 7jährigen Kriege, wuchs auch die Zahl der Einlieger sehr rasch, und besonders waren die Dörfer infolge des billigen Lebens und der billigen Wohnungen bald mit Einliegern überfüllt¹⁾. Das tritt so recht in die Erscheinung, wenn man die Zahl der Einliegerfamilien und die der Kolonate miteinander vergleicht.

Es gab in Lippe²⁾

ums Jahr	Kolonate	Zunahme	Einliegerfamilien	Zunahme
1784	5 672		3 500	
1850	7 630	34,5 %	8 045	129,8 %

Berücksichtigt man nun noch, daß von den Kolonaten im Jahre 1784 63 % und 1852 sogar 75 % auf Kleingütler entfielen, die selbst noch tagelöhnten, und zieht man die niedrigen Löhne für landwirtschaftliche Arbeiten in Betracht, so kann man verstehen, daß sich die Einlieger anderen lohnenden Erwerbszweigen zuwandten, wodurch sie zugleich aus der Abhängigkeit und Unselbständigkeit herauskamen.

§ 6. Die heimischen Erwerbsmöglichkeiten.

Bereits die letzten Paragraphen lassen als Hauptquelle der Bedürfnisbefriedigung die in erster Linie auf Körnerbau und Viehwirtschaft eingestellte Landwirtschaft erkennen, deren Notlage in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Einführung der Futterpflanzen Klee, Luzerne, Esparsette und der besonders auch für die menschliche Ernährung so außerordentlich wichtigen Kartoffeln gemildert wurde. Eine wesentliche Besserung trat jedoch erst nach den Kriegswirren am Anfange des

¹⁾ Meyer, a. a. O., S. 79.

²⁾ Ebenda.

19. Jahrhunderts ein. Die Aufteilung der Gemeinheiten bedeutete praktisch erhebliche Vergrößerung der rechtlich jetzt privat-eigenen Bodenfläche. Der nicht mehr „schollenpflichtige“ Bauer erhielt durch das Recht der Freizügigkeit und Freiverfügbarkeit, in Verbindung mit der allmählichen Beseitigung des Flurzwanges, eine größere Bewegungsfreiheit und hatte vor allem ein bedeutend stärkeres Interesse an der Art der Bewirtschaftung und der Höhe des Ertrages.

Dabei kamen nun dem Landmanne im Laufe des 19. Jahrhunderts für die Betriebstechnik wesentliche Neuerungen zugute. Unter dem Einflusse Thaers und Thünens konnte nach der Agrarkrisis der 20er Jahre die Landwirtschaft an Stelle der veralteten Dreifelderwirtschaft mehr und mehr die verbesserte Dreifelder- oder auch die Sechsfelderwirtschaft setzen; das Liebigsche Gesetz von der Statik des Bodens rief eine Umwälzung auf dem Gebiete der Düngung hervor und ermöglichte dann später, namentlich durch die Verwertbarkeit der reichen deutschen Kalischätze, eine beträchtliche Ertragssteigerung; die Vereinheitlichung des Zollwesens im Zollverein, dem Lippe seit dem 1. Januar 1842 angeschlossen war, schaffte einen hemmungslosen Verkehr auch in landwirtschaftlichen Produkten.

Es ist klar, daß eine derartig günstige Entwicklung steigenden Bedarf an Arbeitskräften hervorrief, und daß dadurch viele Personen, namentlich der immer zahlreicher werdenden Einliegerfamilien, als Gesinde und Tagelöhner Beschäftigung fanden. Durch die Gewerbezahlung im Jahre 1790¹⁾ wurden im ganzen Lande 1878 Tagelöhner ermittelt, von denen 1523 auf dem Lande und 355 in den Städten wohnten.

Gegenüber der Landwirtschaft trat die gewerbliche Tätigkeit etwas zurück. Auch sie wurzelte in der Landwirtschaft, von der sie neben der Forstwirtschaft

¹⁾ Nach Schierenberg, Blüte u. Verfall der lippischen Leinenindustrie, S. 106. Hoheits- u. Polizeiakten A. IX, 1.

nicht nur die Rohstoffe, sondern auch zum größten Teil die erforderlichen Aufträge erhielt. Selbst die Städte, in denen zwar die selbständigen, aber nebenbei Landwirtschaft treibenden Handwerker und Kaufleute einen bedeutenden Prozentsatz der Bevölkerung ausmachten, trugen bis in die neueste Zeit — bei einigen ist das noch heute der Fall — durchaus den Charakter von Ackerbauortschaften.

Eine scharfe Trennung zwischen gewerblicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit etwa in der Weise, daß jene sich auf die Städte, diese aufs platte Land beschränkte, war nicht vorhanden. Von einem Gewerbeprivileg der Städte konnte im 18. Jahrhundert nicht mehr die Rede sein. Es gab überall Gewerbetreibende, wie wir dies an der Gewerbezahl von 1790 erkennen können. Wenn wir die Verarbeitung Brökers¹⁾, unter Ergänzung der Zahlen, die dort fehlen²⁾, zugrunde legen, und die Angaben nach den Hauptgewerbegruppen zusammenstellen, dann ergibt sich folgende Übersicht:

Zahl der Gewerbetreibenden

in Gewerbegruppe	in Städten u. Flecken	auf dem platten Lande	Zus.
1. Ernährungsgewerbe ³⁾	336	400	736
2. Bekleidungsgewerbe	772	5 881	6 653
3. Holzgewerbe	133	358	491
4. Baugewerbe	92	252	344
5. Metallgewerbe	125	114	239
6. Handels- u. Verkehrsgewerbe	130	125	255
7. Sonstige Gewerbe ⁴⁾	107	251	358

Zusammen: 1 695* 7 381* 9 076

*) = 14—15 % der Bevölkerung.

¹⁾ Bröker, Die Grafschaft Lippe am Ende des 18. Jahrhunderts, S. 61/62.

²⁾ Nach der von Bröker aufgenommenen Abschrift der Gewerbezahl ergänzt.

³⁾ Hierunter sind auch 134 Branntweinbrenner u. 159 Brauer verzeichnet.

⁴⁾ Darunter auch z. B. 19 Musikanten, 11 Schreiber, 26 Wundärzte, 126 Hebammen.

Der bedeutende absolute zahlenmäßige Vorsprung des platten Landes ist auf die hohe Zahl der unter Bekleidungs-gewerbe aufgeführten Spinner und Weber zurückzuführen, auf die wir gleich besonders zu sprechen kommen. Nur wenn man die im Leinengewerbe Tätigen abzieht, für die Städte 241, für das Land 5 366, ergibt sich eine stärkere Konzentration der Gewerbetreibenden in den Städten gegenüber dem platten Lande.

Selbstredend haben wir bei allen Gewerbegruppen in erster Linie an Handwerker bzw. handwerksähnliche Betriebe und Kaufleute zu denken. Fabriken gab es im 18. Jahrhundert in Lippe noch nicht; denn selbst die Glashütten, die im Kohlstädter und Schwalenberger Forstrevier bestanden, die verschiedenen Papiermühlen und das Blomberger Stuhlgewerbe kamen über den Umfang des Handwerks nicht hinaus. Es waren alles kleine Betriebe, die nur wenig Personen beschäftigen konnten.

Erst mit der Gründung des Leinwandunternehmens Colbrunns in Brake in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, das leider bald wieder verschwand¹⁾, und der noch heute bedeutungsvollen Hoffmannschen Stärkefabrik im Jahre 1850 fand eine Konzentration vieler Arbeiter in fabrikmäßigen Betrieben statt.

Andere Industrieunternehmungen mit größerem Arbeiterbedarf sind erst in neuester Zeit nach Schaffung der beiden bedeutendsten Eisenbahnlinien Altenbeken—Herford und Bielefeld—Hamelu entstanden.

Die in der Gewerbezahlunq erkennbare dominierende Stellung des Bekleidungs-gewerbes ist, wie schon angedeutet, auf jenen Erwerbszweig zurückzuführen, der neben agrarischer Berufstätigkeit jahrhundertlang weite Kreise der lippischen Bewohner in Städten und auf dem platten Lande mit der Verarbeitung der Flachsfaser zu Garnespinnst und Leinwand beschäftigt hat²⁾.

¹⁾ Siehe darüber bei Schierenberg, Wiedererrichtung der Lemgoer Legge in Mitteilungen XI, S. 29—31.

²⁾ Schierenberg, Blüte und Verfall der lippischen Leinenindustrie, S. 1.

Dieses noch 1784 als „erster Nahrungszweig des Untertans“¹⁾ bezeichnete Leinengewerbe, bildete sich anfangs in Ergänzung der Landwirtschaft heraus, von der es sich auch dann nicht völlig loslöste, als es bereits zu einer selbständigen Erwerbsquelle geworden war.

Wir wissen, daß bis tief ins Mittelalter hinein als wichtiges Bodenerzeugnis in Lippe Flachs gebaut wurde. Begünstigt durch Klima und Bodenart, gedieh hier ein Flachs, der sowohl in bezug auf die Ergiebigkeit der Ernten, als auch der Güte und Feinheit, die gleichen Produkte vieler Landstriche übertraf; rühmte man ihm doch nach, daß er in einzelnen Strichen der Seide nichts nachgebe²⁾; auch fand das Garn lange Jahre hindurch bei der Brabanter Spitzenherstellung Verwendung³⁾.

Überall wurde Flachs angebaut, und fast die ganze Bevölkerung befaßte sich mit Spinnen und Weben. Alle Kinder lernten diese Tätigkeit von Jugend auf, und nach einem alten Herkommen mußte sogar jedes Schulkind in der freien Zeit eine bestimmte Anzahl Binde Garn liefern. Knechte und Mägde, Söhne und Töchter, Bauer und Bäuerin, alle konnten spinnen. Diese Tätigkeit bildete neben dem Dreschen des Getreides die wichtigste Beschäftigung der bäuerlichen Bevölkerung in den Wintermonaten. Die Spinnstuben mit ihren surrenden Rädern waren für jung und alt Stätten der Freude und höchsten Lustbarkeit⁴⁾.

Ursprünglich wurde nur für den eigenen Bedarf gearbeitet; doch bald lockte der mit Spinnen und Weben zu erzielende Barverdienst zum Verkauf. Und so erfahren wir denn von einem schwunghaften Garn- und Leinwandhandel. Bereits gegen 1483 wird berichtet, daß in Osna-brück durch die Stadt gehende „Lippische Laken“ verzollt wurden⁵⁾, und in der Folgezeit werden nicht nur

¹⁾ Westphälisches Magazin 1784, Hft. I, S. 66.

²⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 61, unter Berufung auf Culemann.

³⁾ Schierenberg, a. a. O., S. 19.

⁴⁾ S. neuerdings Schöning, Lipp. Landeszeitung 1927, Nr. 137 ff.

⁵⁾ Schierenberg a. a. O., S. 22.

Teile Deutschlands, sondern auch die Niederlande und überseeische Kolonien als Absatzgebiete für lippische Garn- und Leinwandprodukte erwähnt¹⁾.

Es ist deshalb erklärlich, wenn mit der Zeit alle Arten des Berufszweiges Leinengewerbe aus der ursprünglichen Form, dem im Hause und fürs Haus betriebenen Hauswerk, sich in Lippe herausbildeten.

Da man dem selbstgeernteten Leinsamen nicht immer die innere Güte zur Aussaat zutraute²⁾, sorgten besondere Leinsamenhändler für den Bezug aus Livland und Kurland³⁾. Dieser Handel war, ebenso viel Garn- und Leinwandhandel, bis etwa zum Jahre 1700 Privileg der Städte; erst dann erhielten auch einzelne Personen des platten Landes gegen bestimmte Abgaben die Erlaubnis dazu⁴⁾.

Flachsbau und Flachsbearbeitung waren keine selbständigen Gewerbebezüge, sondern gehörten mit zur landwirtschaftlichen Tätigkeit. Zum Teil müssen wir dies auch vom Spinnen und Weben als der Nebenbeschäftigung des Landmanns im Winter sagen. Doch gab es auch eine große Anzahl Berufsspinner, werden doch in der Gewerbezahl von 1790 für die Städte und Flecken 167, für das platte Land 3650, im ganzen also 3817 angegeben⁵⁾.

Berufsweber wurden 1790 im ganzen 1716, davon 1659 für die Ämter und 57 für die Städte und Flecken, gezählt⁶⁾. Wie stark aber gerade die Weberei auch sonst noch betrieben wurde, und wie viele Weber für den Verkauf arbeiteten, erkennen wir aus folgender Übersicht, die zugleich ein Bild der Bedeutung und aufsteigenden Entwicklung gibt:

¹⁾ S. darüber bei Schierenberg, S. 17/20.

²⁾ Ebenda, S. 49.

³⁾ Ebenda, S. 49.

⁴⁾ Ebenda, S. 51.

⁵⁾ Bröker, a. a. O., S. 63.

⁶⁾ Ebenda.

Es betrug¹⁾

im Jahre	die Gesamtzahl der Webstühle	die Zahl der für den Verkauf arbeitenden Stühle	
		absolut	relativ
1749	ca. 1450	ca. 1050	72,4
1782	„ 2850	„ 2150	75,4
1800	„ 3450	„ 2450	71,0
1813	„ 2509	„ 1901	75,8
1836	„ 4071	„ 2707	66,5

Die andern am Leinengewerbe beteiligten Berufsarten waren zahlenmäßig geringer. Garnhändler²⁾ gab es 1790 im ganzen Lande 42, Drellweber 17 und Spinnradmacher 15³⁾; über die Zahl der im Leinwandhandel Tätigen⁴⁾, sei es als Großhändler oder Kleinhändler, sei es als Packenträger oder Hopser in Form des Hausierhandels, liegen veröffentlichte Angaben nicht vor.

Im ganzen waren 1790 am Leinengewerbe als Hauptberufstätige ohne Leinsamen- und Leinwandhändler 5607 Personen beteiligt, das ergab über 60 % der gewerblich Beschäftigten und 9 % der Bevölkerung.

Während nun bis ins erste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts von einer günstigen Entwicklung und Lage des lippischen Leinengewerbes berichtet wird, trat bald ein Rückgang ein, es nahten allmählich die verderbenbringenden Vorboten des Verfalls.

Die fortwährenden Kriegsunruhen am Anfang des 19. Jahrhunderts mußten notwendigerweise auch die lippische Leinenindustrie schädigen. Doch wäre diese Beeinflussung allgemein nicht allzu stark geworden, weil ja noch immer ein bedeutender Absatz nach überseeischen Gebieten möglich war.

Da aber verhängte Napoleon im Jahre 1806 über sämtliche Häfen im Machtbereiche Frankreichs und seiner Verbündeten die Kontinental Sperre und machte damit

¹⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 63.

²⁾ Darüber bei Schierenberg, a. a. O., S. 70 ff.

³⁾ Bröker, a. a. O., S. 63.

⁴⁾ S. Schierenberg a. a. O., S. 80 ff.

jeden Export unmöglich. Das war für die lippische Leinenindustrie ein herber Schlag; die mühsam errungenen Absatzgebiete gingen so mit einem Male verloren, und ein Rückgang des bisher so blühenden Gewerbes war unvermeidlich¹⁾.

Es kam hinzu, daß die bereits während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts eingeführte Baumwollwarenfabrikation an Umfang gewann und die Leinenindustrie zurückdrängte.

Noch andere Schwierigkeiten folgten. Der heimische Flachsbaue wurde bald durch scharfe Konkurrenz ausländischen, namentlich russischen Flachses, unlohnend und sank von seiner einstigen Höhe herab.

Als nun aber gar Spinnmaschine und mechanischer Webstuhl ihren Siegeslauf antraten, als das Festland mit der billigen und feinen englischen Ware überschwemmt wurde²⁾, da war der Untergang der Handspinnerei und -weberei besiegelt.

Zwar gelang es der lippischen Regierung durch Einrichtung der Lemgoer Legge im Jahre 1826 und Errichtung von Spinnschulen 1834, den raschen Verfall aufzuhalten, ja, eine Hebung dieses Erwerbszweiges herbeizuführen³⁾; doch war dies nur ein kurzes, vorübergehendes Aufatmen des hinsterbenden Gewerbes. Von 10 958 Stück im Jahre 1833 sank die Zahl der zur Legge gebrachten Stücke innerhalb 20 Jahren auf 1120⁴⁾; die Zahl der Webstühle ging bis 1861 auf 1972 im ganzen Lande zurück⁵⁾, und der Preis für die gangbarste III. Sorte Leggelinnen fiel von 1 Reichstaler 6 Groschen im Jahre 1826⁶⁾ auf 33 bis 34 Groschen im Jahre 1854⁷⁾.

¹⁾ Vgl. hierzu: Kiewning, Lippe und Napoleons Kontinentalsperre gegen den britischen Handel, in den Mitteilungen aus der lippischen Geschichte und Landeskunde, Bd. VI, S. 138—192.

²⁾ Andere Gründe für den Verfall, s. Schierenberg, S. 91 ff.

³⁾ Schierenberg, Die Wiedererrichtung der Lemgoer Legge, a. a. O., S. 1 ff.

⁴⁾ Meyer, Teilungsverbot, S. 66.

⁵⁾ Schierenberg a. a. O., S. 108.

⁶⁾ Schierenberg, Mitteilungen, S. 12.

⁷⁾ Ebenda, S. 36.

Gewiß hätte dem völligen Verfall vorgebeugt werden können, wenn man dem Beispiel des nahen Bielefeld gefolgt wäre und mechanische Betriebe eingerichtet hätte. Während aber die einsichtige preußische Regierung die neue Methode begünstigte und Prämien für solche Betriebe vergütete, verbot sogar die kurzsichtige lippische Regierung die Errichtung mechanischer Spinnereien und Webereien, weil sie darin eine Schmälerung des Verdienstes der Handspinner und -weber erblickte¹⁾.

Lippe, das durch die große Zahl leistungsfähiger Arbeiter gerade für die neue Art der Leinenindustrie geeignet war, mußte so sehen, wie sich die Leinenindustrie im Ravensbergischen, namentlich in Bielefeld, von Jahr zu Jahr hob, während die seinige ständig zurückging.

Erst in neuester Zeit sind an verschiedenen Orten des Landes mechanische Webereien entstanden.

Wir dürfen nach diesen Erörterungen sagen, daß Landwirtschaft und Leinengewerbe bis in die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts die wichtigsten Erwerbszweige der lippischen Bevölkerung gebildet haben. Erst von da ab erfolgte die große Verschiebung, die Umstellung der bisher im Leinengewerbe tätig Gewesenen. Denn mit dem schnellen Rückgange des Leinengewerbes wurde bei steigender Bevölkerungszahl die Arbeitskapazität in Lippe ganz bedeutend reduziert. Die Folge war, daß sehr viele Lipper ihr Bündel schnürten und gleich vielen anderen Deutschen und Europäern die Reise über das große Wasser antraten, um in Amerika eine neue Heimat zu gründen, die meisten freiwerdenden Arbeitskräfte aber jetzt alljährlich, wie seit über 200 Jahren schon manche ihrer Vorfahren, zur Beschäftigung in außerlippische Gebiete abwanderten.

Wenn wir einmal versuchen, die Bevölkerung nach der Berufszugehörigkeit zu gliedern, so dürften ungefähr für

¹⁾ Schierenberg a. a. O., S. 108.

1790 und die Zeit bis 1840 folgende Zahlen zutreffen: Es entfielen Berufszugehörige auf:

I. Landwirtschaft:	
a) Bauern	44,5 %
b) Tagelöhner	9,0 % = 53,5 %
II. Gewerbe:	
a) Leinengewerbe	27,0 %
b) Wanderarbeiter	2,5 %
c) Andere	14,0 % = 43,5 %
III. Andere Berufe	= 3,0 %

Dazu muß auch hier noch einmal besonders bemerkt werden, daß auch die Gruppen II und III zum größten Teil Landwirtschaft im Nebenberuf ausübten.

§ 7. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik Lippes bis 1869.

Die Einwirkungen des Staates, speziell auf die Wanderarbeiter, werden uns in den folgenden Paragraphen noch häufiger entgegentreten. Wir können sie aber nur dann recht verstehen, wenn uns auch die allgemeine Einstellung der Staatslenker zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der älteren Zeit bekannt ist.

Von einer selbständigen Wirtschaftspolitik des lippischen Kleinstaates kann natürlich nur bedingt die Rede sein. Denn die führenden Männer unterlagen in ihren Ansichten und Handlungen, in ihren Mitteln und Zielen mehr oder weniger den allgemeinen Strömungen ihrer Zeit. Und so können wir auch für Lippe im Anschluß an die volkswirtschaftlichen Gedankenrichtungen zwei Hauptperioden unterscheiden: die Zeit des Merkantilismus und des Liberalismus. Die Trennung wollen wir durch das Jahr 1808 kennzeichnen, wobei wir selbstredend zu berücksichtigen haben, daß vieles von dem, was am Schlusse des ersten Abschnittes von Wert ist, noch weit in die neue Periode hineinreicht, und daß für manches Neue am Anfange des zweiten Zeitraumes im vergangenen wesentliche Vorläufer als Anzeichen feststellbar sind.

Bis 1808 und noch darüber hinaus stoßen wir überall auf tiefe Spuren des Merkantilismus. Durch fortwährende staatliche Eingriffe suchte man das gesamte Wirtschaftsleben zu regeln, wie wir das namentlich an den zahlreichen zu diesem Zwecke erlassenen Verordnungen und Gesetzen erkennen. Erinnerung sei nur an die vielen Sondervorschriften hinsichtlich der Handelstätigkeit im allgemeinen und für die Konzessionierung insbesondere, an die scharfen Kontrollen, z. B. durch Einrichtung der Schau- und Leggeanstalten, an die strengen Paßvorschriften u. dgl. m. Auch die Versuche, Bodenschätze im Lande zu erschließen und den Seidenbau einzuführen, die ersten Volks-, Gewerbe- und Viehzählungen, die Förderung der Ansiedlungen, die Suspendierung des Teilungsverbotes, die Hemmung der Einfuhr, Förderung der Ausfuhr, die Schaffung von Spareinrichtungen, vermögen wir nur im Hinblick auf die merkantilistischen Tendenzen jener Zeit recht zu würdigen.

Aber all diese Maßnahmen waren nicht etwa die Folge einer sozial orientierten landesväterlichen Regierung. Letzen Endes geschah vielmehr alles zum Zwecke der Stärkung des absolutistischen Regimes der Grundherren, besonders der Landesherrschaft, die ja neben der Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit und den Ansprüchen aus Regalien vor allem Rechte aus der Gutshörigkeit und Leibeigenschaft herleitete und sich damit berechtigt — vielleicht auch verpflichtet — fühlte, durch Gebote und Verbote in „patrimonialer Bevormundung“⁴⁾ die Wirtschaftspolitik so zu gestalten, daß möglichst viel „Geld ins Land kam“, d. h. die Kammerkasse, die sehr häufig notleidend war, immer wieder zur Leistungsfähigkeit aufgefüllt wurde.

In die Ideenrichtung des Merkantilismus und vor allem des Absolutismus ließ sich die Wanderarbeit nicht ohne weiteres einreihen; denn Abwanderung bedeutete zugleich Verlust an Menschen; Menschen aber bildeten das

⁴⁾ Bröker, a. a. O., S. 8.

Hauptmerkmal für die Macht der Fürsten, Menschenvermehrung galt als Machtausweitung und Reichtumsvermehrung. Gegenüber dieser einseitigen Vorstellung trat die andere merkantilistisch beachtenswerte Tatsache des mit der Wanderarbeit verbundenen Geldeingangs ins Land zunächst zurück; doch ist unverkennbar, daß etwa seit Beginn des 18. Jahrhunderts auch in dieser Hinsicht sich eine Wandlung vollzog, wie wir das später in der Stellung der Regierung zur Wanderarbeit sehen werden.

Erst gegen Ende der ersten Periode war auch in Lippe etwas von dem freiheitlichen Rauschen einer neuen Zeit zu spüren, nachdem man von Frankreich her den Ruf Freiheit und Gleichheit, das „laissez faire et laissez passer“, und von England aus die neue Lehre eines Adam Smith vernommen hatte, daß die Arbeit die Quelle alles Reichtums sei.

Es ist denn auch erklärlich, wenn unter dem Einflusse derartiger Tendenzen eine so energische Persönlichkeit wie die Fürstin Pauline, der es mit diplomatischem Geschick gelungen war, aus den Trümmern des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation den selbständigen Fürstentum Lippe und damit die Dynastie zu retten, den ersten Schritt zu einer liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1808¹⁾ tat, nachdem sie bereits 1807 ihre Diener angewiesen hatte, bei ihren Anträgen und Beschlüssen nicht etwa das einseitige Interesse des Fürstenhauses und seiner Nachkommen wahrzunehmen, sondern das allgemeine Beste des Landes zu berücksichtigen und „in scheinbaren Kollisionsfällen das eine wie das andere in gehöriges Licht zu setzen“²⁾.

Immerhin dauerte es noch eine geraume Zeit, bis die liberalen Ideen, denen der Gedanke zugrunde lag, daß sich das Wirtschaftsleben am vollkommensten harmo-

¹⁾ 27. 12. 1808, Verordnung, die Aufhebung des Leib- und Guts-Eigentums betr., L.L.V., Bd. V, S. 242—245.

²⁾ Zitiert nach Bröker, S. 18.

nisch gestalten würde, wenn die vom Eigennutz geleiteten Menschen in ihrem wirtschaftlichen Handeln völlige Freiheit besäßen, auch in Lippe soweit Eingang gefunden hatten, daß sie in entsprechenden Gesetzen ihren rechtlichen Niederschlag fanden.

Erst 1836 war es in Auswirkung jener Tendenzen nach langen Kämpfen gelungen, wenigstens den bäuerlichen Grundbesitzern eine Vertretung im Landtage zu sichern.

Mit dem Anschlusse Lippes an den Zollverein im Jahre 1842 war dann die Grundlage gegeben, auf der sich in der Folgezeit Verkehrs-, Handels- und Gewerbefreiheit ausbilden und durchsetzen konnten.

Wichtiges Quellenmaterial für die Beurteilung der Wirtschafts- und Sozialpolitik seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts sind neben den Verordnungen und Gesetzen vor allem auch die seit 1838 gedruckten Landtagsprotokolle. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, auf Grund dieser Quellen, in Verbindung mit den Landtagsakten, die Wirtschafts- und Sozialpolitik des lippischen Staates in den letzten 100 Jahren zu untersuchen und vor allem die Wandlungen und Verschiebungen periodenweise zu vergleichen und kritisch zu würdigen.

§ 8. Zusammenfassung.

Als Vorbedingungen für die lippische Wanderarbeit der älteren Zeit lernten wir in den gegenüber Lippe wirtschaftlich besser gestellten und daher höher entwickelten Zuwanderungsgebieten ständig starke Nachfrage nach Arbeitskräften und relativ höhere Löhne kennen.

Im Abwanderungsgebiet wurde die Wanderarbeit hervorgerufen und begünstigt durch den infolge der großen Waldkomplexe beschränkten wirtschaftlichen Lebensraum, durch die strenge Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen über Grundbesitzverteilung und -aufteilung, Anerbenrecht und Abfindingswesen, ferner durch das Anwachsen der besitzlosen Einliegerfamilien und die zu schmale Basis wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten; und dann seit Ende der 30er Jahre be-

deutend gefördert durch das Absterben des bis dahin wichtigsten Nahrungszweiges der besitzlosen Bevölkerungsklasse Lippes: der Handspinnerei und Handweberei.

Hinzu kamen als verstärkende Momente auf beiden Seiten im 19. Jahrhundert die freiheitliche Gestaltung des Wirtschaftslebens durch Beseitigung der innerstaatlichen Zollschränken, die allmählich zunehmende Industrialisierung weiter deutscher Landesteile, sowie die Ausbildung und Ausdehnung des Eisenbahn- und Postwesens.

Es muß ferner berücksichtigt werden, daß die Wanderarbeit in die Sommermonate fiel und damit ein Aufgeben des heimatlichen Wohnsitzes nicht zweckmäßig und notwendig war, u. E. ein Moment, das mit dem Kleben an der Scholle, der Bodenständigkeit, den „starken Wurzeln“ heimatlicher Erde zusammenhängt.

Und noch ein Moment möge hier erwähnt werden, das uns gerade für die ältere Zeit wesentlich erscheint: die Tatsache, daß den Abwandernden durch die Wanderarbeit die Möglichkeit gegeben war, sich bares Geld zu verschaffen, das in der Heimat außerordentlich rar war. Der „schimmernde Glanz der Goldgulden“ zog nicht nur Einlieger und Hoppenplöcker, sondern selbst Söhne der Groß- und Mittelkötter, Halb- und Vollmeier fort¹⁾; im Drange nach dem glänzenden Metall schreckten sie nicht vor der mühevollen Reise und den an Entbehrungen aller Art reichen Arbeiten in fremden Landen zurück.

So entstand und entwickelte sich eine temporäre Abwanderung der lippischen Bevölkerung, jene Wanderarbeit, die sowohl für die aktiv beteiligten, als auch für die gesamten Bewohner Lippes von einschneidender Bedeutung werden sollte, jene Wanderarbeiterbewegung, die von Jahr zu Jahr an Umfang gewann und bis auf den heutigen Tag und damit über 300 Jahre anhält.

¹⁾ Vgl. Verordnung vom 30. 10. 1790, wonach den Söhnen der Voll- und Halbmeier die Wanderarbeit besonders erschwert wurde.

Zweites Kapitel

Die Wanderarbeit und ihre Hemmungsfaktoren

§ 9. Die Wanderarbeit unter dem hemmenden Einflusse der lippischen Stände.

Wann die Wanderarbeit der lippischen ländlichen Bevölkerung begonnen hat, kann nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Nur aus einzelnen Bemerkungen in alten Urkunden und Schriften sowie den im Laufe der Jahrhunderte erlassenen Verordnungen, vermögen wir Schlüsse auf ihr Vorhandensein zu ziehen.

Die ältesten Spuren gehen zurück bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts, denn bereits 1604 heißt es in der Polizei-Verordnung vom 10. September: „Wer im Auslande arbeitet, wird mit drei Talern bestraft, wenn er zurück kommt“, und in den Beiträgen zur Geschichte des Fürstentums Lippe, Bd. IV, schreibt Falkmann auf Seite 206 unter Anmerkung: „In einem Berichte des Beamten zu Varenholz von 1608 werden zum ersten Male dortige Frieslandgänger erwähnt.“

Die Polizei-Verordnung sowie die Münz- und Taxordnung von 1620 verbietet das „Außer Landes auf Arbeit gehn“, und die Taxordnung von 1658 bedroht alle Untertanen, welche „ohne Erlaubnis verweichen und an andern Orten in Dienst treten würden“, mit Landesverweisung unter Nachsendung von Weib und Kind.

Solche Verbote kennzeichnen noch mehr als 100 Jahre lang die Stellung der fast völlig unter dem Einflusse der Stände¹⁾ stehenden Landesregierung zu den Wanderarbeitern.

¹⁾ Die Stände waren Vertreter eines Teiles der Untertanen; in Lippe bestanden sie aus den adligen Besitzern der 32 landtagsfähigen Güter und den 12 Vertretern der 6 Städte. Sie übten einen bestimmenden Einfluß auf Landesherrn und Landesregierung aus und suchten die unteren Volksklassen in Abhängigkeit zu erhalten.

Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß derartige Verbote in etwa zurückzuführen sind auf die Ansicht jener Zeit, „da ein Festkleben an der heimatlichen Scholle gewissermaßen als eine Tugend galt, und alle, auch die ehrlichsten Wanderer, von vornherein mit mißtrauischem, verächtlichem Auge angesehen und nach wiederholt erlassenen strengen Gesetzen gegen Müßiggänger, Landstreicher, Gardende Knechte und Lotterbuben aufs äußerste verfolgt wurden“ (Falkmann), so tritt doch nach dem 30jährigen Kriege der Mangel an notwendigen Arbeitern für die Bewirtschaftung der Äcker hervor. Diese Klagen mögen damals berechtigt gewesen sein, hatte doch der lange Kampf in Lippe insofern tiefe Wunden geschlagen, als die Bevölkerung stark zusammengesmolzen, das Ackerland vernachlässigt und vernichtet war¹⁾, so daß es jetzt einer um so größeren Sorgfalt bedurfte und mehr Fleiß und Arbeit forderte. In der Verordnung vom 20. Februar 1680²⁾ wird ausdrücklich auf den Arbeiter- und Gesindemangel hingewiesen und das „außer Landes gehen“ bei Strafe von 10 Goldgl.³⁾ verboten.

Als 1682 der Landtag darüber klagte, daß die jungen arbeitsfähigen Leute des Landes die üble Gewohnheit hätten, „nach Friesland“ zu wandern und im Auslande zu dienen, da wurde ein verschärftes Verbot⁴⁾ gegen die Abwanderer erlassen, in dem auch zum ersten Male die Ziegelerarbeit erwähnt wird. Es heißt darin: „daß auch denjenigen, die sich bisher zu gewisser Zeit des Auslaufens in fremde Länder angemahlt, daselbst der Ziegelerarbeit sich zu bedienen, solche ihre bisherige Gewohnheit, und zwar einem jeden bei Strafe von

¹⁾ S. Stegmann, Die Grafschaft Lippe im 30jährigen Kriege, Mitteilungen III, S. 1—155.

²⁾ L. V. Bd. I. S. 487.

³⁾ 1 Goldgl. = 3,50 Mk.

⁴⁾ Verordnung vom 6. Februar 1682. L.V. Bd. I., 491.

50 Goldgl.¹⁾ allen Ernstes verboten werde, auch den starken Bettlern und Müßiggängern zur Warnung andeuten lassen, daß sie ohne Nachsehen beim Kopfe genommen und nachher unserer Hofhaltung geschickt, daselbst in einem angeschlossenen Halsringe bei Wasser und Brot zur Arbeit angestrengt werden sollen“.

Über diese Verordnung sagt Falkmann²⁾:

„Wenn die Regierung in dieser Verordnung neben dem Hauptmotiv ihrer strengen Maßregel, dem Arbeitermangel, zugleich über die Demoralisierung der Ausgewanderten klagt, so hat sie gewiß nicht unrecht. Der Reiz, welchen das Gefühl der unbeschränkten, unbeaufsichtigten Freiheit hatte, führte zu Exzessen und Mißbräuchen, um die keine Polizei sich bekümmerte, noch mehr aber tat die Bekanntschaft mit schlechten Sitten des Auslands und dem zügellosen Gesindel, welches aus den aufgelösten Kriegsheeren sich besonders über das westliche Deutschland verbreitete. So mochte denn freilich ein großer Teil derer, welche einfach und unerfahren den reinen Schoß des heimatlichen Dorfs verlassen hatten, infiziert an Körper und Seele in dasselbe zurückkehren. Auch die vielen landesherrlichen Verordnungen der damaligen Zeit, welche dem steigenden Luxus und der zunehmenden Entsittlichung auf dem platten Lande zu steuern beabsichtigten, lassen den allmählichen Einfluß der ausgewanderten Arbeiter leicht erkennen.“

Wenn die Wanderarbeit derartige nachteilige Folgen mit sich brachte, so waren den klagenden Landwirten damit neue Gründe gegeben, der Abwanderung entgegenzutreten. Doch hören wir eine Reihe von Jahren nichts von neuen Maßnahmen gegen die Frieslandsgänger.

¹⁾ Vergehen verschiedenster Art wurden in Lippe noch vor nicht gar langer Zeit mit Goldbußen bestraft, deren jedesmalige Höhe in Goldgulden angegeben wurde. Nach heutiger Reichsmünze bewertete sich ein Goldgulden mit Mk. 3,50, während ein feiner Silbergulden nur mit M. 2,— gleichstand. (Oesterhaus in „Blätter für lippische Heimatkunde“. Jg. 1. Nr. 11, S. 88.)

²⁾ Vaterl. Bl. Jg. 4, Nr. 6.

Erst als im Anfange des 18. Jahrhunderts die mehr um sich greifende Abwanderung eine größere polizeiliche Aufsicht erforderte, und zu dem Zwecke das Paßwesen eingeführt wurde, ging man auch gegen die „Müßiggänger und Bettler“, die in Holland durch Grasmähen, Torfstechen und Ziegelstreichen Geld für sich und die Ihrigen in der Heimat zu verdienen suchten, durch Einrichtung des Paßzwanges vor.

Jeder, der sich ins Ausland begeben wollte, hatte bei dem zuständigen Amt um Ausstellung eines Passes nach-zusuchen. In der Verordnung vom 9. März 1711¹⁾ wird die Paßerteilung an die Hollands- und Frieslandsgänger den Ämtern untersagt, diesen hingegen vorgeschrieben, über Person und Ursache der Reise an die Regierungskanzlei zu berichten, die dann selbst die Pässe ausstellen wollte. Man merkt auch, daß die Regierung allmählich nachsichtiger gegen die Wanderarbeiter wurde; ja, sie fing an, sich mehr und mehr für diesen in der Heimat oft erwerbslosen Stand der Bevölkerung zu interessieren, weil sie einsah, daß durch die Arbeit in Holland und Friesland viel Geld ins Land gebracht wurde. Kann es daher verwunderlich erscheinen, wenn in jener Zeit des Merkantilismus, da die irrige Ansicht verbreitet war, der Reichtum eines Landes müsse in Geld bestehen, und der Staat deshalb mit allen Mitteln Geld ins Land zu ziehen suchte, die lippische Regierung sich sogar der Saisonarbeit annahm? Es geschah dies dadurch, daß gewissermaßen ein Agent, Ziegelbote genannt, zur Überwachung der Hollands- und Frieslandsgänger im Jahre 1714 angestellt wurde. Da diese Einrichtung gerade für die lippischen Wanderarbeiter charakteristisch ist und bis in die jüngste Vergangenheit bestanden hat, wollen wir uns damit zusammenhängend in einem besonderen Paragraphen (s. § 15) beschäftigen und die allgemeine Entwicklung der Saisonarbeit in Lippe erst abschließend betrachten.

Zwar erfahren wir nirgends etwas über die Zahl der abwandernden Personen; doch dürfen wir wohl aus der

¹⁾ L. V. Bd. I. S. 774.

Wichtigkeit der Verordnungen, noch mehr aber aus der Einrichtung des Botendienstes schließen, daß schon damals eine beachtenswerte Anzahl Wanderarbeiter vorhanden gewesen sein muß. Diese Behauptung läßt sich um so eher verfechten, als erwähnt wird, daß bereits am Anfange des 18. Jahrhunderts außer Holland und Friesland noch das Herzogtum Bremen und ein großer Teil des Kurfürstentums Hannover manchen Lippern Arbeitsgelegenheit darboten, weil sich hier infolge wachsenden Wohlstandes rege Bautätigkeit entfaltete und daher mit jedem Jahre eine Anzahl neuer Ziegeleien entstand.

Die Ziegelarbeit scheint in jener Zeit überhaupt die wichtigste Beschäftigungsart gewesen zu sein, hören wir doch nichts von irgendwelchen andern Arbeiten; erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts werden auch Grasmäher und Torfstecher erwähnt, die aber sicher schon früher vorgekommen sind. (Vergl. § 13).

Wohl erkannte die Regierung die Wichtigkeit der Wanderarbeit, wohl überzeugte sie sich von den finanziellen Vorteilen, die dieser Erwerbszweig für das Land hatte, dennoch aber hörte sie auf die immer wieder auftauchenden Klagen der Landwirte über Mangel an geeigneten Arbeitskräften und versuchte durch entsprechende Verordnungen die Abwanderung zu hemmen. Eigentliche Verbote sind es jedoch nicht mehr. 1730 legte sie den jungen Leuten ans Herz, sich möglichst im Inlande zu vermieten, gestattete aber, „daß diejenigen, so außer Landes ein Stück Geld zu verdienen vermeinen, und die sich dahin begeben wollen, solches ungehindert tun mögen, jedoch nicht anders, als wenn sie allhier im Lande keine Arbeit haben können“.

Die Verordnung vom 22. Februar 1734 schärft den Beamten ein, keinen Untertanen ohne Paß auswandern zu lassen und befiehlt den Boten, auf solche Personen acht zu geben. Erst mit der Einführung der Militärpflicht im Jahre 1765 trat wieder eine Verschärfung der Verordnungen für die Wanderarbeiter ein. Nach der Verordnung

vom 19. Februar 1765¹⁾ wurden alle dienstfähigen Untertanen zwischen dem 16. und 28. Lebensjahre in besondere Listen—Mutterrollen—eingetragen und vereidigt. Wer sich verheiratet, eine Stätte antreten oder außer Landes gehen wollte, mußte zuvor um den Militärabschied nachsuchen. Alle, die sich für kurze oder längere Zeit ohne Erlaubnis aus dem Lande entfernten, wurden ihres Erbrechtes für verlustig erklärt. Da diese Maßregel das heimliche Entweichen förderte — viele entwichen aus Furcht vor der Uniform —, so sah sich die Regierung veranlaßt, noch in demselben Jahre (14. Mai 1765)²⁾ diesen „Leichtsinn, Frevel und Übermut“ bei Verlust des Vermögens, des kindlichen Anteils und aller Anforderungen zu untersagen.

Unter Hinweis auf die bereits erlassenen Verordnungen wurden infolge erneuter Klagen über Mangel an Gesinde am 3. Februar 1778³⁾ zwecks genauester Überwachung und Kontrolle der Wanderarbeiter die Ämter angewiesen, mit Hinzuziehung der Dorfvorsteher eine genaue Untersuchung anzustellen, ob „die jungen Leute von den Kolonaten oder Stätten oder sonst auch ohne Nachteil der Gemeinheit entbehrt werden könnten“.

Den Wanderarbeitern selbst wurde befohlen, „sich 14 Tage vor ihrer Abreise zur Erhaltung der Erlaubnis und des Passes beim Amt oder Amtsvogt zu melden“. Auf Grund dieser Anmeldungen mußten die Ämter alljährlich gleich nach Ostern genaue Verzeichnisse aller „außer Landes Gehenden“ an die Regierung einsenden. Erst von da ab ist mit Hilfe dieser Verzeichnisse⁴⁾ eine Feststellung der Zahl der Wanderarbeiter möglich.

Wenn auch die Verzeichnisse keinen Anspruch auf Genauigkeit machen können, und wenn auch das Aktenmaterial hierüber sehr lückenhaft ist — Amt Blomberg fehlt ganz —, so erhalten wir doch dadurch ungefähr ein Bild von der Entwicklung der Wanderarbeit in Lippe.

¹⁾ L. V. Bd. II. S. 195.

²⁾ L. V. Bd. II. S. 204.

³⁾ L. V. Bd. II. S. 645.

⁴⁾ R. R. Fach 146, Nr. 1.

In den Verzeichnissen sind sowohl Ziegler als auch Torfstecher aufgeführt. Die folgende Tabelle zeigt uns die Zahlen in den einzelnen Ämtern und in ihrer Gesamtheit.

**Zahl der lippischen Wanderarbeiter von 1778—1826.
Nach den Verzeichnissen der Ämter.**

Bezirk	i. J.:	1778	1779	1780	1781	1782	1783	1784	1785	1786	1787	1788
Amt	Detmold	158	139	95	106	80	140	191	171	197	210	206
„	Schötmar	74	21	21	53	29	42	81	73	73	105	78
„	Oerlinghausen	2	5	3	—	—	—	3	—	3	10	5
„	Horn	56	—	32	33	29	42	44	57	67	77	77
„	Brake	32	21	17	17	17	17	30	31	28	39	44
„	Varenholz	70	64	46	50	51	57	67	76	87	77	77
„	Schwalenberg	7	—	—	—	—	—	3	—	5	5	5
„	Sternberg	—	—	—	—	6	9	27	18	25	23	22
		399	250	214	259	212	307	446	426	485	546	514

Bezirk	i. J.:	1789	1790	1791	1792	1793	1794	1795	1796	1797	1798	1799
Amt	Detmold	208	209	211	199	236	288	111	125	225	245	299
„	Schötmar	110	110	101	124	148	166	153	120	118	147	183
„	Oerlinghausen	—	3	4	6	5	—	—	4	8	8	6
„	Horn	75	73	77	118	103	110	71	81	81	98	116
„	Brake	39	47	56	59	45	45	21	42	56	75	100
„	Varenholz	57	64	61	58	122	110	68	8	22	24	53
„	Schieder-											
	Schwalenberg	5	18	25	9	28	24	9	8	4	5	5
„	Sternberg	23	17	21	24	15	8	10	6	6	5	10
		517	541	556	597	702	751	443	394	520	607	702

Bezirk	i. J.:	1800	1801	1802	1803	1804	1810	1811	1914	1815	1826
Amt	Detmold	261	288	285	305	339	261	337	380	500	537
„	Schötmar	193	203	179	—	135	229	208	249	260	163
„	Oerlinghausen	17	7	17	—	28	16	13	32	26	72
„	Horn	—	—	—	—	—	124	—	127	135	93
„	Brake	54	72	71	56	56	32	47	181	180	—
„	Varenholz u.										
	Sternberg	66	79	84	—	54	32	99	168	167	100
„	Schwalenberg										
	u. Schieder	11	20	35	5	7	11	10	21	24	23
		602	669	671	366	619	705	714	1158	1292	988

Daß die Tabelle namentlich von 1800 ab so lückenhaft wird, ist darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Ämter

die Listen nicht eingesandt hatten; nur ab und zu, wenn die Regierung die Amtsvorsteher und Magistrate an ihre Pflicht erinnerte, unterzogen sie sich der Mühe, die Verzeichnisse aufzustellen.

Es würde zu weit führen, die Ziffern auch noch nach Ortschaften aufzuteilen; doch mögen wenigstens für 2 Jahre jene Orte hier genannt werden, die damals die meisten Wanderarbeiter stellten.

Es wanderten ab:

aus	im Jahre	
	1778	1790
Heidenoldendorf	27	13
Heiden	22	30
Bentrup	12	13
Hagen	9	24
Schötmar	16	17
Oberwüsten	15	22
Loßbruch	9	15
Hohenhausen	13	20
Kalldorf	11	15
Schlangen	13 (1780)	36
Kohlstädt	16 (1780)	13

Auf eine Anregung des Amtes Detmold hin mußte von 1778 ab für die Paßerteilung eine taxmäßige Gebühr von 12 Sgr. gezahlt werden. Diese Einrichtung verfehlte jedoch so sehr ihren Zweck, daß die Vorschrift schon nach wenigen Jahren, 1784, wieder aufgehoben wurde. Da die Leute wußten, daß sie ebenso sicher und bequem ohne, als mit Paß reisten, so begaben sie sich ohne Anzeige außer Landes. Infolgedessen glaubte sich die Regierung zur äußersten Strenge verpflichtet und erklärte viele der Abgewanderten ihres Anerbes für verlustig.

Gegen manche wurde die Konfiskation der Brautschätze und der kleinen Barschaften der Einlieger verfügt oder auf Geld- und Gefängnisstrafen erkannt.

„Mit Erstaunen sieht man aus solchen Erscheinungen“, so schreibt Falkmann, „welch' einen unwiderstehlichen Reiz der rasche Geldgewinn, welchen das Ausland darbot, ausüben mußte, und zwar nicht bloß auf die ärmere Klasse der Bevölkerung, die wohl die Not schon oft verleitet hat,

den Gesetzen zu trotzen, sondern auch auf Begüterte und Stättebesitzer“.

Die stärkere Zunahme der Wanderarbeiter veranlaßte die Regierung, im Jahre 1785 mehrere Ämter zum Bericht über die Ursachen aufzufordern.

Hier wurde als Ursache der Mangel an Arbeitsgelegenheit genannt, dort einzig und allein der höhere Verdienst im Auslande. Fast alle Ämter stimmten darin überein, daß zur Klage über Mangel an Arbeitern, selbst während der Ernte, durchaus kein Grund vorhanden sei, wenn die Landwirte nur gute Kost und genügenden Lohn gewähren wollten.

Ein Amt berichtete unter Hinweis auf den „Luxus und Wohlstand der Großgrundbesitzer und Ökonomen“: „Man kann es der arbeitenden Klasse nicht verdenken, wenn sie außer Landes auf Arbeit geht, denn dort ist der Verdienst sehr hoch, die Großgrundbesitzer wollen trotz ihres Wohlstandes ihren Arbeitern keine Lohnerhöhung gewähren“, und in einem andern Bericht werden die Worte Möser¹⁾ zitiert:

„Wie stark müssen die Bewegungsgründe dieser Leute sein, wenn sie bei solchem Ungemach Gesundheit und Leben wagen!“

An eine völlige Unterdrückung der Wanderarbeit war nicht mehr zu denken. Die Regierung beschränkte sich daher auf die sorgfältige Überwachung und schärfte nur zuweilen die früheren Verordnungen wieder ein (z. B. 27. Dezember 1791).

Auch die Klagen der Bauern über Gesindemangel scheinen vorübergehend verstummt zu sein. Doch von 1797 an regte sich der Unmut der Grundbesitzer aufs neue, und die Folge war, daß auf dem Landtage von 1798 die Wanderarbeit Gegenstand längerer Erörterungen wurde, indem die Stände die Klage über Mangel an brauchbarem Gesinde wiederholten: „Der Grund hiervon“, meinten sie, „liegt in dem überhandnehmenden Auswandern und der Sorglosigkeit, womit die Urlaubspässe

¹⁾ Patriotische Phantasien.

erteilt werden. Hierzu kommt, daß oftmals und gar mit einem und nur in Kriegsstaaten notwendig seienden Despotismus des Militärchefs die Söhne und Knechte der großen Bauern zum Militärdienst ausgehoben werden, statt welcher ganz füglich Söhne von Heuerlingen eingestellt werden könnten, wenn das Gehen aus dem Lande gehemmt würde“. Zu diesem Zweck schlugen sie vor, daß allen Personen unter 24 Jahren die Auswanderung absolut verboten würde. Zwar ging die Regierung nicht sofort hierauf ein, doch forderte sie von sämtlichen Ämtern gutachtlichen Bericht über das Außer-Landes-Gehen¹⁾).

Mit Hilfe dieser Amtsberichte²⁾ vermögen wir uns ein klares Bild von den Anschauungen jener Zeit zu machen. „Da sich die Mehrzahl nämlich nicht auf die spezielle Frage beschränkte, sondern sich über die ganze Klasse der Einlieger und kleinen Grundbesitzer ausließ, nämlich ihre Stellung zu den Kolonen und großen Grundbesitzern, über ihre Erwerbsquellen, ihre Vorteile und Nachteile, so gewähren sie einen deutlichen Blick in die damaligen Richtungen der politischen und nationalökonomischen Ideen; sie zeigen gewissermaßen den Streit einer progressistischen und einer reaktionären Partei. Gewiß ist es ein erfreuliches Zeichen, daß damals, wo noch so sehr wenig für die arme, aber zahlreiche Klasse der Landbewohner geschehen war, die Mehrzahl der Beamten auf das lebhafteste das Interesse dieser Klasse verteidigte. Aber nicht bloß in der Zahl, sondern mehr noch in der überzeugenden Kraft der Gründe waren ihre Verteidiger im entschiedenen Übergewichte“ (Falkmann)³⁾.

Nur eine geringe Zahl war für Beschränkung der Wanderarbeit.

Amt Oerlinghausen schlug vor, das Außer-Landes-Gehen bis zum zurückgelegten 23. Lebensjahre zu verbieten; in ähnlicher Weise sprach sich das Amt Stern-

¹⁾ Verfügung vom 11. September 1798.

²⁾ R. R. Fach 146, Nr. 1. Vol. V.

³⁾ Falkmann, a. a. O., Vaterl. Blätter.

berg aus. Auch Amt Varenholz erklärte sich für „strengste Kontrolle der Auswanderungen“, jedoch möge weniger auf das Alter als auf die Entbehrlichkeit gesehen werden. Am weitesten ging Amt Horn. Unter Hinweis auf den „enormen Gewinn“, welchen die ausländische Arbeit den dienstfähigen Personen einbringe, und wodurch der Luxus um sich greife wie die Pest, meinte es, daß allen dienstfähigen Leuten bis zum 25. Lebensjahre das Außer-Landes-Gehen gänzlich verboten, oder doch eine „starke Abgabe“ — 10 Tlr. — darauf gelegt werden müsse.

Alle übrigen Ämter, Detmold, Schötmar, Brake, Schieder, Schwalenberg, äußerten sich in einem für die Wanderarbeiter günstigen Sinne. Indem sie fast alle Klagen über Mangel an Gesinde als unbegründet zurückwiesen, da diese nur auf Selbstsucht, Eigennutz, Neid und Mißgunst der größeren Grundbesitzer, welche die Einlieger und Kötter in Armut und steter Unabhängigkeit von sich zu erhalten suchten, beruhten, bezeichneten sie das Hollands- und Frieslandsgehen als einen für das Land im allgemeinen und auch für die Auswanderer selbst höchst nützlichen und wichtigen Erwerbszweig, der bereits zur Notwendigkeit geworden sei.

In dem Berichte des Amtes Schieder heißt es: „Der Umgang mit Fremden macht die Leute kultivierter, unbekanntere Sachen erregen ihren Forschungsgeist; das Beispiel der Holländer erweckt in ihnen die Liebe zur Reinlichkeit, und der Gewinn muntert sie zur Arbeitsamkeit an.“

Amt Brake schrieb: „Würde man das Außerlandesgehen verbieten oder auf irgendeine Art einschränken wollen, so würde das eine sehr voreilige, ungerechte, unpolitische und unausführbare Maßregel sein, und man würde mehr Böses als Gutes stiften.“ In ähnlichem Sinne äußerten sich Schwalenberg und Schötmar. Genannte Ämter erklärten sich damit gegen alle Beschränkungen der Wanderarbeit. Nur das Amt Detmold hielt es für zweckmäßig, den Söhnen der Voll- und Halbmeier, der Groß- und Mittelkötter das Hollands- und Frieslandsgehen

zu untersagen, weil diese Klasse der Bevölkerung später die größeren Kolonate zu verwalten hätte. Für die Einlieger, Hoppenplöcker, Klein- und Straßenkötter dagegen dürfte auf keinen Fall eine Einschränkung eintreten.

Man hätte annehmen sollen, die ohne jede Parteilichkeit und blinde Leidenschaft aber mit um so größerer Überzeugungskraft abgefaßten Berichte hätten der Regierung genügt, von irgendwelchen einschränkenden Maßregeln abzusehen. Trotzdem kam sie den Vorschlägen der Stände nach und erließ am 30. Oktober 1799¹⁾ eine Verordnung, in der allen Untertanen vor erreichtem 20. Lebensjahre bei nachdrücklicher Geld- und Leibesstrafe des Außer-Landes-Gehen auf Arbeit verboten wurde. Erschwerend wirkte besonders noch die Bestimmung über Zahlung des Einliegergeldes und der Kriegssteuer während der Abwesenheit von Ostern bis Michaelis.

Wenn auch infolge dieser Verordnung die Wanderarbeit in einzelnen Ämtern vorübergehend abnahm, so wurde der Hauptzweck, dem vermeintlichen Mangel an Gesinde abzuhelpen, damit doch nicht erreicht.

Aber andere Folgen brachte die Verordnung mit sich. Ganz abgesehen von einer Menge von Beschwerden und Petitionen der Untertanen um Dispensation von jenen Bestimmungen, ließen sich jetzt noch mehr der Nichteingetragenen Übertretung der Paßvorschriften zuschulden kommen. Besonders aber nahm das heimliche Entweichen ganz ungewöhnlich zu; bei manchen, weil sie die Paßgebühren sparen wollten, bei den meisten aber, weil sie noch nicht im gesetzlichen Alter standen.

Auch diese strenge Verordnung konnte die Zunahme der Wanderarbeit nicht mehr verhindern; vielmehr trat die Wichtigkeit dieses Erwerbszweiges für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung und damit des ganzen Landes immer deutlicher an den Tag und gewann, namentlich auch unter den Beamten, eifrige Fürsprecher. Insbesondere war es der Magistrat des Ortes Lage, der, durchdrungen von warmem Gefühl für die unteren Klassen,

¹⁾ L.V. IV., S. 209.

bei jeder Gelegenheit bemüht war, der Regierung die großen Vorzüge der temporären Abwanderung vor Augen zu führen. Verschiedentlich schlug er der höchsten Landesbehörde wohlthätige Maßregeln zur Regulierung und Verbesserung vor, z. B. Stiftung einer Unterstützungskasse für erkrankte, alte und brotlose Arbeiter. Auch war er es, der schon 1803 die Aufhebung oder Veränderung der Verordnung von 1799 zur Sprache brachte, indem er darauf hinwies, daß die jungen Leute von 15—20 Jahren besonders auf Ziegeleien unentbehrlich wären, und daß daher deren Befreiung von dem Auswanderungsverbot sehr zu wünschen sei.

Zwar akzeptierte die Regierung diesen Vorschlag nicht so ohne weiteres, doch wurde die Verordnung von 1799 bald nicht mehr in ihrer ganzen Strenge durchgeführt, und nur zu oft drückte selbst die Regierung bei gesetzwidrigem Verhalten sowohl der Außer-Landes-Gehenden als auch der Beamten ein Auge zu.

Namentlich wirkte die Aufhebung des Leib- und Guts Eigentums im Jahre 1808 günstig für die Wanderarbeiter. Wenn auch damit noch nicht die völlige Befreiung durchgeführt wurde, so war doch die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetze proklamiert, und aus den Ketten der Knechtschaft konnte der größte Teil der Bevölkerung allmählich der Freiheit zustreben.

§ 10. Die Wanderarbeit nach Aufhebung der Leibeigenschaft.

Mit der im Jahre 1806 erfolgten Erhebung der Grafschaft Lippe zu einem Fürstentum war zugleich die Souveränität gegeben. Da hierunter die damals regierende Fürstin Pauline nicht nur die völlige rechtliche Unabhängigkeit von einem Lehnsherrn, sondern auch absolute Regierungsgewalt verstand, so entbrannte ein heftiger Kampf mit den Ständen, die ein derartig schrankenloses Regime nicht anerkennen wollten¹⁾. Dieser Gegensatz

¹⁾ Vgl. Huxoll, Versuch, S. 9 ff., S. 40 ff.

zwischen Landesherrin und Ständen wirkte insofern vorteilhaft auf die Wanderbewegung ein, als die Regierung sich nicht mehr so sehr von den Ständen ins Schlepptau nehmen ließ.

Wir hören daher in der Folgezeit nichts mehr von derartigen Verordnungen, wie sie im Laufe des 18. Jahrhunderts so oft erlassen wurden. Wenn auch die Regierung, um dem fortdauernden Übel des heimlichen Entweichens zu steuern, noch streng an den alten Bestimmungen festhielt, so kamen die früheren Verordnungen, namentlich die gesetzlichen Alterstermine, im allgemeinen bald in Vergessenheit. Als gesetzlich aufgehoben oder modifiziert sind sie aber jedenfalls seit dem Zirkular vom 11. Januar 1820 zu betrachten, in dem die Erteilung von Pässen zur Arbeit nach Holland und Friesland an alle jungen Leute, die das 17. Lebensjahr zurückgelegt hatten, und zur Arbeit in der Nachbarschaft des Landes an noch andere junge Leute gestattet wurde.

Schon einige Jahre vor 1820 war die Zahl der Wanderarbeiter bedeutend gestiegen.

1814	betrug	sie	1158
1815	„	„	1292

1820 werden allein 1000 Ziegler angegeben.

1827	=	1200
1828	=	1300 und 800 Torfgräber.

Diese Gruppe der Bevölkerung schien allmählich eine Macht zu werden, mit der die Regierung rechnen mußte. 1836 hören wir daher, daß die ehemaligen Eigenbehörigen zum ersten Male das Wahlrecht für 7 Abgeordnete im Lippischen Landtage erhielten, wo Ritterschaft und Städte auch mit je 7 Stimmen vertreten waren.

Der Niedergang der Leinenindustrie mußte notwendigerweise der Wanderarbeit neue Arbeitskräfte zuführen; 1840 wurden daher bereits 2500 Saisonarbeiter genannt,

1842	allein	3348	Ziegler
1843	„	4826	„
1844	„	5969	„

Diese gewaltige Zunahme veranlaßte eine Anzahl lippischer Gutsbesitzer, am 18. Januar 1842¹⁾ die Fürstl. Regierung von neuem zu ersuchen, „dem Überhandnehmen der lippischen Abwanderung zu steuern, namentlich den Jünglingen unter 18 Jahren das Außerlandesgehen gänzlich zu untersagen“.

Da sie wußten, daß mit den alten, beliebten Gründen, Mangel an Arbeitern, nichts auszurichten war, versuchten sie es jetzt mit andern Mitteln:

„Hochfürstliche Regierung wolle die Gefahr, welche in einer zur Leidenschaft gesteigerten Wanderungslust der jungen Mannschaft des Fürstentums für das Gedeihen der Ökonomen liegt, nicht verkennen. Diese Leidenschaft ist es, welche uns die Arbeiter entzieht, nicht ein größerer Gewinn. Nicht schwere Arbeit ist es, die die Wanderungslustigen in unserm Dienst fürchten, aber eine fröhliche Reise und ein ungebundenes Leben zieht sie in die Fremde. Leichtsinns lehrt sie den Wert einer ruhigen Lebensart und gleichmäßigen Arbeit in der Heimat verkennen.“

Von Vorschlägen, wie die durch den Niedergang der lippischen Leinenindustrie brotlos gewordenen Einlieger usw. beschäftigt werden könnten, hören wir in der „Klagepetition“ nichts.

Mit Recht wurde deshalb auch das Gesuch abschlägig beschieden mit Hinweis darauf, daß ein Gewerbe nicht auf Kosten anderer begünstigt werden könne, und daß das in der Fremde verdiente Geld dem ganzen Lande und besonders den Landwirten zugute komme.

In ähnlicher Weise wurden die im Jahre 1843 erhobenen Klagen der Ländstände zurückgewiesen, indem die Regierung ihnen mitteilte: „In Ansehung der Frieslandsgänger lassen wir es bei den bestehenden Verordnungen bewenden, da uns nicht bekannt ist, daß zu deren Einschränkung eine besondere Veranlassung vorhanden sei.“

Wir erkennen hieraus, daß die Landesbehörde von der

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 13.

Bedeutung der Wanderarbeit voll und ganz überzeugt war und nicht mehr wie früher in einseitiger Weise den Wünschen der Stände Rechnung trug.

In den fünfziger Jahren klagten verschiedentlich die Grundbesitzer darüber, daß sich ihre Dienstboten als Ziegeleiarbeiter anwerben ließen und sich den kontraktlich übernommenen Verpflichtungen durch heimliche Entfernung in das Ausland entzögen. Nachdem mehrere Landwirte eine dementsprechende beschwerende Anzeige erstattet und von der Regierung darüber angestellte Ermittlungen die Richtigkeit der Beschwerden ergeben hatten, wurden sämtliche Ämter und Magistrate des Landes angewiesen¹⁾, auf solche Gesetzwidrigkeiten genau zu achten, die betreffenden Personen sofort mit 3—14 Tagen Gefängnis (!) zu bestrafen und nur denen Pässe zu erteilen, die keine die Reise ins Ausland hindernde Verpflichtungen im Lande eingegangen seien.

Trotzdem nahmen solche Gesetzwidrigkeiten mehr und mehr zu. Im Jahre 1857 reichten daher mehrere Landwirte und einige interessierte Landtagsabgeordnete²⁾ dem Landtage eine Bittschrift ein zwecks „Erlaß einiger gesetzlicher Bestimmungen wegen der Ziegelgänger, namentlich wegen der noch nicht erwachsenen jungen Leute“. Die Folge war, daß zunächst die einzelnen Mitglieder der Regierung, sämtliche Ämter und Magistrate des Landes und auch die Ziegelboten zu gutachtlichen Berichten³⁾ aufgefordert wurden, hauptsächlich über folgende Fragen:

1. Kommt das Ziegelgehen junger Leute häufig vor und wirkt es schädlich auf Gesundheit und Sittlichkeit?
2. Soll den jungen Leuten das Ziegelgehen gesetzlich untersagt werden?
3. Welches Alter ist erforderlich, es ihnen zuzugestehen?

¹⁾ Zirkular-Verfügung vom 4. November 1856.

²⁾ Rhodovi zu Hündersen, Meier Arend, Hagemeister.

³⁾ R. R. Fach 145, Nr. 13. Vol. V.

4. Welche Löhne werden von den Landwirten bezahlt, und wie hoch belaufen sich die Kosten für den Lebensunterhalt der Tagelöhner, Knechte und Jungen?

Die Mehrzahl sprach sich gegen die vom Landtag erhobenen Beschwerden und gegen die Einschränkung der Wanderarbeit aus. Auch die Regierung war derselben Ansicht.

Da jedoch besonders hervorgehoben war, daß das Ziegelgehen unerwachsener Leute einen wesentlichen nachteiligen Einfluß auf deren Gesundheit und Sittlichkeit ausübe, so erschien es dem Ministerium „zwecks einer nach allen Seiten eingehenden Beurteilung dieser Sache“ wünschenswert, noch die Äußerungen von solchen Personen zu vernehmen, welche „einerseits frei von jeglichen Parteiinteressen, andererseits aber durch ihren Beruf in die Lage versetzt waren, sich aus eigener Wahrnehmung ein Urteil darüber zu bilden, ob das Ziegelgehen für die Sittlichkeit und Gesundheit jugendlicher Arbeiter wirklich derartige Nachteile mit sich führe, welche ein Einschreiten im Wege der Gesetzgebung notwendig erscheinen lasse“. Es wurden daher 7 Ärzte und 7 Prediger zu gutachtlichen Berichten aufgefordert¹⁾. Nur ein Arzt und 2 Prediger glaubten eine nachteilige Beeinflussung der Gesundheit und Sittlichkeit feststellen zu müssen, alle andern jedoch nicht.

Nach reiflicher Prüfung sämtlicher Gutachten ging dem Landtage am 15. Februar 1860 die endgültige Entscheidung des Ministeriums zu²⁾, die wir ihrer Bedeutung wegen hier wörtlich wiedergeben:

„Getreue Stände haben in dem untertänigsten Vortrage vom 24. Juni 1857 den Antrag gestellt, daß gesetzliche Maßregeln getroffen würden, wodurch das Gehen der noch nicht erwachsenen jungen Leute auf Ziegelerbeit völlig abgeschnitten würde, und wodurch die Dienstherrschaften gegen das kontraktwidrige Entfernen der Dienstleute aus dem Dienste behufs Gehen auf Ziegelerbeit, und den ihnen wie der ganzen Landwirtschaft dadurch drohenden Nach-

¹⁾ R. R. Fach 145, N. 13. Vol. VI.

²⁾ R. R. Fach 145, Nr. 13. Vol. VI (599).

teil wirksamer als bisher geschützt würden. Der Antrag ist damit begründet, daß die große Ausdehnung, welche der Betrieb des Ziegelgewerbes im hiesigen Lande gegenwärtig erlangt habe, der Landwirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte entziehe, und daß das Ziegelgehen auf die Sittlichkeit, sowie die Gesundheit der jüngeren Leute nachteilig einwirke.

Wir haben diesen wichtigen Gegenstand nach den verschiedenen dabei zu berücksichtigenden Gesichtspunkten der ausführlichen Erörterung und Begutachtung nicht allein durch die Verwaltungs- und Polizeibehörden, sondern, insoweit dabei Sittlichkeit und Gesundheit in Betracht kommen, auch durch verschiedene erfahrene Prediger und Ärzte des Landes unterziehen lassen.

Nach reiflicher Prüfung dieser Gutachten und in Übereinstimmung mit der sehr überwiegenden Mehrzahl derselben, können wir es den allgemeinen Interessen des Landes nicht entsprechend erachten, gesetzliche Maßregeln zu treffen, welche eine nicht unerhebliche Einschränkung in dem Betriebe des für einen sehr großen Teil unserer Untertanen so wichtigen Ziegeleigewerbes enthalten würden.

Gegen das kontraktwidrige Entweichen der Dienstboten und Einlieger behufs des Ziegelgehens ist — wie zur Erledigung dieses Punktes vorweg bemerkt wird — bereits durch die Verordnung vom 4. November 1856 den Dienstboten ein Schutz gewährt, welcher bei gehöriger Beachtung der Verordnung in der Regel ausreichen wird.

Der Betrieb des Ziegelgewerbes überhaupt, namentlich das Gehen der jungen Leute in dem Alter von 14—17 Jahren auf Ziegelarbeit, hat, wie nicht verkannt werden kann, seit einer Reihe von Jahren im hiesigen Lande so zugenommen, daß dadurch Mangel an Arbeitskräften im Lande fühlbar geworden ist. Dieser Mangel greift insbesondere dem Betrieb der Landwirtschaft zum Nachtheile, und es liegt daher unzweifelhaft eine Verminderung des Ziegelgehens in deren Interesse. Diesem Interesse der Landwirte steht gegenüber dasjenige eines großen und gerade des unbemittelten Theils unserer Untertanen, denen das Ziegelgehen eine lohnende Erwerbsquelle darbietet, welche ihnen im Lande nicht ersetzt werden kann. Wir haben die Pflicht, die Interessen sämtlicher Untertanen zu berücksichtigen und dürfen daher die an sich zulässige Begünstigung eines für das Wohl des Ganzen besonders wichtigen Erwerbszweiges, als welcher im hiesigen Lande die Landwirtschaft unbedenklich bezeichnet werden kann, jedenfalls nicht soweit ausdehnen, daß sie auf Kosten eines anderen Gewerbes geschehe. Dieses würde aber der Fall sein, wenn das Ziegelgehen der jungen Leute aus dem Grunde untersagt würde, damit die Landwirte die nötigen Arbeiter erhielten, ohne daß gleichzeitig durch gesetzliche Normierung des Tagelohns und andere Maßregeln den hier zurückgehaltenen Leuten ein gleich großer Verdienst gesichert würde, als

ihnen durch das Ziegelgewerbe dargeboten ist. Letzteres ist nicht möglich, und es kann daher das Interesse der Landwirtschaft keinen genügenden Grund zu der beantragten Einschränkung des Ziegelgehens abgeben. Der Verdienst der Ziegelarbeiter ist übrigens in der neuesten Zeit nicht selten hinter den gehegten Erwartungen sehr zurückgeblieben, andererseits wird durch das neuerdings in den Nachbarländern üblich werdende Ziegelgehen den hiesigen Untertanen größere Konkurrenz gemacht, und es ist daher die Annahme wohl berechtigt, daß die Zahl der Ziegelgänger hier eher ab- als zunehmen und dadurch auch ohne gesetzliche Maßregeln der Arbeitermangel sich vermindern wird.

Zur Begründung des ständischen Antrags auf das Verbot des Ziegelgehens unerwachsener Leute ist sodann aber auch der nachteilige Einfluß hervorgehoben, welchen dasselbe auf deren Sittlichkeit und Gesundheit ausüben soll. Wir würden, wenn sich diese Nachteile als besonders erheblich herausstellten, darin allerdings Veranlassung finden, das Gehen der jungen Leute auf Ziegelerarbeit zu verbieten, oder doch an Bedingungen zu knüpfen, und haben daher bei der von uns angeordneten Prüfung das Augenmerk besonders auf diese Gesichtspunkte gelenkt. In der großen Mehrzahl der eingegangenen Berichte spricht sich nun die Ansicht aus, daß kein Grund zu der Voraussetzung eines nachteiligen Einflusses auf Sittlichkeit und Gesundheit vorliege, und daß eine derartig nachteilige Einwirkung des Zieglergewerbes auch nicht wahrgenommen sei. Die Sittlichkeit der Ziegler sei wenig gefährdet, da diese den Tag über in reger Tätigkeit gehalten würden, auch auf den meist abgelegenen Ziegeleien zu Ausschweifungen weit weniger Gelegenheit hätten, als wenn sie hier blieben und dienten.

Die Arbeit, welche den unerwachsenen Leuten auf den Ziegeleien obliege, erfordere keine übermäßige Anstrengung, sondern nur Raschheit und Behendigkeit und sei wegen ihres hierdurch verursachten gedeihlichen Einflusses auf die Entwicklung der Körperkräfte der gewöhnlichen Beschäftigung dieser Klasse von jüngeren Arbeitern in hiesigem Lande vorzuziehen.

Bei diesen Gutachten und Berichten, welche zum größtenteile von Personen erstattet sind, welche durch ihr Amt und ihren Beruf, sowie meistens durch langjährige Erfahrung zur Begutachtung der in Rede stehenden Fragen besonders befähigt sind, können wir nicht annehmen, daß das Ziegelgehen auf die Sittlichkeit und Gesundheit der jüngeren Leute so nachteilig einwirke, daß wir uns hierdurch verpflichtet und berechtigt halten dürfen, diesen das Ziegelgehen zu verbieten.

Nach den erstatteten Berichten entgeht eine namhafte Zahl von Familien der völligen Verarmung nur dadurch, daß die heranwachsenden Söhne, sobald sie konfirmiert sind, als Ziegelerarbeiter eine verhältnismäßig bedeutende Summe erwerben und an ihre Eltern abliefern. Würde diesen nun das Ziegelgehen untersagt, so würde die Zahl der Unterstützungsbedürftigen vermehrt, und die Gemeinden würden dadurch erheblich mehr belastet werden, als dieses jetzt durch die öffentliche Unterstützung derjenigen geschieht, welche auf Ziegelerarbeit verunglücken oder arbeitsunfähig werden. Die

Nachteile, die das Ziegelgehen im allgemeinen hat, insbesondere die Abwesenheit des Familienoberhauptes während der größeren Hälfte des Jahres, das mitunter wüste Treiben der Ziegelarbeiter während ihres hiesigen Aufenthalts im Winter usw., können aber überhaupt nicht sowohl durch neue Gesetze, als durch die Erziehung, die Seelsorge und die gehörige Handhabung der Polizei beseitigt oder doch vermindert werden.“

Damit war bereits von der höchsten Behörde frei und unzweideutig ausgesprochen, daß die Wanderarbeit ein für das Land notwendiger Erwerbszweig sei, der durch keine gesetzlichen Bestimmungen eine Einschränkung erleiden dürfe. Nur noch wenige Jahre dauerte es, bis mit der Einführung der Gewerbefreiheit 1869 jede gesetzliche Bevormundung fiel.

Wenden wir uns jetzt der Betrachtung der einzelnen Zweige der Wanderarbeit zu.

Drittes Kapitel

Die einzelnen Zweige der älteren Wanderarbeit

§ 11. Allgemeines.

a) Die lippischen Hollands- und Frieslandsgänger, wie sie in den älteren Verordnungen und Berichten genannt werden, waren nicht durchweg Arbeiter mit gleicher Beschäftigung. Bei weitem der größte Teil zog als Ziegelarbeiter aus, daneben wanderte jedoch eine nicht unerhebliche Zahl als Grasmäher und Torfstecher ab. Geringer an Zahl waren die, welche namentlich nach Amsterdam und in dessen Umgebung gingen, um sich dort als Gesinde, als Gärtner und als Gehilfen in den holländischen Zuckerbäckereien zu vermieten und auch wohl Seereisen nach Ost- und Westindien zu machen.

Zwar werden in allen Berichten auch Deicher, Maurer und Walfischfänger erwähnt. Da diese jedoch nur vereinzelt vorkamen, wollen wir sie von unseren Betrachtungen ausschließen und nur auf die zuerst genannten Arten von Arbeitern — Amsterdamgänger, Grasmäher, Torfstecher und Ziegelgänger — unsere Aufmerksamkeit richten.

Bevor wir jedoch die einzelnen Zweige für sich genauer betrachten, sei Gemeinsames und grundsätzlich Unterschiedliches hier noch hervorgehoben.

b) Zunächst scheint uns hier der geeignete Ort, allgemein etwas über den Namen „Hollands- und Frieslandsgänger“ zu sagen.

Es ist aus dem Aktenmaterial nirgends ersichtlich, wann für die lippischen Wanderarbeiter diese Bezeichnung aufgekommen ist und welchen Sinn sie eigentlich hatte. Lediglich die vielen Verordnungen geben uns Anhaltspunkte.

In der ältesten uns bekannt gewordenen Notiz (s. S. 56) aus dem Jahre 1608 ist nur von „Frieslandsgängern“ und in den Verordnungen des 17. Jahrhunderts nur von „außer Landes auf Arbeitgehen“ die Rede. Erst die Verordnung vom 9. März 1711 enthält die Bezeichnung „Holl- und Friesland-Gänger“.

Sollten nun damit die beiden niederländischen Provinzen Holland und Friesland je als Arbeitsgebiete gekennzeichnet werden, oder aber meinte man mit Holland die für die Abwandernden in Frage kommenden niederländischen Provinzen in ihrer Gesamtheit, und mit Friesland das deutsche Ostfriesland, wohin nach Tack¹⁾ bereits im 16. Jahrhundert ebenfalls Wanderarbeiter aus Westfalen und Niedersachsen zogen, so daß auch auf lippische Beteiligung geschlossen werden könnte? Ja, die oben erwähnte älteste Notiz, in der nur Frieslandsgänger genannt sind, berechtigt sogar zu der Annahme, daß Ostfriesland das erste Wanderungszielgebiet für lippische Abwanderer gewesen ist.

Wenn nun auch die letzte Schlußfolgerung sehr problematisch ist, so geht doch aus den Verordnungen, in denen neben Holland auch Ostfriesland besonders erwähnt ist²⁾, sowie aus der Bezeichnung „ordinärer Ostfriesländischer und Gröningischer Botte“³⁾ hervor, daß „Hollands- und Frieslandsgänger“ die Benennung für Abwanderer in verschiedene holländische Provinzen und nach Ostfriesland war.

Später sind dann beide Ausdrücke auf alle Wanderarbeiter angewandt worden, ganz gleich, ob sie noch in jenen Gebieten tätig waren oder nicht. Erst nachdem Holland und Ostfriesland gegenüber anderen Bezirken ganz zurücktraten, schwanden die alten Bezeichnungen mehr und mehr. Wir können deshalb auch Wehrhan⁴⁾ nicht beipflichten, der noch 1918 jene Ausdrücke für die

¹⁾ Tack, a. a. O., S. 13. S. auch Fußnote 7 auf Seite 25.

²⁾ Z. B. vom 22. Febr. 1734.

³⁾ S. S. 106.

⁴⁾ Lipp. Landeszeitung Nr. 158 v. 14. 6. 1918.

Wanderarbeiter der Gegenwart glaubt anwenden zu können.

Unter Hollands- und Frieslandsgänger hat man demnach die verschiedensten Gruppen lippischer Wanderarbeiter der älteren Zeit ohne Rücksicht auf irgendwelche andere Unterscheidungsmerkmale zu verstehen.

c) Wenn wir hier von der Art der Beschäftigung und der Zeit der Abwesenheit von der Heimat zunächst absehen, so sind Unterschiede grundsätzlicher Art in folgendem zu erblicken:

Wir hatten bereits bei Aufdeckung der Ursachen wiederholt festgestellt, daß die Wanderarbeiter zum größten Teil aus der ländlichen Bevölkerung hervorgingen. Das gilt sowohl für die Grasmäher und Torfstecher, als auch für die Ziegler. Während nun für jene die Wanderarbeit eine Nebenbeschäftigung in wenigen Monaten des Jahres, das Tagelöhnern, oder auch die Bewirtschaftung des eigenen Grundbesitzes daheim aber den Hauptberuf bildeten, lösten sich die Ziegler mit der Zeit mehr und mehr von landwirtschaftlichen Arbeiten los und wurden Wanderarbeiter im Hauptberuf, der sie den größten Teil des Jahres in der Fremde festhielt. Die kleine eigene oder gepachtete Landwirtschaft wurde von Frau und Kindern in Ordnung gehalten.

Wenn Tack ¹⁾ nun aber wegen dieser Unterscheidungsmerkmale die Ziegler nicht mit zu den Hollandsgängern rechnen will, indem er die Ansicht vertritt, daß der Hollandsgänger Angehöriger der ländlichen Bevölkerung sei, der wirtschaftlich wie sozial zu dem der Landwirtschaft dienenden Teile der Bevölkerung gehöre und der nur zum Nebenerwerb periodisch nach Holland auf Arbeit ziehe, so können wir ihm in dieser engen Abgrenzung nicht folgen. Auch der lippische Ziegler, der in Holland seinem Erwerbe als Hauptberuf nachging, war Hollandsgänger.

Zum Torfgraben und Grasmähen gingen hauptsächlich tagelöhnernde Einlieger, Knechte, Kötter und Hoppen-

¹⁾ A. a. O., S. 137/139.

plöcker, die meist kontraktlich zu Dienstleistungen auf Bauernhöfen verpflichtet waren, sowie Bauernsöhne und auch selbständige Klein-, Mittel- und Großbauern.

Die Hauptmasse der Ziegler dagegen stellten die übrigen Einlieger und Neuwohner.

Eine scharfe Grenze läßt sich jedoch nicht ziehen, da auch andere Einlieger, Kötter und Hoppenplöcker, Klein-, Mittel- und teilweise sogar Großbauern an der Ziegelgängerei beteiligt waren.

Zuweilen zogen auch Handwerker, die während des Sommers in der Heimat wenig zu tun hatten, teils als Torfstecher und Grasmäher, teils als Ziegler mit fort. Gerade aber von ihnen hören wir wiederholt in den Akten, daß sie sich vielfach in Holland seßhaft machten (siehe folgenden Paragraph).

d) Über die Arbeitsgebiete der einzelnen Gruppen erfahren wir erst durch die von den Hollandsboten einzureichenden Verzeichnisse und durch die Berichte der Reiseprediger Genaueres. Wir werden in den folgenden Paragraphen darauf einzugehen haben.

Die Wanderarbeiter zogen meist in kleineren Trupps, die sich in bestimmten Ortschaften bildeten, je nach der Art der Arbeit, im März-April (Ziegler und Torfgräber) bzw. Ende Mai — Anfang Juni (Grasmäher) fort. Sie schlugen fast stets denselben Reiseweg ein. Von alten Hollandsgängern, bzw. von Personen, die noch ziemlich genau darüber orientiert waren, wurden uns für die Zeit, als noch keine Eisenbahnen nach den Arbeitsgebieten benutzt werden konnten, folgende Marschrouten nach Holland angegeben:

Aus den östlichen, nördlichen und westlichen Ämtern Lippes wanderten die Hollandsgänger über Herford, Osna-brück nach Lingen; die in Kohlstädt, Schlangen, Haustenbeck ansässigen marschierten durch die Senne über Gütersloh nach Rheine und von dort weiter über Nordhorn nach Holland hinein, wo besonders Coeverden¹⁾ auch für die von Lingen kommenden Wanderer ein wich-

¹⁾ Tack, a. a. O., S. 150.

tiger Sammelort gewesen zu sein scheint. Von dort aus verteilten sich dann die Wanderarbeiter strahlenförmig in die verschiedensten holländischen Arbeitsgebiete.

Die Reise dauerte je nach der Lage des Abwanderungsortes und Zielgebietes 6—8 Tage, da 230 bis 300 km auf schlechten Wegen und bei oft mißlichem Wetter zurückzulegen waren.

Der „Pucken“, den die Hollandsgänger mitnahmen, enthielt neben Wäsche und Arbeitsanzug meist auch einen Teil der Lebensmittel für die Zeit der Anwesenheit in Holland, besonders Speck und Schinken, doch auch Erbsen und Bohnen. Je nach der Leistungsfähigkeit des Abwanderers und auch wohl nach dem noch in der heimatischen Wirtschaft vorhandenen Lebensmittelvorrat schwankte das Gewicht des Puckens zwischen 30 und 100 Pfd.

Daß eine solche Last nicht dauernd auf dem Rücken des Wanderarbeiters „mitgeschleppt“ werden konnte, war selbstverständlich. Häufig wurde deshalb zur Beförderung bereits im Heimatorte, oder aber dort, wo sich die Trupps bildeten, ein Gespann gemietet, das dann nach einer bestimmten Wegestrecke gegen ein anderes vertauscht wurde. Dieser Wechsel wiederholte sich einige Male.

Ob auch durch Gespanne der Hollandsboten oder durch extra dazu bedungene Frachtleute die Pucken lipziger Wanderarbeiter ganz bis zur Arbeitsstätte oder bis Lingen, wo sie auf andere Fuhrleute, wie bei den übrigen nordwestdeutschen Zeitarbeitern, übergingen, gebracht wurden, wie es Tack¹⁾ berichtet, konnten wir nicht mehr feststellen. Höchstens könnte die Ziffer 6 der Instruktion für Ziegelboten vom 8. Februar 1842 (S. 111) die Vermutung zulassen, weil dort auch von kleinen Paketen zur Besorgung durch die Boten die Rede ist. Auch nahmen die Nebenboten (s. d.) Pakete mit. Es handelte sich dabei aber um Sonderreisen der Boten während der Arbeitsperiode.

¹⁾ Tack, a. a. O., S. 153.

Sobald die Eisenbahnen die Möglichkeit der Beförderung darboten, wurden auch sie von Hollandsgängern benutzt. Aber sowohl von Lingen aus nach Holland hinein, als auch vom Heimatsort bis zur nächsten Station, hat die Fußwanderung bis in die jüngste Zeit gedauert, und noch heute muß ja ein Teil der lippischen Ziegler und Maurer aus entlegenen Ortschaften den Vorratskoffer oder auch den Sack meist mühselig bis zum nächsten Bahnhof bringen.

An einen Besuch der Angehörigen in der Heimat während der Arbeitsperiode konnte natürlich in alter Zeit nicht gedacht werden. Der Abschied im Frühling war deshalb um so schmerzlicher, die Wiedersehensfreude im Spätsommer oder Herbst aber auch um so größer. Diese Freude wurde noch erhöht durch das zwar sauer verdiente, aber jetzt in bar vorhandene Geld. Wieder war für manchen dann die Möglichkeit vorhanden, einen Teil des Lohnes dem schon vorhandenen Sparstock zuzufügen, der die schöne Aussicht auf Erwerb eines Grundstückes und schließlich eines eigenen Häuschens eröffnete. —

Bei der nun folgenden Betrachtung der einzelnen Gruppen von älteren Wanderarbeitern wollen wir zwei Abschnitte bilden, um die von nur noch geschichtlichem Interesse von den übrigen, die noch heute vorhanden sind, zu trennen.

I. Abschnitt: Wanderarbeiter von nur noch geschichtlichem Interesse

§ 12. Die Amsterdamgänger und Indienfahrer¹⁾.

Diese Gruppe der Abwanderer gehört eigentlich nicht zu den Wanderarbeitern im engeren Sinne; denn die betreffenden Personen blieben in der Regel mehrere Jahre fort, viele ließen sich auch für immer in Amsterdam nieder, und von manchen wird berichtet, daß sie sich eine

¹⁾ Aktenmaterial, Fach 146, Nr. 6.

dauernde Wohnstätte in niederländischen Kolonien erwarben.

Doch verdienen sie deshalb Erwähnung, weil sie meistens aus den Wanderarbeitern hervorgingen, weil viele von ihnen „schnell reich wurden“, häufig Geldsummen an ihre Angehörigen schickten und bei ihrem Tode reiche Erbschaften hinterließen. Bis in unsere Zeit hinein sind auf diese Weise häufiger größere Geldbeträge in unser Land gekommen. Vor dem Weltkriege erregte der Nachlaß eines im 18. Jahrhundert ausgewanderten Lippers namens Brand die Aufmerksamkeit und das Interesse weiter Kreise. Das Vermögen soll sich zur Zeit, als der Erblasser in Amsterdam starb, auf 8 Millionen Gulden belaufen haben und wurde 1913 auf 300 Millionen hfl. geschätzt.

Immer neue Erben tauchten auf, die sich als Nachkommen jenes reichen Mannes ausgaben, und die mit Bestimmtheit nachzuweisen suchten, daß nur für sie die Millionen in Betracht kämen. Im Oktober 1913 hatte sich ein „Lippischer Verein Brand'scher Erben“ gebildet, der mit aller Macht das erforderliche Material zusammenzubringen suchte, um den Identitätsbeweis führen zu können.

Die Sache hängt jedoch nach neueren Feststellungen mit einer anderen Erbschaftsangelegenheit zusammen, die bald nach dem Kriege aufgegriffen wurde und noch weitere Wellen schlagen sollte, als die „Brand'sche“ Erbschaft. Es handelt sich um die bedeutende Hinterlassenschaft eines Holländers Pieter Teyler van der Hulst, um die sog. „Teyler Stiftung“, als deren Haupterin die 1784 in Haarlem ohne leibliche Erben verstorbene Catharina Olthoff, Nachkomme eines nach Holland ausgewanderten Deutschen, namens Olthoff, in Frage kam. Das Vermögen sollte nach einem älteren Familientestament beim Aussterben der direkten Linie je zur Hälfte an die van der Hulstsche und Olthoffsche Seite fallen.

Das scheint nicht geschehen zu sein, da der größte Teil des Vermögens noch heute als Stiftung vorhanden ist und von Direktoren und Exekutoren verwaltet wird.

Wiederholt haben Interessenten beider Linien im Laufe des 19. Jahrhunderts versucht, die Stiftung, die auf einem falschen Testament beruhen soll, anzufechten, um in den Besitz des Vermögens zu gelangen, und bereits Bismarck hat sich in den 70er Jahren für die deutschen Erben eingesetzt, jedoch ohne Erfolg.

Seit 1921 wird von deutscher Seite die Angelegenheit wieder energisch verfolgt. Ein Verein „van der Hulst-schen und Olthoffscher Erben“, dem sehr viele Lipper angehören, will jetzt durch Herbeiführung einer Entscheidung des höchsten Holländischen Gerichtshofes die Sache aus der Welt schaffen.

Die Personen der Gruppe von Arbeitern, die uns hier beschäftigen, hatten meist in der Heimat ein Handwerk gelernt, sich dann aus Mangel an Beschäftigung ans Wandern gegeben und waren schließlich in den größeren Städten Hollands für längere Zeit in Dienst getreten oder auch wohl gleich direkt dorthin gewandert. Weil sich die meisten nach Amsterdam wandten, und in den betreffenden Berichten nur diese Stadt als Ziel und Beschäftigungsort angegeben wird, mögen sie kurzweg Amsterdamer genannt sein.

Über die Zahl erhalten wir nur einmal Auskunft, indem nämlich im Jahre 1800 in einem Verzeichnisse¹⁾ 68 Lipper aufgezählt werden. Hier erfahren wir auch zugleich etwas über die Art ihrer Beschäftigung: Zuckerbäcker, Lohgerber, Krämer, Wirt, Kaufmann, Tobakfabrikant, Seifensieder, Knecht, Stadtbediente, Färber, Koch, Baumwollenweber, Schneider, Mattenmacher, Trödler u. a. m. werden dort genannt.

Der Reiz fremder Länder und die Möglichkeit zur Erwerbung von Reichtümern lockte viele von den in Amsterdam tätigen Lippem in niederländische Kolonien. Sie wurden kurzweg als Indiefahrer bezeichnet, und ihre Zahl betrug nach einem Verzeichnisse von 1800²⁾ allein in Niederländisch-Indien 70.

¹⁾ R. R. Fach 146, Nr. 6.

²⁾ Ebenda, 145, Nr. 6.

Die Amsterdamgänger und Indienfahrer hatten weniger die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, bis im Jahre 1791 allerlei Beschwerden darüber einliefen, „daß hiesige Untertanen, welche sich nach Holland verdingen oder sonst Erbschaften daher bekommen, von allerlei unbegüterten sich zu „holländischen Boten“ aufwerfenden Leuten beeinträchtigt werden und in Amsterdam oder in andern holländischen Städten von solchen unwissenden Leuten nicht vertreten werden können“¹⁾.

Eine genaue Untersuchung ergab, daß tatsächlich 5 Personen, welche in Erder, Lage, Blomberg, Reelkirchen und Brake wohnten, den Verkehr jener Leute in Amsterdam mit dem Inlande und den Transport ihrer Sachen als eine „Privatspekulation“ besorgten. Die Regierung wollte diesen Übelständen durch Anstellung eines erfahrenen und zuverlässigen Mannes als sog. „holländischen Boten“ abhelfen und ihm für dieses Amt ein privilegium exclusivum erteilen. Johann Bernd Hollmann in Lage war bereits dazu ausersehen.

Da sich jedoch die Mehrzahl der Ämter gegen ein privilegium exclusivum erklärte, sah die Regierung hiervon ab. Die 5 bisherigen Boten durften ihre Tätigkeit weiter ausüben, wurden aber nunmehr unter staatliche Autorität gestellt und nach Stellung einer Kautions von 100 Tlr. auf folgende Instruktion verpflichtet²⁾:

1. „Der holländische Bote darf bei nachdrücklicher Strafe nur die mit Pässen versehenen Untertanen mitnehmen.
2. Vor der Abreise hat er ein genaues Verzeichnis der sich bei ihm angegebenen Untertanen ans Amt einzuliefern.
3. Jeden Untertanen ohne Paß hat er zur Erlangung eines solchen ans Amt zurückzuweisen.
4. Er hat ein Verzeichnis der sich in Amsterdam aufhaltenden und von den nach Ost- und Westindien weiterreisenden Untertanen einzusenden.

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 6.

²⁾ Ebenda.

5. Von jedem Erbnachlasse der unter seiner Obsorge stehenden Untertanen hat er der competenten Obrigkeit nachweisende Anzeige zu tun und dokumentierende Rechenschaft zu geben.
6. Jede ihm anvertraute Bestellung hat er gegen billige Belohnung ehrlich und gewissenhaft auszurichten und sonst alles andere tun und handeln, wie es einem christlichen Boten eignet und gebührt“.

1796 wurde noch ein sechster Bote, Junker aus Lage, auf diese Instruktion verpflichtet. Er betrieb das Geschäft schon länger und hatte von seinen Leuten als besonderes Botenabzeichen ein Schild erhalten, das aus Silber verfertigt, mit dem Amsterdamer Wappen, einer Rose, einem Stern, dem Namen Conrad Junker versehen und an sechs silbernen Ketten befestigt war.

Außerdem hielt es die Regierung noch für zweckmäßig, in Amsterdam einen lippischen Agenten oder Konsul zu besitzen. Dieses Geschäft übernahm ein in einem angesehenen Amsterdamer Handelshause angestellter Lipper, namens Grotgut aus Brake.

Solche wohltätigen Einrichtungen waren für die Lipper in Holland und auch für Lippe selbst von größter Wichtigkeit, bestand doch in der damaligen Zeit ein reger Verkehr zwischen beiden Gebieten.

Durch die Boten, die jährlich 2—3mal mit Pferd und Wagen nach Holland zogen, blieben die Ausgewanderten stets mit ihrem Heimatlande in Berührung, so daß größere Geldsummen und Erbschaften leicht den Verwandten zugestellt werden konnten. Der Konsul wiederum vermochte über wichtige, Sach- und Geschäftskenntnis erfordernde Angelegenheiten die erforderliche Auskunft zu erteilen.

Mit der Zeit jedoch nahmen die Auswanderungen und Niederlassungen in Hölland und holländischen Kolonien ab, ein anderes großes lohnenderes Gebiet — Nordamerika — wurde mehr und mehr das Ziel der Heimatsmüden.

Infolgedessen kam auch der „holländische Botendienst“ in Abgang. Daß er jedoch noch längere Zeit bestanden hat, dürfen wir aus einem Berichte des Magistrats zu Lage vom 27. März 1829 schließen, wonach es damals noch 3 solcher Boten gab: Anton Junker in Lage, Simon Grotejohann in Erder und Philipp Bartels in Alverdissen, die das Land unter sich in drei Distrikte geteilt hatten. Jeder Bote versah nur in seinem Bezirke den Dienst. Im Sommer machten sie in Gesellschaft 3 Reisen nach Holland. Sie besorgten alsdann die Korrespondenz zwischen Lippe und den sich in Amsterdam aufhaltenden Lippern und trieben nebenbei einen kleinen Handel, indem sie Linnen, Würste, Schinken, Meerschaumpfeifen, Hornschen Käse usw. mit nach Holland nahmen und von dort Tee, Zucker, Kaffee, Schokolade, Heringe usw. nach Lippe brachten.

Später hören wir nichts mehr von solchen Boten. Einmal mochte diese Beschäftigung nicht mehr lohnend sein, gewiß hat aber die Erweiterung und Ausbildung der Verkehrsmittel, namentlich des Postwesens, den Untergang jenes Instituts herbeigeführt.

Unter den nach Holland und den Kolonien dauernd verzogenen Lippern haben es manche zu Wohlstand und Ansehen gebracht, und noch heute wird der verwandtschaftliche Verkehr der Nachkommen mit der Heimat ihrer Ururgroßeltern fortgesetzt.

§ 13. Die Torigräber und Grasmäher ¹⁾.

I. Allgemeines zu beiden Gruppen.

Daß beide Arten von Arbeitern hier zusammen behandelt werden, hat seine besonderen Gründe. Während nämlich die Hollandsgänger Nordwestdeutschlands, die uns Tack vorzüglich geschildert hat ²⁾, meist nur bestimmte Arbeit verrichteten, also Grasmäher nur Grasarbeit und Torfgräber nur Torfarbeit, beschäftigten sich

¹⁾ Aktenmaterial: R. R. Fach 145, Nr. 5 u. 16, u. K. A. 1860 ff., Fach 110—112.

²⁾ Tack, Die Hollandsgänger a. a. O.

die meisten Lipper mit beiden Arbeiten, weshalb daher auch beide Gruppen in den Akten stets zusammen genannt sind.

Doch war dies nicht durchweg die Regel. Da bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts diese Zweige der Wanderarbeit von Lippern ausgeübt wurden, ist es möglich gewesen, noch persönliche Erkundigungen darüber einzuziehen. Hiernach und nach dem Aktenmaterial konnte festgestellt werden, daß wir 5 Untergruppen dieser Art der Wanderarbeit zu unterscheiden haben:

1. Viele begaben sich im Frühjahr zunächst zur Torfarbeit, dann Ende Mai und im Juni—Juli auf kurze Zeit nach Westfriesland, um den friesischen Bauern als Mäher und Heuer zu dienen, und kehrten darauf bis zum Herbst auf den Torfstich zurück.

2. Ein Teil der Arbeiter lag nur der Torfarbeit ob, blieb also den ganzen Sommer hindurch auf derselben Arbeitsstätte. Sehr viele von ihnen waren im Südosten Groningens am Stadskanal beschäftigt.

3. Eine dritte Gruppe wanderte auch zuerst auf Torfstich und darauf zur Grasarbeit, kehrte aber zu Beginn der Ernte in die Heimat zurück. Von ihnen heißt es in einem Berichte des Reisepredigers Lenhartz¹⁾, der die Lipper an der Smilde (Provinz Drenthe) besuchen wollte, sie aber nicht mehr vorfand: „Es wird mir gesagt: Die Lippsken jongens bent vertrokken noar Friesland to't maayen.“

4. Weiter wird uns von Personen berichtet — allerdings nur wenigen —, die im Mai fortgingen und mit Beginn der heimatlichen Ernte zurückkamen, woraus wir schließen dürfen, daß dies nur Grasarbeiter waren. Sie sind in den Akten noch für das Jahr 1890 feststellbar.

5. Endlich hören wir von solchen Arbeitern, die erst als Grasmäher fortgingen und dann Torfarbeit verrichteten.

Die Guppen 3 und 4 wurden hauptsächlich von Bauern-

¹⁾ K. A., Vol. I, 1860.

söhnen und kontraktlich gebundenen Tagelöhnern gestellt, welche die Monate April, Mai und Juni, in denen der landwirtschaftliche Betrieb Arbeitskräfte entbehren konnte, dazu benutzten, um sich etwas bares Geld zu verschaffen. Die übrige Zeit des Jahres, von der Ernte bis zum Frühjahr, fanden sie in damaliger Zeit reichliche Arbeitsgelegenheit auf den Bauernhöfen.

Zwar wird uns in keinem der alten Berichte und in keiner Verordnung gesagt, welcher Zweig der Wanderarbeit der älteste in Lippe ist, doch dürfen wir wohl aus der Tatsache, daß der lipp. Saisonarbeiter aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorgegangen ist, schließen, daß wir Grasarbeiter und Torfgräber als die älteste Gruppe der Abwanderer anzusehen haben, und daß erst mit der Zeit die Ziegler als besondere Art hinzukamen. Auch knüpft ja die lippische Wanderbewegung an die im nahen Westfalen an, von wo aus fast nur Gras- und Torfarbeiter abwanderten.

Die Zahl der lippischen Gras- und Torfarbeiter im Anfang des 19. Jahrhunderts muß ziemlich beträchtlich gewesen sein, denn noch 1828 erfahren wir, daß 800 Lipper auf den Torfstich und zur Grasarbeit nach Holland wanderten, und doch wurde schon 2 Jahre vorher von scharfer Konkurrenz und Abnahme dieser Arbeit berichtet¹⁾.

Die Konkurrenz wirkte überhaupt sehr ungünstig auf die Torf- und Grasarbeit, indem die Löhne herabgedrückt wurden und verschiedentlich viele Lipper um alle Arbeit kamen. Um diesem Übelstande abzuhelpen, erbot sich im Jahre 1826 der Einlieger Hagemester zu Meiersfeld, schon im Winter mit den holländischen Arbeitgebern Kontrakte abzuschließen und den Verkehr der Arbeiter mit ihrer Heimat zu vermitteln, worauf er von der Regierung als Bote für diese Gruppe von Arbeitern konzessioniert²⁾ und auf folgende Instruktion verpflichtet wurde:

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 16.

²⁾ Ebenda, Nr. 5.

1. „Der Bote darf nur mit Pässen versehene und sich im gesetzlichen Alter befindliche Untertanen mitnehmen.
2. Für die Unterbringung und Vergütung der Kosten der ersten Reise nach Groningen darf er von jedem nicht mehr als 3 Mrg.¹⁾ und für Überbringung der Briefe, für jeden Brief 6 Mrg., sich bezahlen lassen“.

Weil aber Hagemeister, wie er angab, von diesem Geschäfte nicht leben konnte, legte er nach zwei Jahren seinen Posten nieder. Für ihn wurden gleichzeitig zwei Boten angestellt, die ihr Amt unter dem Namen „Peckelboten“ bis 1844 verwalteten und es dann auch freiwillig aufgaben.

Die amtlichen Boten für diese Arten von Wanderarbeitern hören damit auf. Daß aber noch weiterhin der Botendienst versehen wurde, erkennen wir aus einigen Berichten der Reiseprediger. Für 1861 erwähnt Lenhartz die Namen von 3 „Boten für Torfarbeiter“²⁾, von denen der eine für „200 Arbeiter aus dem Lippischen Briefe besorge“, und für 1866 weiß auch Meyeringh³⁾ von zweien (dieselben Namen) zu berichten, die pro Brief 5 Sgr. erhielten.

Wir dürfen demnach nicht annehmen, daß seit 1844 mit Verschwinden der amtlichen Boten nur noch sehr wenig Lipper mehr zur Gras- und Torfarbeit nach Holland wanderten; vielmehr ist, wie schon angedeutet, das Vorhandensein dieser Wanderarbeiter bis 1890 nachzuweisen, da von 1860 ab amtliches Urkundenmaterial über diese Gruppen von Wanderarbeitern vorliegt.

Dieses Material verdanken wir dem Zentralausschuß für innere Mission, durch den die seelsorgerische Pflege unter den deutschen Hollandsgängern seit 1860 organisiert wurde⁴⁾. Aus den zum Teil recht lehrreichen und um-

¹⁾ 1 Mrg. = Mariengroschen = 0.10 Mk.

²⁾ K. A. Vol. I, 1861.

³⁾ K. A. Vol. II, 1866.

⁴⁾ Genaueres im 2. Teil unter Predigtreisen, S. § 39.

fangreichen Berichten der Reiseprediger vermögen wir uns ein anschauliches Bild von der Arbeit und dem Leben der Torfstecher und Grasmäher zu machen. Insbesondere erfahren wir in einzelnen Berichten und in verschiedenen auf Anregung der Wanderprediger durch behördliche Anordnung (Regierung und Kirchenbehörde) teils von Dorfvorstehern, teils von Pfarrern unter Mitwirkung von Lehrern aufgestellten Verzeichnissen einiges über die ungefähre Menge der Torfarbeiter und Grasmäher, über die wichtigsten lippischen Orte, aus denen sie abwanderten, und über die holländischen Distrikte, in denen sie tätig waren.

Im Jahre 1860¹⁾ wurden gezählt:

Aus dem Amte	Torfgräber	Grasmäher	Torfgräber u. Grasmäher	zusammen
1. Detmold	5	15	20	40
2. Horn			42	42
3. Lage			6	6
4. Blomberg			46	46
5. Schwalenberg		75		75
6. Brake	9	15	29	53
7. Hohenhausen		5		5
8. Alverdissen			44	44
9. Varenholz		3	11	14
10. Schötmar	7	23	5	35
Städte:				
11. Lemgo		2		2
12. Horn			6	6
	21	138	209	368

Während danach die meisten Bezirke beide Gruppen von Wanderarbeitern stellten, waren Amt Schwalenberg, Amt Hohenhausen und Stadt Lemgo nur mit Grasmähern vertreten.

Es gingen, um einige Orte zu nennen, in diesem Jahre z. B. fort aus

Haustenbeck: 15 Grasmäher, 3 Torfstecher und
17 Torfstecher und Grasmäher,
Schlangen: 23 Torfstecher und Grasmäher,
Brakelsiek: 20 Grasmäher,

¹⁾ K. A. Vol. I. 1860.

Unterwüsten: 15 Grasmäher,
 Bega: 14 Torfgräber und Grasmäher,
 Großenmarpe und Hagedonop: je 12 Grasmäher,
 Elbrinxen: 11 Grasmäher,
 Schwelentrup: 10 Grasmäher und Torfstecher.

Smend¹⁾ berichtet für 1861 von 70 lippischen Torfgräbern am Smilde-Kanal aus Schlangen und Haustenbeck. Nach Meyeringhs Bericht²⁾ waren 1866 an der Smilde 36 Lipper aus Kohlstädt, Schlangen und Haustenbeck als Torfgräber tätig; er weist darauf hin, daß dort vor 12 Jahren noch allein 100 Haustenbecker gearbeitet hätten.

Für 1865 werden allein 400 und für 1866 sogar 500 Grasmäher aus Lippe (Ämter Blomberg, Detmold, Lage) genannt³⁾.

In den amtlichen Verzeichnissen, die von den einzelnen Ortsvertretungen jährlich der Regierung einzureichen waren, die aber recht oberflächlich angefertigt zu sein scheinen, werden für 1867: 141 Torfstecher und Grasmäher angeführt⁴⁾; daran waren beteiligt:

Amt Blomberg . . .	mit 25 Personen
„ Brake . . .	„ 28 „
„ Hohenhausen . . .	„ 2 „
„ Schieder . . .	„ 8 „
„ Schötmar . . .	„ 19 „
„ Schwalenberg . . .	„ 30 „
„ Sternberg . . .	„ 27 „
Stadt Horn . . .	„ 2 „

¹⁾ K. A. Vol. I, 1861.

²⁾ K. A. Vol. III, 1866.

³⁾ K. A. Vol. III, 1895, Vol. IV, 1865. In den gleichen Berichten (Reiseprediger Meyeringh) sind als Grasmäher anderer Staatsangehörigkeit angegeben:

	1865	1866
1. Hannover	720	1230
2. Münster-Paderborner Land	500	600
3. Oldenburg	200	400
4. Kurhessen	20	30
5. Holzmindener Gegend	—	20
Zus. mit Lippern	1840	2780

⁴⁾ R. R. Fach 145, Nr. 16.

Die Zahlen sind bestimmt unvollständig, was schon daraus zu schließen ist, daß namentlich die Ämter Detmold und Horn, die aus den Orten Haustenbeck und Schlangen immer noch ein beträchtliches Kontingent Torfstecher und Grasmäher stellten, in den Verzeichnissen fehlen.

Auch die auf Grund kirchenbehördlicher Verfügungen¹⁾ von den Pastoren zu erstattenden Berichte und aufzustellenden Verzeichnisse enthalten nur wenig Zahlenmaterial über Torfarbeiter und Grasmäher. Die Ziegler standen so sehr im Vordergrund des Interesses, daß scheinbar die anderen Gruppen von Wanderarbeitern vernachlässigt wurden.

Die Verzeichnisse für 1872 enthalten²⁾:

aus	Torfgräber u. Grasmäher	Torfgräber	Grasmäher
Hohenhausen	4		
Brake . . .	1		
Haustenbeck	10		
Talle . . .	6		
Lüdenhausen	2		
Bellenberg .	2		
Schlangen .	18		
Bega . . .	9		
Meinberg . .		3	
Silixen . . .			2
Lieme . . .			3
Wöbbel . . .	1	6	1
zusammen:		68	

In den folgenden Jahren muß die Zahl wieder größer gewesen sein; denn sowohl in den jährlichen Berichten der Reiseprediger als auch in den Mitteilungen des Zentralausschusses für innere Mission ist auf die bedeutende Steigerung der Torfstecher und Grasarbeiter unter Angabe des Grundes: „Stockung der gewerblichen Verhältnisse in Deutschland“ hingewiesen. Dabei wird wieder-

¹⁾ 11. 3. 1872, Regierungsblatt Nr. 32; 9. 3. 74, Regierungsblatt Nr. 60.

²⁾ K. A., Vol. V, 1872. Für 1873 heißt es auch in v. d. Goltz „Lage der ländlichen Arbeiter“, S. 295: „Einzelne Arbeiter gehen 1 Monat Grasmähen nach Ostfriesland (Ämter Oerlinghausen und Schötmar)“.

holt betont, daß die „Lipper“ unter den Hauptgruppen besonders stark vertreten seien¹⁾. Zahlen sind jedoch nirgends mehr anzutreffen.

Von 1878 ab ist eine schnell fallende Tendenz, zunächst für Torfarbeiter — die Mitteilungen sprechen von „minder zahlreicher Gruppe“ —, dann aber auch für Grasmäher feststellbar.

Mit dem Jahre 1885 hört auch die Angabe von lippischen Torfgräbern (s. S. 100), mit dem Jahre 1890 die von Grasmähern auf.

Während demnach anzunehmen ist, daß seit dieser Zeit keine lippischen Zeitarbeiter auch zum Grasmähen mehr abwanderten, fand noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts aus Nordwestdeutschland eine temporäre Abwanderung in größerem Maßstabe statt: 1902 waren nach Tack²⁾ am Hollandgang beteiligt: die Ämter Weener, Wittmund, Leer und Norden in Ostfriesland mit ca. 300—350, ferner vom Emsland die Ämter Aschendorf, Bentheim mit ca. 200 und die Grafschaft Diepholz mit ca. 20.

Nach eingezogenen Erkundigungen hatte bereits 1913 auch in den genannten Gebieten der Hollandgang aufgehört³⁾.

II. Die Torfarbeiter.

Am mühevollsten und schwersten war die Beschäftigung der Torfarbeiter. Drei öde, unbebaute, unausgenutzt daliegende Torflagergebiete waren es in der Hauptsache, die im 19. Jahrhundert von deutschen Zeitarbeitern für die holländischen Besitzer ausgebeutet und in ertragreiches Kulturland umgewandelt wurden:

1. Die „Dedemsvaart“, ein Kanal, von Osten — Gramsbergen an der Vechte — nach Westen — bis Hasselt am „Zwarte Water“ — verlaufend, der in einer Länge von 6—8 Std. in der Provinz Over-Yssel während der 20er

¹⁾ K. A. Vol. V, 1871—1880.

²⁾ Tack, a. a. O., S. 123 ff.

³⁾ Nach den dem Verfasser übermittelten Berichten der Landratsämter jener Gebiete.

Jahre des 19. Jahrhunderts von einem Baron van Dedem in damals öder und menschenleerer Torfgegend angelegt war. Lipper waren dort nach den Berichten in den 60er Jahren nicht mehr tätig¹⁾. Jedoch führt die Denkschrift des Zentralaussschusses für innere Mission²⁾ unter Berufung auf Lenhartz ausdrücklich das „Große Moor“ an der Dedemsvaart in Ober-Yssel als Arbeitsgebiet der Lipper an.

2. Der „Stads-Kanal“³⁾ an der Grenze der Provinz Groningen und Drenthe, in fast süd-nördlicher bzw. süd-ost-nordwestlicher Richtung verlaufend, etwa 10 Stunden lang, von der Stadt Groningen angelegt, die aus dem Schleusenzoll beträchtliche Einnahmen erzielte. Dieses weit ausgedehnte Gebiet gleich jenseits der deutschen Grenze war ein Hauptarbeitsfeld für Lipper.

3. Der „Smilde-Kanal“, der nördlichste, etwa 3 Std. lange Teil des „Hauptkanals“ zwischen Meppel und Assen, in der Provinz Drenthe. Dieser Distrikt, der als unfreundlich geschildert wird, besonders die Gegend des Ortes Smilde, scheint eine Domäne für Arbeiter aus dem Süden Lippes (Schlangen, Haustenbeck, Kohlstädt) gewesen zu sein⁴⁾.

Das „Heerenveen“ in Friesland und das „Moor bei Assen“ in Drenthe, beides Gebiete, die in obiger Denkschrift als Torfdistrikte für Lipper genannt sind, haben wir in den Berichten der Reiseprediger nicht angeführt gefunden⁵⁾.

Eine gute Beschreibung über die Einteilung eines Torfdistrikts gibt Fiensch in seinem Bericht für 1865⁶⁾. Wir lassen sie hier wörtlich folgen:

¹⁾ K. A. Vol. I, 1861 (Bericht Smend).

²⁾ K. A. Vol. I., Nr. 61.

³⁾ K. A. Vol. III, 1865 (Bericht Fiensch-Valdorf).

⁴⁾ Nach versch. Berichten, K. A. Vol. I—V.

⁵⁾ Auch in den übrigen von Tack (S. 162) angeführten holländischen Provinzen Nord- und Südholland scheinen keine Lipper tätig gewesen zu sein; jedenfalls sind sie in den Akten nicht erwähnt.

⁶⁾ K. A. Vol. III.

„Vom Stadskanal gehen in gewissen, nicht zu kleinen Entfernungen ($\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Stunde) rechtwinklig große Seitenkanäle ab, diep oder mond genannt (mond heißt dann abgeleitet auch der ganze Torfdistrikt, der zu beiden Seiten einer solchen mond liegt). Ein solcher großer Seitenkanal bildet nun mit dem auf seinen beiden Ufern liegenden Gebiet (etwa $\frac{1}{4}$ Stunde weit nach jeder Seite) einen Torfdistrikt, mond genannt. Um den Torf von den Arbeitsplätzen bequem fortschaffen zu können, sind kleine Seitengräben (Weichen) wieder rechtwinklig vom Seitenkanal in das Land hineingegraben, die also mit dem Stadskanal parallel laufen, aber nur etwa $\frac{1}{4}$ Stunde bis 25 Minuten lang sind. Zwischen zwei solchen Seitengräben liegt nun ein länglich viereckiges Stück Land, einige hundert Fuß breit, von drei Seiten (vorn von der diep, an den Seiten von den beiden Seitengräben) von Wasser umgeben. Jedes solches viereckige Stück Land hat 2 Arbeitsplätze (plaats) an jedem der beiden ihn rechts und links begrenzenden Seitengräben entlang. Jeder plaats hat seine Nummer und 2 ploegs (oder Arbeiterstationen), einen mehr vorn nach der diep zu am Eingange der Weiche und einen mehr am Ende der Weiche. Nach jedem dieser aus 2 plaats bestehenden, mit je 2 ploegs besetzten viereckigen Stücken Land führt über die diep in der Mitte des Platzes eine Drehbrücke; über die Seitengräben oder Weichen führt gar keine Brücke, so daß man oft einen ploeg auf dem folgenden, nur durch einen schmalen Seitengraben getrennten plaats anwenden kann, und doch muß man noch den weiten Umweg (oft $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Stunde) machen, um oben um das Ende des Seitengrabens herum und an dem gegenüberliegenden Ufer derselben entlang zu diesem ploeg zu gelangen.

So ist die Einrichtung von fast allen monds, nur die Buiner mond macht eine Ausnahme, indem sie nicht einen, sondern zwei dieps hat, eine Norderdiep und eine Zuiderdiep.“

Die Tätigkeit in den Torfmooren geschah¹⁾ in verschiedener Weise, je nachdem es sich um die sog. „lagen“ oder „hoogen veenen“²⁾ handelte. In jenen wurde der Torf gebaggert, geschöpft, in diesen gegraben.

Der „Baggerer“ oder „Trecker“ benutzte einen an einem eisernen Bügel befestigten Beutel oder einen Eimer, dessen obere Ränder geschärft waren und dessen Boden aus grobem Drell bestand. Damit hob er die schlammige Torfmasse aus der Torfgrube heraus und goß sie entweder auf den besonders geebneten Erdboden oder in einen Kasten, wo der „Löscher“ den Brei mit einem forkenartigen Instrument oder durch Schlagen mit Dreschflegeln und Knütteln durcharbeitete und dann mit vier-

¹⁾ Nach Tack a. a. O. S. 163.

²⁾ Niedrige oder hohe Torfmoore.

eckigen unter die Füße geschnallten Brettern glatt trat. Die ausgetrocknete Masse wurde darauf in Stücke zerschnitten, auseinandergebrochen, in Haufen geschichtet und der Sonne und dem Winde zum weiteren Trocknen ausgesetzt.

Der Torfgräber oder -stecher stach mit einem Spaten die Törfe in Stücken von regelmäßiger Ziegelform ab, die dann ein zweiter Arbeiter (Handlanger) mit der „Kaarzettersvork“, einer Harke mit vier kurzen gebogenen Zähnen, auf einen bereitstehenden Schubkarren warf und sie zum Trockenplatz fuhr.

Wurde der Torf gebaggert (am Stadskanal), so arbeiteten die Torfarbeiter in sog. „ploegen“ (Pflügen), die aus 5—8 Mann bestanden, von denen jeder seine bestimmte Tätigkeit im Rahmen der Produktion ausübte.

Bei der Torfgräberei (am Smildekanal) arbeiteten 2—3 Mann, ein sog. „Spann“, zusammen.

Die Arbeit in den Torfmooren, die mit der Morgendämmerung begann und oft bis zum Aufgange der Sterne andauerte, stellte an die betreffenden Personen in körperlicher Hinsicht große Anforderungen. War die Arbeit schon an und für sich sehr schwer, so kam noch hinzu, daß sie unter freiem Himmel geschah, so daß die Arbeiter jeder Unbill der Witterung preisgegeben waren. Sehr oft standen sie bis an die Kniee im Wasser, und mancher, der gesund auszog, brachte den Keim zu körperlichen Gebrechen in die Heimat zurück.

Der Arbeitslohn war völlig von der Willkür der Arbeitgeber abhängig. Diese hatten untereinander abgemacht, daß über Arbeitslöhne nicht vorbedungen werde. Im Laufe der Arbeitsperiode vereinbarten sie unter sich den Betrag, den sie für das betreffende Jahr pro Tagewerk vergüten wollten; was der eine zahlte, gab auch der andere. Akkord wurde mit den Arbeitern nur ganz selten abgeschlossen. Die Arbeit nahm ihren Anfang, ohne daß ein Mann wußte, was ihm dafür bezahlt würde. Etwa in der Mitte der Arbeitszeit wurde eine Abschlagszahlung gewährt; den Rest erhielten die Arbeiter,

wenn die Arbeit aufhörte, und erst jetzt erfuhren sie, für wieviel Groschen sie sich „abgequält und abgeschunden, abgeschwitzt und abgefroren“ hatten¹⁾.

Infolge der einseitigen, willkürlichen Festsetzung des Arbeitslohnes war dieser sehr gering. Tack stellt nach den Berichten der verschiedensten Ämter folgende Berechnungen auf²⁾:

Durchschnittlicher Ertrag einer 14wöchigen Arbeitsperiode:

	Verdienst	Unkosten	Überschuß
1. Hälfte d. 18. Jahrh.	35—40 Tlr.	20 Tlr.	15—20 Tlr.
2. „ „ 18. „	52 „	36 „	16 „
um 1800	—	—	40 „
1811—1812	—	—	20—25 „
1820	—	—	15—20 „
1850—1860	60 „	25—30 „	30—35 „

Credé erwähnt in seinem Berichte für Gräber als Verdienst im Jahre

1863: 25 Stüber ³⁾	pro Tagewerk
1864: 22 „	„ „
1865: 28 „	„ „

Ähnliche Zahlen nennt Meyeringh für 1866⁴⁾.

Danach würde ein Torfgräber unter Berücksichtigung einer Tagesleistung von $1\frac{1}{4}$ Tagewerk — nach Credé und Meyeringh die Höchstleistung von morgens $\frac{1}{24}$ bis abends $\frac{1}{29}$ Uhr — in 14 Wochen verdient haben:

1863: etwa 70 Tlr.
1864: „ 63 „
1865: „ 80 „
1866: „ 80 „

Durch die Schlechtigkeit der Arbeitgeber (falsche Berechnung) und durch das schon damals bestehende Trucksystem⁵⁾ wurden die Arbeiter sehr oft betrogen. Wegen ihrer großen Abhängigkeit waren sie gegen die Mißstände machtlos, und nur durch einmütige Arbeitsniederlegung

¹⁾ Nach dem Berichte Credés, R. R. Fach 145, Nr. 16.

²⁾ Tack, S. 166—167.

³⁾ 22 Stüber = 18 Sgr. 30 Sgr. = 1 Tlr.

⁴⁾ K. A. Vol. III, 1866.

⁵⁾ Häufige Verpflichtung, sämtliche Lebensmittel vom Veenbaas zu beziehen, der sie hoch berechnete und vom Lohn abzog (Bericht Meyeringh 1865).

gleich am Anfange der Arbeitsperiode vermochten sie einen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, so daß diese sich genötigt sahen, wie z. B. 1865, eine Lohnerhöhung zu bewilligen¹⁾.

Jämmerlich waren die Wohnungsverhältnisse. Hören wir, wie ein Reiseprediger eine der Torfarbeiterhütten am Stadskanal beschreibt²⁾:

„Jeder ploeg hat eine Hütte, bestehend aus 2 Giebelwänden und 2 niedrigen etwa 2 Fuß hohen Seitenmauern, auf welchen dann die Dachsparren des mit Ziegeln gedeckten, bis zu einer Höhe von etwa 10 Fuß emporsteigenden Daches liegen. Die Tür geht durch die eine der Giebelwände; an der der Türseite gegenüberliegenden Giebelwand ist der Herd angebracht, darüber hängt die zum Aufhängen des Kessels etc. bestimmte Kette mit Haken, darüber ein kleiner Schornstein aus Brettern oder auch Mauersteinen. Auf einer der beiden Seiten, rechts oder links an der Tür, befindet sich das Lager. 4 Pfähle sind in die Erde geschlagen; durch etwa 2 Fuß hoch angenagelte Bretter entsteht ein großer Kasten, etwa 12 Fuß breit und 6 Fuß lang. Dieser Raum ist mit Stroh ausgefüllt, darüber liegen ein paar alte Decken, die mitgebrachten Bündel sind die Kopfkissen, eine große gemeinsame Decke ist das Deckbett, das aber gewöhnlich nicht hinreicht zur Abwehr der Kälte, bei kalten Nächten so wenig schützt, daß oft des Nachts Feuer in der Hütte angemacht werden muß, um nur die Glieder zu wärmen. Mit Recht konnte den Torfbauern ins Gesicht geschleudert werden, die Leute lägen dort schlechter als das Vieh.

• Auf der dieser Lagerstätte gegenüberliegenden Seite steht ein Tisch, eine Bank, 2 Stühle, an der Erde liegt ein Haufen Kartoffeln, ein Sack mit Bohnen, auf der Mauer und den Dachsparren liegen Brot, Eier, Butter, Näpfe, Löffel etc., an den Dachsparren selbst hängen Schinken, Speck, auch wohl Wurst, teils von der Heimat mitgebracht, teils von den Bauern in Holland gekauft. In der Ecke neben der Tür ist dann gewöhnlich ein Faß Bier zu finden, da das Wasser, ohne gekocht zu sein, ungenießbar ist.“

In dem Bericht Smend³⁾ heißt es für 1861: „Die Hütte — Tente genannt — war 8 Quadratfuß groß, durchsichtig in Dach und Wänden, voll Rauch, mit einem Lager von Stroh, auf der Erde ausgebreitet, das dem müden Arbeiter die notwendige Erquickung zu bieten nicht imstande war und mich zur Teilnahme bewegte“.

¹⁾ Tack, S. 158.

²⁾ K. A. Vol. III, 1865, Nr. 185.

³⁾ K. A. Vol. I, 1861.

Und endlich berichtet Credé¹⁾ im Jahre 1864: „Wohl hatten sie notdürftige Kopfkissen, nicht aber sonstige Bettstücke, nicht einmal Mäntel. Sie zogen am Abend alle Kleidungsstücke an, die sie besaßen, steckten die Füße und Beine in alte Kaffeesäcke und bedeckten sich, vielleicht auf vorjährigem Stroh liegend, mit zerrissenen linnenen Tüchern“.

Solche Schilderungen ähnlicher Art über die Unterkunftsräume und Lebensverhältnisse dieser bedauernswürdigen Gruppe lippischer Zeitarbeiter wiederholen sich in fast allen Berichten der Reiseprediger, so daß man noch heute beim Lesen dieser als Anklage wirkenden Schilderungen tief vom Mitleid ergriffen wird, zugleich aber auch den Mut und die Energie bewundert, womit bei so jämmerlichen Lebensverhältnissen für verhältnismäßig geringen Lohn die Torfstecher in stiller Ergebenheit und ohne Murren und Klagen ihre schwere Arbeit verrichteten.

Verschärft wurde die Lage der Torfarbeiter noch durch die geradezu niederträchtige Behandlung durch die holländischen Arbeitgeber. „Sie kümmern sich“, so schreibt Smend, „um die Arbeiter durchaus nicht, sondern behandeln sie wie Sklaven. Von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, stand manchen der „Bäse“ und „Unterbäse“ mit so deutlichen Zügen die kälteste Konsequenz und der krasse Materialismus auf den Angesichtern geschrieben, daß sie Sklavenaufsehern nicht allzu unähnlich sahen“.

Von einer Änderung dieser Behandlungsart durch den Einfluß der Reiseprediger hören wir, im Gegensatz zu den Berichten über die Grasmäher, nichts. Doch sei auch hier besonders das Bestreben der Prediger hervorgehoben, die Lage der Arbeiter nach Möglichkeit zu bessern und namentlich auch in Krankheitsfällen fürsorgend einzugreifen. Als Beispiel hierfür sei erwähnt, daß auf Anregung des Reisepredigers Kuhlo für die Torfgräber am

¹⁾ K. A. Vol. I, 1864.

Stadskanal im Jahre 1863¹⁾ eine Krankenkasse gegründet wurde — Credé nennt sie „Stadskanaltorfgräberkrankenassenverein“ —, nachdem vorher bereits von Lenhartz in Nieuw-Buinen ein Krankenzimmer eingerichtet war, in dem die Kranken von einem besonderen Krankenpfleger betreut wurden. Die Mitglieder des Vereins, im Durchschnitt etwa 200, zahlten als Beitrag 8 Sgr. 4 Pf. und erhielten dafür freie Behandlung im Krankenhaus; auch wurden etwaige Beerdigungskosten durch den Verein bezahlt²⁾.

Zum letzten Mal ist von lippischen Torfstechern für das Jahr 1885 in den Konsistorialakten die Rede³⁾. Der Reisepastor Ites berichtete, daß am Stadskanal keine Lipper mehr als Torfstecher tätig wären, da die betreffenden Moore bis auf einen kleinen Rest, der von der zunehmenden ansässigen Bevölkerung allein bewältigt werden könne, ausgetorft seien.

Ob in den anderen Torfmoordistrikten noch weiterhin lippische Abwanderer arbeiteten, konnte nicht mehr festgestellt werden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, da sie in keinem der folgenden Reisepredigerberichte mehr Erwähnung finden, und die Zahl bereits für 1882 als verschwindend klein angegeben wird. Wir dürfen daher etwa das Jahr 1884 als das Sterbejahr für die lippischen Torfgräber als Wanderarbeiter ansehen.

III. Die Grasmäher.

Etwas sonniger sieht das Bild aus, das wir von der Grasarbeit erhalten. Zwar war die Tätigkeit, das Mähen des hohen, dickstämmigen Grases, auch schwer und anstrengend, zumal sie im Akkord geschah und die Arbeiter infolgedessen in kurzer Zeit möglichst viel zu leisten versuchten; doch war sie nicht direkt gesundheitsschädlich.

Die Arbeitsgebiete der lippischen Grasmäher

¹⁾ K. A. Vol. II, 1863.

²⁾ S. auch bei Tack, a. a. O., S. 177.

³⁾ K. A. Vol. VI, 1885.

lagen in den grasreichen, weiten Ebenen der Provinz Friesland, wo besonders die Orte Lüburg, Balster, Neuhuisum, Blauhausen, Stobern, Langenmodt und Lemmer nach den Berichten¹⁾ als Standorte in Frage kamen, und auch in der Provinz Drenthe²⁾. Meyeringh erwähnt³⁾ für 1865 und 1866 besonders im westlichen Teile von Friesland das Viereck zwischen Harlingen, Leeuwarden, Heerenveen und Sneek.

Diese Art der Wanderarbeit war nur von kurzer Dauer; denn bei einigermaßen gutem Wetter währte die Heuernte nur 5—7 Wochen⁴⁾; Ende Mai oder Anfang Juni verließen die Personen, die nur auf Grasarbeit abwanderten, die Heimat, um Ende Juli — Jacobi — zur Getreideernte zurückzukehren, so daß die ganze Periode, einschließlich Hin- und Rückreise, 7—9 Wochen umfaßte.

Die Arbeit wurde in der Weise ausgeführt, daß 4—6 möglichst gleich leistungsfähige Mäher gemeinsam im Gleichtakt, den der Schlagmann (erster Mäher) angab, mit der Sense arbeiteten.

Das Trocknen des Grases besorgten besondere Heuer oder auch wohl die Mäher, nachdem das Gras niedergelegt war.

Unterkommen gewährte den Grasarbeitern der Arbeitgeber in seiner Scheune⁵⁾, wo aus altem Stroh eine primitive Lagerstätte hergerichtet wurde. Auch die Kost wurde zum Teil vom Bauern geliefert, besonders Kaffee und Milch; Brot, Butter und Speck stellten die Arbeiter in der Regel selbst.

Über die Höhe des Verdienstes besitzen wir erst seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Angaben. Nach den auf Grund archivalischer Akten angestellten Berechnungen Tacks⁶⁾ betrug das Einkommen der Grasarbeiter:

¹⁾ K. A. Vol. I, 1861, Nr. 19 u. 39, Vol. V, 1874.

²⁾ K. A. Vol. V, 1872.

³⁾ K. A. Vol. III, 1865 u. IV. 1866.

⁴⁾ Tack, S. 157.

⁵⁾ Ebenda, S. 159.

⁶⁾ Ebenda, S. 160/61.

Jahr	Verdienst	Unkosten	Überschuß
1767	16—17 Tlr.	11 Tlr.	5—6 Tlr.
1800	30 Tlr.	10 Tlr.	20 Tlr.
1810	26 Tlr.	10 Tlr.	16 Tlr.
1820	—	—	10 Tlr.

In den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts brachten die Grasmäher 18—20 Tlr. und in den Jahren 1867, 1868, 1869 durchschnittlich 25 Tlr. heim¹⁾.

Es war erklärlich, daß bei einem Bauern Personen zusammenarbeiteten, die in der Heimat aus demselben Dorfe stammten und häufig sogar miteinander verwandt waren. Wenn die Zeit der Ernte herankam, gab der Bauer in Friesland einem seiner Arbeiter brieflich Nachricht, der dann leicht und schnell die übrigen verständigen und mit ihnen Tag und Stunde der Abreise festsetzen konnte²⁾.

Die von Tack erwähnten friesischen Arbeitsmärkte für Grasarbeiter scheinen von Lippern zur Andingung nicht benutzt worden zu sein; denn in den Akten sind sie nie erwähnt, und den vor einigen Jahren noch lebenden Hollandgängern waren sie auch nicht bekannt.

Auch die Behandlung der Grasarbeiter scheint etwas freundlicher gewesen zu sein als die der Torfstecher, obwohl in einem Berichte³⁾ der Reiseprediger auch von früherer „Behandlung wie das Vieh“ die Rede ist. Doch hören wir in anderen Darstellungen nichts wesentlich Nachteiliges, wengleich auch dort zuweilen auf den Gegensatz zwischen „früher und jetzt“ und auf die Änderung seit Einrichtung der Predigtreisen hingewiesen wird.

Torfarbeiter und Grasmäher wurden von den Niederländern nur wegen der privat- und volkswirtschaftlichen Vorteile begehrt, und so war es erklärlich, daß man ihren Fleiß, ihre Ausdauer, Zuverlässigkeit, Genügsamkeit und Nüchternheit⁴⁾ besonders rühmte.

¹⁾ Nach dem mündlichen Berichte eines alten Hollandgängers und nach K. A. Vol. III, 1865 u. 1866.

²⁾ Ebenfalls.

³⁾ Jahresbericht des Zentralausschusses f. i. Mission 1883/84, S. 22.

⁴⁾ Tack, S. 178 u. Bericht Meyeringh, K. A. Vol. III, 1866.

In sozialer Hinsicht jedoch waren diese deutschen Zeitarbeiter auch noch während der Predigtreisen allgemein sehr gering geachtet, wovon die verschiedenen Bezeichnungen, die zum Teil Schimpfnamen — „duitsche muffs“, „poepen“ — darstellten, Zeugnis ablegten¹⁾. Aber Bescheidenheit, Treue, Aufrichtigkeit, Freundlichkeit und Ehrlichkeit konnten ihnen die Niederländer nicht absprechen²⁾, und diese Eigenschaften, in Verbindung mit den schon oben erwähnten Vorzügen, haben schließlich die Oberhand gewonnen und, wie Tack meint, zur Anerkennung völliger Gleichberechtigung³⁾ geführt.

II. Abschnitt: Die Ziegelgängerei⁴⁾

Gehören die bisher besprochenen Zeitarbeiter der Vergangenheit an, so haben wir uns jetzt mit dem wichtigsten Zweige der lippischen Wanderarbeit zu beschäftigen, dem Zweige, der noch heute eine beachtenswerte Stellung innerhalb des lippischen Wirtschaftslebens einnimmt: Der Ziegelgängerei.

§ 14. Geschichtliches zur Ziegelsteinherstellung.

Die Herstellung von Ziegeln ist geschichtlich zurückzuverfolgen bis in die Urzeit der Menschheit, wissen wir doch aus den Berichten der Bibel, daß bald nach der Sündflut die Menschen diese Tätigkeit schon kannten. „Wohlauf, lasset uns Ziegel streichen und brennen,“ riefen sie in dem Gedanken, einen Turm zu Babel zu bauen (1. Moses 11, 3), und der Verfasser des 2. Buches Mosi berichtet in Kap. 1, 14 sowohl als auch Kap. 5, 7, 8, 16 und 18, daß die Ägypter die Israeliten zum Ziegelstreichen als Fronarbeiter zwangen.

¹⁾ Tack, S. 173 ff.

²⁾ R. R. Fach 145, Nr. 16.

³⁾ Tack, S. 175.

⁴⁾ Vgl. zu diesem Abschnitt Vaterl. Blätter, Jahrg. IV, 1846, und Lipp. Magazin, Jahrg. I, 1835. Das übrige Material stammt aus den Akten des Lipp. Haus- und Landesarchivs, Fach 145, worauf hier generell statt vieler Einzelfußnoten verwiesen wird.

Wenn wir nach dem Grunde fragen, weshalb schon damals in Ägypten und Mesopotamien die Ziegelsteinherstellung bekannt war, so lautet die Antwort: Es war der Mangel an natürlichen Baustoffen und der Reichtum der Flußtäler an Ton, wodurch die Menschen zu dieser Tätigkeit veranlaßt wurden. Gewiß wird auch bis zum „Ziegelstreichen und -brennen“ eine lange Zeit verflossen sein; wahrscheinlich gingen diesen immerhin schon etwas Geschicklichkeit erfordernden Arbeiten zur Herstellung bestimmter Steinformen primitivere Methoden vorher, und erst in allmählicher, vielleicht jahrhundert- oder auch jahrtausendelanger Entwicklung hatte sich die Art des Formgebens herausgebildet.

Die vielen alten ägyptischen und babylonischen Riesenbauwerke legen noch heute Zeugnis ab von einem hohen Grade der Vollkommenheit damaliger Ziegelsteinherstellung.

Auch Griechen und Römer kannten diese Kunst, die sich dann von Italien aus über Gallien, Deutschland und die übrigen nordeuropäischen Staaten verbreitete, besonders zur Zeit der Hansa in Blüte stand, um dann zunächst durch das Vordringen des Renaissancestils fast ganz zu verschwinden. Erst etwa vom 16. Jahrhundert ab scheint dann namentlich in den steinarmen, aber tonreichen Gebieten, so namentlich in Holland, wie wir sahen, die Ziegelsteinherstellung wieder zugenommen zu haben, um dann in neuester Zeit mit der Erfindung des Ringofens und der maschinellen Ziegelpressen sowie den Fortschritten der chemischen Technologie zum unentbehrlichen Faktor unserer Wirtschaft sich auszuweiten.

Auch in Lippe ist die Kunst des Ziegelstreichens verhältnismäßig jüngeren Datums. Das erkennen wir einmal an den alten Gebäuden, die entweder aus Kalksteinen oder Fachwerk mit Lehmwänden hergestellt sind. Dann aber ist uns eine Urkunde aus dem Jahre 1524 überliefert, aus der wir schließen dürfen, daß damals noch kein Lipper mit der Tätigkeit des Ziegelstreichens vertraut war.

Als nämlich Graf Simon V. zur Lippe um jene Zeit mit

dem Bau des Residenzschlosses zu Detmold begann, wandte er sich mit der Bitte an den Abt des Klosters in Falkenhagen, dieser möge ihm einen des „Ziegelstreichens kundigen Mann“ verschaffen. Der Abt erfüllte den Wunsch und sandte ihm den Ordensbruder Jan Kerle, Ziegelmeister des Klosters, nach Detmold, der nach der Urkunde „den Dienern Simons das Ziegelwerk“ lehren sollte¹⁾.

Die Ziegelarbeit muß sich ziemlich rasch in Lippe eingebürgert haben, erfahren wir doch aus einzelnen alten Aktenstücken, daß bald an verschiedenen Orten der Grafschaft Ziegeleien entstanden²⁾.

Die Beziehungen mit den Niederlanden und gewiß auch die Berichte der heimkehrenden Gras- und Torfarbeiter, vielleicht auch die direkte Aufforderung des Lehrmeisters, werden die Veranlassung zum Abwandern lippischer Ziegler nach niederländischen Ziegeleien zu lohnender Beschäftigung gegeben haben.

Zum ersten Male erwähnt wird das Ziegelgehen in einer Verordnung vom 6. Februar 1682, in der es unter anderem heißt: „wobei wir auch denjenigen, welche sich bisher zu gewisser Zeit des Auslaufens in fremde Länder angemacht, daselbst der Ziegelarbeit sich zu bedienen, solche ihre bisherige Gewohnheit, und zwar einem jeden bei Strafe 50 Goldfl. alles Ernstes verbieten“.

§ 15. Das Botenwesen.

I. Die Hauptboten³⁾.

Schon um 1680 müssen verhältnismäßig viel Ziegler abgewandert sein, hatte doch eine intelligente Person aus der speziellen Überwachung und Arbeitsvermittlung der Ziegler einen besonderen Erwerbsposten geschaffen, dessen Ertrag zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausreichte. Durch häufige Reisen hatte dieser

¹⁾ Vgl. Hunecke, Liliental und Falkenhagen, S. 26, und Falkmann-Preuß, Regesten, Bd. 4, S. 343, Nr. 3117.

²⁾ Falkmann, Beiträge IV, S. 215.

³⁾ Akten: R. R., Fach 145, Nr. 1, 3, 8, 11, 15.

Mann eine genaue Kenntnis jener Gegenden gewonnen, wo die meisten Lipper arbeiteten, so daß es ihm möglich war, seinen Landsleuten Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Als sog. „Friesländischer Botte“ begleitete er die Lipper zu ihrem Beschäftigungsorte, vermittelte auch den Verkehr mit den Familien daheim und nahm sich der Unerfahrenen mit Rat und Tat an, alles Bemühungen, für die er von den Arbeitern reichlich belohnt wurde. Um jegliche Konkurrenz abzuwenden, bat er 1714 die Regierung um ein Privileg dieses Botendienstes, das ihm als „ordinärer Ostfriesländisch-Grönningischer Botte“ mit der Weisung erteilt wurde, „daß er niemanden, der nicht von der Kanzlei einen Paß erhalten, mitnehmen solle, sich der mitnehmenden jungen Kerle gebührend annehme und ihnen zur sicheren Überkunft bei den Vorfällen Assistentz leiste“.

Der so entstandene Ziegelbotendienst hängt eng mit der Entwicklung des lippischen Zieglergewerbes zusammen und verdient, weil er für Lippe charakteristisch ist und bis in die neueste Zeit ausgeübt wurde, einer etwas eingehenderen Betrachtung.

Während des ganzen 18. Jahrhunderts blieb das Botenprivileg in der Familie Eckensträter¹⁾, es vererbte sich gewissermaßen vom Vater auf den Sohn. Allerdings versuchten verschiedentlich Rivalen durch allerhand Intrigen dem Eckensträter sein Amt streitig zu machen. Wenn dies auch nicht gelang, so war doch die Folge, daß von 1737 an für das Privileg jährlich 270 Tlr. praenumerando an die Landkasse zu entrichten waren, ein Zeichen, daß der Botendienst einen reichen Gewinn abwarf.

Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer zahlten dem Boten Vermittlungsgebühren, die gewiß nicht unbedeutend waren, obwohl Eckensträter versicherte, nur „einige willkürliche Groschen“ von den Leuten für die Engagements und die Überbringung der Briefe zu erhalten. Gerade hierin lag aber auch der große Mißstand des Botenprivilegs, das tatsächlich eine Art Vermittlungs-

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 1, Vol. I.

monopol darstellte. Hören wir, was ein Zeitgenosse und genauer Kenner der damaligen Verhältnisse über Eckensträter berichtet¹⁾: „Er ist schlau genug, von den Frieslandgängern nichts Genaueres zu fordern, er überläßt die Bestimmung der Belohnung deren freien Willen, und dem ungeachtet sind jene der Willkür des Boten gänzlich überlassen. Er ist unumschränkter Beherrscher der Frieslandgänger und müßte nicht Mensch sein, wenn er nicht demjenigen die vorteilhafteste Arbeit zuteilte, von dem er am meisten belohnt wird. Er schließt die Kontrakte mit den Herren der Ziegelwerke im Auslande, von ihm allein hängt die Verteilung der Arbeit ab, er kann gute oder schlechte Arbeit zuweisen, wobei viel oder wenig verdient wird. Die Winke des Boten sind Befehle. Hieraus kann man sich denn auch leicht erklären, warum keine Klagen über den Boten geführt wurden.

Und ebenso sind die Eigentümer der Ziegelwerke der Diskretion des Boten gänzlich überlassen. Sie müssen ihn ansehnlich beschenken. Er ist in deren Augen der einzige Mann, von dem sie hinreichende und gute Arbeiter erhalten“. In demselben Berichte wird der Ertrag des Botendienstes mit 2250 Tlr. jährlich angegeben. Doch wird an anderer Stelle diese Summe als zu niedrig berechnet unter Hinweis darauf, daß der Bote noch zwei Unterboten im Dienste habe und selbst mit Viergespann fahre.

Genannter Bericht war es neben einer Anzeige des Magistrats Lage, wodurch die Regierung auf die Übelstände des Eckensträtterschen Monopols aufmerksam wurde und zu einer neuen Untersuchung der dem Boten zur Last gelegten Treibereien schritt.

In dem Kampfe, der sich jetzt entspann, zeigten sich bald unüberwindliche Schwierigkeiten, dem Eckensträter seine Habgier und Willkür nachzuweisen; die einzig möglichen Zeugen, die Ziegelarbeiter, wagten nicht, gegen einen Mann aufzutreten, von dem ihr ganzes Schicksal

¹⁾ Bericht Erp-Brockhausens vom 15. März 1800.

abhing, äußerte sich doch in dieser Beziehung ein Arbeiter: „Eckensträter ist unser Gott“.

Die Mehrzahl der Ziegler stand auf des Boten Seite, und sogar unter den Beamten des Landes hatte Eckensträter Freunde und Fürsprecher. Da man ihm sein Privileg nicht nehmen konnte, suchte man seine Einnahmequelle durch Einrichtung einer zweiten Ziegelbotenstelle einzudämmen. Im November 1801 wurde dem vom Magistrat Lage vorgeschlagenen Chr. Reuter das Amt eines zweiten Boten übertragen, und zwar für die im Eckensträterschen Privileg nicht ausdrücklich genannten Gebiete Oldenburg, Delmenhorst, Lingen, Bremen und Holstein¹⁾.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich der Ärger Eckensträters jetzt in Haß gegen Reuter kundtat. Er wiegelte Arbeiter und Arbeitgeber gegen Reuter auf, erreichte zunächst, daß 21 Ziegeleien des Reuterschen Bezirks von Reuter abfielen, und hätte seinem Konkurrenten gewiß noch manche Schwierigkeiten bereitet, wenn nicht sein plötzlicher Tod, am 18. Oktober 1802, seinem verderblichen Treiben ein rasches Ende bereitet hätte.

Alle Hindernisse waren dadurch jedoch nicht beseitigt. Die zahlreichen Freunde und Verwandten Eckensträters setzten jetzt das Intrigenspiel gegen Reuter fort, indem sie im Laufe weniger Wochen viele Petitionen und Beschwerden an die Regierung schickten. Allein diese erkannte den Zweck und ließ sich nicht täuschen. Sie stellte den Collon Grabbe für Friesland und Holland und Reuter für die übrigen Provinzen als ausschließliche Ziegelboten an²⁾.

Beide wurden auf ihr Amt vereidigt, nachdem sie sich eine Kautions von 1500 Tlr. zu zahlen verpflichtet hatten und gemeinschaftlich nach dem Verhältnis der Arbeiter eine jährliche Abgabe von 200 Tlr. an den Generalarmenfond entrichten wollten. Auch wurden jetzt Taxen zur Bezahlung der Boten festgesetzt.

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 1, Vol. I.

²⁾ Dekret vom 8. Januar 1803.

Es hatten zu zahlen:

Brandmeister und Former	2 Tlr. u. 18 Slbgr.
Strecker, Walker, Aufstecher, Karrmann	1 Tlr. u. 12 Slbgr.
Möller	18—24 Slbgr.
Große und kleine Jungen	6—12 Slbgr.

Um die drohende Opposition der Arbeiter niederzuschlagen und den wohltätigen Zweck des Botendienstes nicht illusorisch zu machen, wurde allen Behörden bekanntgemacht, daß die Arbeiter sich künftighin ausschließlich unter der Autorität der Ziegelboten zu verdingen hätten.

Zwar stieß diese strenge Bestimmung auf Schwierigkeiten, da sie in eine langjährige Gewohnheit, wonach jeder Ziegler sich frei verdingen konnte, eingriff, doch war sie unter den damaligen Verhältnissen gewiß angebracht.

Diese scharfe Verordnung mag das Mißtrauen gegen die Boten noch verstärkt haben. Im ersten Jahre liefen fortwährend Beschwerden, besonders über Reuter, bei der Regierung ein, und andererseits beklagte sich Reuter sehr oft über ordnungswidrige Eingriffe der Brandmeister und Former in seinen Geschäftskreis. Die gerichtliche Untersuchung endigte gewöhnlich damit, daß ein Vergleich zustande kam und die Angeklagten die dem Boten rechtlich zustehenden Gebühren nachträglich entrichten mußten. Der andere Bote, dessen Rechtschaffenheit und strenge Unparteilichkeit besonders gerühmt wurde, hatte sich bald die Liebe und das Zutrauen seiner Arbeiter erworben.

Außer diesen beiden konzessionierten Boten fungierte noch ein dritter, Namens Berke, der als ein äußerst fähiger und gewandter Mann galt und daher den andern erhebliche Konkurrenz machte. Diesem Übelstande wurde abgeholfen, als der 2. Bote, Grabbe, 1809 starb und die so erledigte Ziegelbotenstelle dem eben genannten wilden Boten übertragen wurde¹⁾. Von da ab scheinen ruhige Zustände eingetreten zu sein, jedenfalls hört man

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 1, Vol. II u. Nr. 3, Vol. I.

in der Folgezeit nur vereinzelt von Zwistigkeiten und Beschwerden.

Beide Boten haben nach den vorliegenden Berichten ihr gewiß nicht leichtes Amt mit großem Fleiß und Eifer und zur Zufriedenheit der Ziegelarbeiter lange Jahre verwaltet.

Als Berke 1838 starb, folgte ihm der nicht minder tüchtige Leutnant Pothmann, welcher sich vorher durch Begleitung der Boten die notwendige Sachkenntnis erworben hatte.

Seines hohen Alters wegen legte Reuter sein Amt 1841 nieder, nachdem schon von 1829 ab sein Sohn ihn in seinem Geschäft unterstützt hatte.

Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre hatte sich der Reutersche Bezirk so vergrößert, daß er von einem Boten nicht mehr zu übersehen war. Es wurde deshalb eine Teilung des Distrikts vorgenommen. Der westliche Teil mit etwa 160 Ziegeleien, nämlich Oldenburg, das sog. Münsterland und der größte Teil des Königreichs Hannover, wurde dem Sohne Reuters zugeteilt; aus dem östlichen Teile mit etwa 120 Ziegeleien, die an der Elbe und Oste lagen und wozu auch alle östlich der Elbe gelegenen Gebiete gehörten, bildete man einen besonderen Distrikt und übertrug den Botendienst dem Oberkontrolleur Pape¹⁾.

Bei der Wichtigkeit, die der Botendienst allmählich für das Ziegeleigewerbe erlangt hatte, hielt es die Regierung für zweckmäßig, die Rechte und Pflichten der Boten in einer besonderen Instruktion festzulegen, die am 8. Februar 1842 veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hatte:

„1. Der Ziegelbote N. N. muß sich angelegen sein lassen, das Wohl der auf Ziegelarbeit ins Ausland gehenden Untertanen auf alle Weise zu befördern. Vor allem wird ihm ein ordentlicher, gesitteter und durchaus rechtschaffener Lebenswandel zur Pflicht gemacht, damit er sich das Vertrauen der Ziegelarbeiter erwerbe und ihnen mit einem guten Beispiel vorangehe.

2. Die Ziegelarbeiter sind schuldig, sich bei dem betreffenden Ziegelboten zu melden, welcher sie, ohne die mindeste Begünstigung

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 1, Vol. III.

des einen vor dem anderen, einen jeden nach seiner Fähigkeit und Geschicklichkeit anzustellen, auch für ihren Verdienst und Vorteil nach besten Kräften zu sorgen hat.

3. Der Ziegelbote darf nur solche Untertanen, welche mit obrigkeitlichen Pässen versehen sind, anstellen, und hat er die in betr. des Ziegeleigewerbes erlassenen und noch zu erlassenden Gesetze genau zu beachten.

4. Derselbe hat seinen Distrikt zweimal im Jahre zu bereisen; das eine Mal im Winter, das andere Mal im Sommer.

5. Die Winterreise bezweckt eine vorläufige Verabredung mit den Ziegelherren über die Zahl der Arbeiter, den Arbeitslohn und die sonstigen Bedingungen, wobei das Interesse der Ziegelarbeiter bestens zu wahren ist.

6. Auf der Sommerreise besorgt der Ziegelbote die Briefe, Gelder und kleinen Pakete, welche ihm von den Ziegelarbeitern und ihren hiesigen Angehörigen zur Besorgung übergeben werden. Bei etwaigen Differenzen, welche unter den Ziegelarbeitern selbst oder zwischen ihnen und dem Ziegelherrn ausgebrochen sein möchten, sucht er diese zu vermitteln oder gütlich beizulegen. Er wird überall, wo es nötig ist, den Ziegelarbeitern mit Rat und Tat beistehen und insbesondere den Erkrankten seine Fürsorge zuwenden. Er hat im allgemeinen nach besten Kräften dahin zu wirken, daß die Ziegelarbeiter während ihres Aufenthaltes im Auslande einen gesitteten, untadelhaften Lebenswandel führen.

Diejenigen, welche von der rechten Bahn abweichen, hat er zeitig zu erinnern und zu warnen, nötigenfalls aber ihre Entlassung aus der Arbeit zu befördern. Insbesondere wird er seine Aufmerksamkeit auf den Gesundheitszustand richten und dahin sehen, daß die Arbeiter sich gesunder Wohnungen und gesunder Nahrung zu erfreuen haben, und sich zu keinen Verrichtungen gebrauchen lassen, welche die Gesundheit zu untergraben drohen.

7. Der Ziegelbote muß jährlich, und zwar vor dem 1. Mai, ein namentliches Verzeichnis der angestellten Ziegelarbeiter bei der Regierung einreichen.

Außerdem muß er im Herbst jeden Jahres über den Gang des Gewerbes, Verdienst, Gesundheitszustand der Arbeiter usw. der Regierung ausführlichen Bericht erstatten.

8. Es bleibt zwar den Ziegelmeistern unbenommen, unmittelbar mit den Ziegelherren die Contracte abzuschließen und die nötigen Arbeiter anzudringen; jedoch haben sie davon dem Ziegelboten Anzeige zu erstatten, auch ihm auf Verlangen die Contracte vorzulegen und jedenfalls die taxmäßigen Gebühren zu entrichten. Es bleibt ihnen aber bei nachdrücklicher Strafe untersagt, für andere Ziegeleien Arbeiter anzuwerben und wohl gar Contracte darüber abzuschließen.

9. Der Ziegelbote hat tunlichst dahin zu wirken, daß der Betrieb der Ziegeleien für gemeinschaftliche Rechnung und nicht — wie in neuerer Zeit häufig zu geschehen pflegt — von den Ziegelmeistern für alleinige Rechnung dergestalt übernommen werde, daß sie die übrigen Arbeiter für einen bestimmten Lohn andingen.

10. In Ansehung der dem Ziegelboten zu entrichtenden Gebühr verbleibt es bei der hergebrachten Taxe und zahlen darnach:

- a) der Brandmeister und Former jeder 2 Rthl. bis 2 Rthl. 18 Mgr.,
- b) der Strecker, Walker, Aufstecher und Karrenmann jeder 1 Rthl. bis 1 Rthl. 12 Mgr.,
- c) der Möller 18 Mgr. bis 24 Mgr.,
- d) der große Junge 12 Mgr.,
- e) der kleine Junge 6 Mgr.

Auf denjenigen Ziegeleien jedoch, wo bloß Mauersteine verfertigt werden, zahlen, wie dies bisher schon üblich war, der Meister 2 Rthl. bis 2 Rthl. 18 Mgr., der Former und der Möller jeder 1 Rthl., die übrigen Arbeiter aber bis auf den großen und kleinen Jungen, in Ansehung welcher es bei den obigen Sätzen verbleibt, jeder 21 Mgr.

Ziegelarbeiter, welche infolge von Krankheiten oder anderer Unglücksfälle wenig oder gar keinen Verdienst haben, sind von der Zahlung der Gebühren frei. Übrigens haften die Ziegelmeister für den richtigen Abtrag. Haben sie den Betrieb der Ziegelei für alleinige Rechnung übernommen, so liegt ihnen die Entrichtung der Gebühren für das gesamte Personal ob.

11. Die Erweiterung und Abänderung dieser Instruktion bleibt nach Befinden der Umstände vorbehalten.

Der Ziegelbote N. N. hat die getreue Erfüllung seiner Obliegenheiten eidlich anzugeloben und dafür eine Caution von 1500 Rthl. zu bestellen.“

Diese Instruktion zeigt uns, wie die Regierung bestrebt war, für das Wohl der Ziegler zu sorgen, ihnen zu helfen und sie zu schützen.

Das Amt eines Ziegelboten scheint damals ein recht ertragreiches und begehrliches gewesen zu sein. Nicht weniger als 25 Bewerber traten nach Erledigung der Botenstelle durch den Tod des Sohnes Reuters am 8. Februar 1847 an die Regierung heran, darunter befanden sich Kaufleute, Bürgermeister, Tierärzte, Doktoren, Assessoren usw.; selbst der alte 85jährige Reuter reichte noch einmal ein Gesuch ein. Nach langen Beratungen übertrug die Regierung das Amt dem bisherigen Steueramtsrendanten Goedecke, nachdem sich dieser zur Zahlung eines jährlichen Gnadenfonds von 150 Tlr. an den alten Reuter verpflichtet hatte¹⁾.

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 1, Vol. III.

Eine wesentliche Änderung im Botendienst trat 1851 mit Einführung des Zieglergewerbegesetzes¹⁾ insofern ein, als von da ab der Bote von den Zieglern, die das 25. Lebensjahr erreicht hatten und als unbescholten galten, durch Stimmenmehrheit gewählt wurde. Hatte jedoch keiner der Bewerber die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, so stand der Regierung die Wahl unter den drei Bewerbern frei, auf welche die meisten Stimmen gefallen waren (§ 13 des Gesetzes).

Die einzelnen Botendistrikte wurden in dem Gesetz besonders aufgeführt:

Bezirk I. Das Königreich der Niederlande, die Herrschaft Jever und Ostfriesland, sowie ein Teil des Regierungsbezirks Münster.

Bezirk II. Sämtliche Provinzen des Königreichs Hannover, mit Ausnahme von Ostfriesland und der Gegend an der Elbe und der Oste, das Herzogtum Braunschweig, das Großherzogtum Oldenburg und der andere Teil des Regierungsbezirks Münster.

Bezirk III. Die Gegend an der Elbe und Oste, das Gebiet der Stadt Hamburg, die Herzogtümer Schleswig, Holstein, Lauenburg, Dänemark, das Königreich Sachsen, die preußische Provinz Sachsen und die sächsischen Herzogtümer.

In allen andern Gebieten herrschte freie Konkurrenz. Schon 1847 war Pape krankheitshalber an der Ausübung seines Dienstes gehindert. Anfangs besorgte sein Sohn für ihn die Geschäfte, bis von 1850 ab der Rentmeister Schütz, zunächst stellvertretend, das Amt übernahm und am 21. Januar 1852 als Agent für den 3. Bezirk von der überwiegenden Mehrzahl der Ziegler gewählt wurde²⁾.

Auch für den 2. Bezirk mußte noch im gleichen Jahre

¹⁾ S. § 18.

²⁾ R. R. Fach 145, Nr. 1, Vol. V.

eine Neuwahl des Agenten stattfinden, da Goedecke durch Geisteskrankheit arbeitsunfähig geworden war. Zunächst verwaltete der von verschiedenen Ziegeln vorgeschlagene Bürgermeister Schuster aus Lage provisorisch das Botenam, bis man ihn am 15. Dezember 1852 zum Agenten wählte¹⁾.

Da Schuster mit den Goedeckschen Erben abrechnen mußte, stellte er eine genaue Berechnung der Einnahmen und Ausgaben auf, die sich in den Akten vorfindet und aus der wir uns in etwa ein Bild von dem Verdienst der Ziegelboten machen können²⁾:

Einnahmen:

1. von Ziegelarbeitern . . .	1369 Tlr.	7 Sgr.	6 Tg.	
2. von Ziegelherren . . .	292 „	7 „	—	
3. von Restanten . . .	17 „	20 „	—	1679. 4. 6.

Ausgaben:

1. Reisespesen für 98 Tage	419 Tlr.	21 Sgr.	6 Tg.	
2. Porto, Fuhrlohn etc. . .	23 „	20 „	1 „	
3. Nebenboten	35 „	25 „	—	
4. Preuß. Postkasse . . .	5 „	15 „	—	
5. Generalarmenfonds . .	100 „	—	—	
6. Rennumeration f. Schust.	200 „	—	—	784. 21. 7.
Rest für die Goedeckschen Erben				894. 12. 11.

In derselben Aufstellung erfahren wir auch etwas über die Honorare der Ziegelherren; als übliche Sätze gibt Schuster an: Tlr. 22.—, 16.—, 7.—, 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—, von 69 Ziegelherren erhielt er Tlr. 292.7.—, so daß sich als Durchschnitt 4—5 Tlr. ergab.

An den Generalarmenfonds hatten nach einer Urkunde vom 1. Februar 1853 zu entrichten:

Pothmann . . .	83 Tlr.	10 Sgr.
Schütz	100 „	—
Schuster	100 „	—

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 8.

²⁾ Ebenda.

In dem Gesetze von 1851 war ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die nicht genannten Gebiete konkurrenzfrei seien, d. h. die Ziegler, die in diese Gebiete auf Arbeit abwanderten, standen nicht unter Aufsicht und Leitung eines Agenten. Für sie hatte es seit Anfang der fünfziger Jahre der Registraturgehilfe Hanke aus Lage übernommen, die erforderlichen Kontrakte mit den Ziegelherren und alle sonst dem Agenten obliegenden Geschäfte abzuschließen. Durch die Zunahme des Zieglergewerbes in Lippe, besonders durch die räumliche Ausdehnung auf andere Gebietsteile Deutschlands und des Auslandes, wurde aber bald die Bildung eines vierten Ziegeleibezirkes notwendig¹⁾.

Von den 16 Bewerbern hielt die Regierung Hanke für den geeignetsten, weil dieser schon seit einer Reihe von Jahren als Agent in dem neu zu bildenden Bezirke fungierte, sich mit den lokalen Verhältnissen vertraut gemacht und Gelegenheit gehabt hatte, die erforderlichen technischen Kenntnisse sich zu erwerben und auch ausreichende gesellschaftliche Bildung besäße. Obwohl nun von Seiten vieler Ziegler und des Agenten Schütz Beschuldigungen gegen Hanke erhoben wurden, von denen einige, zwar übertrieben, zutreffen mochten, die meisten ihm aber nicht nachgewiesen werden konnten, so wurde er doch 1867 zum Agenten für den 4. Bezirk ernannt. Dieser umfaßte: Die Königreiche Preußen, Bayern und Württemberg, ferner Baden, Mecklenburg-Schwerin, die russischen Provinzen Kurland und Livland und das Königreich Schweden.

Mit der Einführung der Gewerbefreiheit 1869 verschwanden die gesetzlich konzessionierten Ziegelboten, aber noch bis in unsere Zeit haben derartige Agenten die Arbeitsvermittlung für viele lippische Arbeiter ausgeübt. (Der Sohn Hankes ist bis 1920 Leiter einer Zieglerkrankenkasse gewesen.)

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 11.

II. Die Nebenboten.

Bevor wir uns der Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Ziegler selbst zuwenden, müssen wir uns noch mit einer andern Eigentümlichkeit, den sog. Nebenboten, beschäftigen¹⁾.

Die stets wachsende Zahl der lippischen Wanderarbeiter brachte eine Vermehrung der Botengeschäfte mit sich. Die Folge war, daß die Boten sich schon im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts für einzelne Dienste, namentlich den Transport von Briefen, Geldern und Paketen, Hilfspersonen bedienten, die in den Akten als Nebenboten bezeichnet werden.

Ungehindert hatten diese ihre Geschäfte ausgeführt, bis im Jahre 1815 ein solcher Bote in Weener angehalten wurde und man ihm Briefe und Pakete abnahm. Aus dem Verhör ging hervor, daß er schon 9 Jahre seinen Dienst versehen habe. Das Protokoll dieser Vernehmung wurde dem Generalpostamt zugeschickt, und dieses berichtete die Sache an die Fürstliche Regierung. Obwohl solche Bestellungen an und für sich schon verboten waren und das Postamt schärfere Maßregeln hätte erlassen können, gestattete es nach längeren Verhandlungen doch diesen Botendienst, aber nur unter der Bedingung, daß der betreffende Bote mit einer genügenden Vollmacht der Regierung ausgerüstet sei, das Interesse der Post gewahrt, dieser Dienst auf die Zeit vom 15. März bis 18. Oktober beschränkt bleibe und der Postkasse in Bielefeld eine jährliche Abgabe von 16 Tlr. gezahlt werde²⁾.

Es wurde nun zunächst für den Bezirk eines jeden Ziegelboten und unter dessen Aufsicht ein besonderer Nebenbote angestellt und konzessioniert. Neben der Besorgung von Briefen und Paketen hatte er dem Ziegelboten Assistenz zu leisten.

Als der Reutersche Bezirk 1840 eine Teilung erfuhr, wurde ein dritter Nebenbote angestellt.

Während die Bezahlung für Besorgung von Paketen

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 9 u. 10.

²⁾ Dekret vom 21. Februar 1819.

von der Verständigung mit dem Absender abhing, waren für Briefe und Gelder Taxen festgesetzt:

Für einen Brief . . . 3 Mgr. (Mariengroschen = 10 Pf.)
„ „ Taler . . . 1 „ u. 3 Pf.
„ jeden folgenden Taler . . . 3 Pf.

Die Einrichtung des Nebenbotendienstes war für die damalige Zeit sehr zweckmäßig. Einmal kannten diese Personen als frühere Ziegler die Verhältnisse ganz genau und konnten so den Ziegelboten mit Rat und Tat zur Seite stehen; dann aber war es den Ziegeln in der Fremde möglich, im Sommer Gelder an die Ihrigen in der Heimat zu senden, während ihnen durch die Boten aus der Heimat Pakete und Nachrichten übermittelt wurden.

Doch war das Geschäft der Nebenboten nur so lange einträglich, als es noch keine Eisenbahnen in jenen Gebieten gab, der Postverkehr nicht geregelt war, und die Portotaxen sehr hoch standen.

Die Einrichtung der Eisenbahnen, der bedeutendere und geregelte Postverkehr und die Herabsetzung der Portotaxen boten den Ziegeln Gelegenheit, ihre Briefe oder Geldsendungen billiger durch die Post oder die Eisenbahn zu befördern, statt sich der Hilfe der Ziegelboten zu bedienen. Auch kam hinzu, daß es mit Hilfe der Eisenbahn vielen Ziegeln, besonders Ziegelmeistern, möglich war, während des Sommers ein- oder zweimal in die Heimat zu reisen und bei dieser Gelegenheit Briefe und Gelder für ihre und ihrer Leute Angehörigen zu besorgen. Unter solch veränderten Verhältnissen mußten sich natürlich die Verdienste der Nebenboten immer mehr schmälern, während Arbeit und Reisen dieselben blieben. Infolgedessen bildeten sie sich nach und nach zu Gehilfen der Ziegelboten aus, die ihnen ihre Kosten ersetzten und ihnen eine besondere Vergütung zukommen ließen. (30—50 Tlr.)

Die Genehmigung der Post hat bis 1869 bestanden. In diesem Jahre wurde sie unter Hinweis auf die Gesetze des Norddeutschen Bundes über das Postwesen vom

2. November 1867 und über das Posttaxwesen vom 4. November 1867 aufgehoben¹⁾).

III. Kritik des Botendienstes.

Fassen wir nach diesem historischen Überblick den Ziegelbotendienst noch einmal ins Auge und fragen wir uns, welche Bedeutung ihm zuzumessen ist.

Auf die Mißstände, die der ursprüngliche Botendienst, als Eckensträtersches Monopol, in sich barg, ist bereits hingewiesen worden. Wenn nun mit der Anstellung zweier Boten und der Einführung von Taxen nicht gleich alle Übelstände beseitigt wurden, wenn auch nach Inkrafttreten der Boteninstruktion und des Zieglergesetzes manche Mängel dem Botenwesen anhafteten, so ist doch im allgemeinen eine günstige Beeinflussung des lippischen Zieglergewerbes durch die Agenten unverkennbar.

In jener Zeit, da der ganze Verkehrsapparat als äußerst schwerfällig bezeichnet werden mußte, war es für alle Ziegler angenehm, daß sie sich schon im Winter ohne große Mühe an eine zuverlässige Person wenden konnten, die ihnen für den ganzen Sommer dauernde und lohnende Arbeit verschaffte, statt, wie es die Torfarbeiter machten, aufs Geratewohl abzuwandern.

Gewiß werden die Agenten solchen Arbeitern, die über die festen Taxen zahlten, manchmal günstigere Stellungen verschafft haben; doch wird diese Bevorzugung mit der Zunahme der Ziegler abgenommen haben und bei der großen Zahl nicht sehr ins Gewicht gefallen sein.

Auch der gesetzliche Zwang, wonach sich kein lippischer Ziegler ohne Vermittlung des Agenten verdingen durfte und wodurch zwar eine Beeinträchtigung der freien Verfügung über sich selbst herbeigeführt wurde, wird in damaliger Zeit wohl nicht von großem Einfluß gewesen sein.

¹⁾ Verfügung vom 13. Januar 1869.

Einen großen Vorteil bot das Agentenwesen insofern, als die Ziegler während der langen Abwesenheit von der Heimat durch die Boten doch mit den Ihrigen in Beziehung blieben. Ziegelboten und Nebenboten machten gewöhnlich 2 Reisen und brachten den Ziegleren alsdann Nachrichten aus der Heimat mit. Der Tag, an dem der Bote kam, war daher auf den Ziegeleien von besonderer Wichtigkeit und wurde festlich begangen. Alle Arbeit ruhte, und Küche und Keller mußten das Beste liefern.

Auch bei der Schlichtung von Streitigkeiten der Ziegler untereinander oder mit den Ziegelherren haben die Agenten manchmal ihren Mann gestellt. Nur ein Beispiel sei hier erwähnt: „Als sich im Jahre 1816 alle friesischen Ziegelherren vereinigten, um eine Herabsetzung des Arbeitslohnes zu erzwingen, indem sie sich auf die vielfachen, während der letzten Kriegsjahre eingetretenen Stockungen im Ziegeleibetriebe beriefen, da widersetzte sich der damalige Ziegelbote Berke, im Vertrauen auf die Unentbehrlichkeit seiner Arbeiter, allen erschwerenden Bedingungen, besonders der Herabsetzung des Lohnes, mit großer Energie, die sogar zu einen beleidigenden Wortwechsel führte. Obwohl sich die Ziegelherren bei der lippischen Landesregentin beschwerten, so war doch der Erfolg, daß sie endlich von ihrem Vorhaben abstehen mußten¹⁾.“

Eine wichtige Einrichtung, die auch auf Anraten der Ziegelboten ins Leben trat, war die Bildung einer Ziegler-Unterstützungs- und Sterbekasse, auf die wir noch in anderem Zusammenhange einzugehen haben. Auch manche Mißstände auf Ziegeleien, namentlich hinsichtlich der Unterkunft, sind durch das Eingreifen der Ziegelboten abgestellt.

Die Ziegelboten hatten jährlich ein genaues Verzeichnis der abgewanderten Arbeiter der Regierung ein-

¹⁾ Falkmann, Vaterl. Blätter. Im Detmolder Archiv finden sich ganze Aktenbündel über solche Streitigkeiten, bes. R. R. Fach 145, Nr. 7 und 15.

zureichen und seit 1830 auch einen ausführlichen Bericht über den Gang des Gewerbes, über Verdienst und Gesundheitszustand der Ziegler zu erstatten¹⁾.

Nur mit Hilfe dieser Verzeichnisse vermögen wir uns ein Bild zu machen von der allmählichen Ausdehnung der lippischen Ziegelgängerei. Von 1870 ab, wo die Verzeichnisse aufhören, fehlt jede statistische Angabe, bis erst seit 1900 die Ziegler durch die Volkszählungen wieder zahlenmäßig erfaßt werden.

Die teilweise sehr ausführlichen Berichte öffnen uns den Blick für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ziegler während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Der Nachteil des Agentenwesens bestand darin, daß das Gesetz von 1851 den Boten bei der mangelhaften staatlichen Kontrolle eine zu große Machtbefugnis einräumte, die für viele Ziegler, welche sich den Anordnungen der Agenten nicht fügten, gewiß von großem Schaden gewesen sein wird, so daß sie zu Klagen und Beschwerden Anlaß hatten.

§ 16. Die Menge der Ziegler bis 1869.

Erst seit 1776 liegt uns statistisches Material über die Zahl der Wanderarbeiter vor, die in diesem Jahre auf 400 angegeben ist. In den seit 1778 von den Ämtern jährlich eingereichten Verzeichnissen ist zwar kein Unterschied gemacht zwischen Ziegler und anderen Wanderarbeitern, doch erkennen wir bei einem Vergleich dieser Zahlen mit denen der Ziegelboten, daß im allgemeinen die Mehrzahl dem Zieglergewerbe angehörte.

Der Übersichtlichkeit wegen lassen wir hier noch einmal die Gesamtziffern folgen, denen die Verzeichnisse Eckensträters, in welchen nur Ziegler aufgezählt sind, gegenübergestellt sein mögen, wobei auch wieder zu beachten ist, daß nicht alle Abwanderer erfaßt wurden, weil viele von ihnen ohne Vermittlung durch Eckensträter außer Landes gingen.

¹⁾ R. R. Fach 145, Nr. 12 u. 13.

Es wanderten ab:

Nach d. Verzeichnissen der Ämter auf Wanderarbeit überhaupt		Nach d. Verzeichnissen Ecken- sträters auf Ziegelarbeit
1778	399	—
1779	250	—
1780	214	—
1781	259	155
1782	212	175
1783	307	155
1784	446	167
1785	426	170
1786	485	154
1787	546	174
1788	514	323
1789	517	268
1790	541	288
1791	556	258
1792	597	319
1793	702	277
1794	751	330
1795	443	369
1796	394	305
1797	520	431
1798	607	470
1799	702	454
1800	602	407
1801	669	193
1802	671	307

Fast die Hälfte der Abwanderer stellte das Amt Detmold, zu dem damals auch das heutige Amt Lage gehörte. Danach kamen die Ämter Schötmar, Horn, Varenholz und Brake, während aus den übrigen Ämtern Barntrop, Schieder, Schwalenberg und Oerlinghausen nur sehr wenige abwanderten. (S. S. 62.)

Um jene Zeit hatte sich auch das Arbeitsgebiet der Ziegler bedeutend erweitert. Zu Holland und Friesland kamen bald Oldenburg, Bremen, Verden, Hannover, ferner das Münsterland, das Ravensbergische und auch das Hamburger Gebiet.

Diese Vergrößerung gab ja auch 1801 Anlaß zur Teilung des ganzen Distrikts in zwei Botenbezirke.

Nach den Aufstellungen Reuters und Grabbes entwickelte sich das lippische Zieglergewerbe folgendermaßen:

Jahr	Zahl der Ziegler			Zahl der Ziegeleien beider Bezirke
	Bezirk Reuter	Bezirk Grabbe (von 1810 ab Berke)	Zus.	
1803	349	394	743	71
1804	315	382	697	66
1805	367	391	758	73
1806	381	349	730	66
1807	381	199	580	76
1808	283	200	483	60
1809	209	149	358	50
1810	329	359	688	104
1811	337	409	746	140
1812	341	492	833	141
1813	276	468	744	147
1814	240	474	714	145
1815	376	495	871	146
1816	495	471	966	150
1817	471	587	1058	176
1818	493	639	1132	183
1819	486	681	1167	181
1820	487	573	1060	178
1821	506	510	1016	182
1822	490	520	1010	177
1823	486	409	895	171
1824	496	429	925	183
1825	525	424	949	185
1826	539	472	1011	192
1827	543	521	1064	204
1828	615	561	1176	226
1829	780	574	1354	228
1830	686	430	1116	214
1831	607	425	1032	210
1832	591	399	990	206
1833	542	396	938	201
1834	571	425	996	202
1835	711	473	1184	—
1836	911	497	1408	—
1937	1172	528	1700	—
1838	1274	527	1801	—
1839	1383	606	1989	321
1840	1759	652	2411	357
1841	2080	669	2749	388

aus
Reuters
Bezirk

Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß seit 1800 die Abwanderung der Lipper auf Ziegelerarbeit im allgemeinen ständig zugenommen hat. Aber eine an politischen Wirren so reiche Zeit, wie das erste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, konnte naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Abwanderung bleiben. Wir bemerken daher in den Jahren 1803—14 keine wesentliche Zahlenveränderung. Die Abnahme von 1807—1809 ist hauptsächlich als üble Folge der Kontinentalsperre anzusehen, weil in diesen Jahren der Export von Ziegelsteinen völlig schwand und auch im Inlande die Nachfrage nach Bausteinen abnahm.

Man hätte annehmen können, die verworrenen Zustände, von denen doch auch Nordwestdeutschland und Holland stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, sowie der andauernde Kriegszustand, wären von sehr nachteiliger Wirkung für die Lage des Zieglerstandes gewesen. Um so mehr müssen wir uns daher wundern, daß sich die Wanderarbeiter durch derartige Ereignisse nicht abschrecken ließen, ungehindert ihrer Arbeit nachzugehen, und man in den Akten nur ganz vereinzelt von Belästigungen der Ziegler durch umherziehendes Kriegsvolk erfährt.

Mit dem Eintritt geordneter politischer Zustände nahm auch die Zahl der Ziegler wieder stärker zu. Jedoch trat nach 1820 eine Verschiebung des Verhältnisses der Arbeiter in den beiden Botendistrikten ein. Bildeten bis dahin Holland und Friesland das Hauptziel der Abwanderer, so stieg die Zahl in dem andern Bezirke jetzt so rapide, daß sie bald die des ursprünglichen Gebietes überholte, 1837 bereits um das Doppelte und 1841 schon um das Dreifache.

Diese bedeutende Vergrößerung im Reuterschen Bezirke führte zur Teilung im Jahre 1840. Die Entwicklung des Zieglergewerbes in den von da ab bestehenden 3 Botendistrikten zeigt folgende Statistik.

Zahl der Ziegelerbeiter und Ziegeleien von 1842—1869.

Jahr	Zahl der Ziegler im Bezirk					Zahl der Ziegeleien im Bezirk				
	I	II	III	IV ¹⁾	Zus.	I	II	III	IV	Zus.
1842	666	1322	1360		3348	100	191	144		435
1843	711	1238	2877		4826	109	193	221		523
1844	709	1517	3743		5969	105	216	278		599
1845	723	1340	1954		4017	108	216	216		540
1846	733	1620	1779		4132	108	204	207		519
1847	749	1603	1358		3710	112	205	140		457
1848	733	1538	1358		3629	110	209	140		459
1849	773	1053	662 ²⁾		2488	117	171	95 ²⁾		383
1850	794	1070	635 ²⁾		2499	120	156	80 ²⁾		356
1851	876	1265	1425		3566	129	176	152		457
1852	958	1943	2359		5260	141	250	279		670
1853	1052	2336	2905		6293	147	272	325		744
1854	1160	2602	3014	290	7066	162	369	382	21	934
1855	1221	2571	3184	385	7361	167	356	421	40	984
1856	1371	2211	3874	527	7983	178	339	493	53	1063
1857	1263	2206	4291	570	8330	174	346	646	70	1236
1858	1337	2661	3939	557	8494	185	379	560	70	1194
1859	1228	2920	2857	565	7570	179	379	441	62	1061
1860	1267	2685	3034	634	7620	180	393	389	51	1013
1861	1389	2789	3179	577	7934	197	409	448	68	1122
1862	1269	2833	3412	724	8238	180	429	470	61	1140
1863	1336	2849	3677	1185	9047	186	449	492	69	1196
1864	1363	2837	2633 ³⁾	1565	8398	184	432	320 ³⁾	98	1034
1865	1254	2617	3962	1552	9385	182	412	497	124	1215
1866	1232	2515	3843	1304	8894	182	401	536	110	1229
1867	1252	2220	4472	1106	9050	176	356	509	103	1144
1868	1322	2091	3995	1399	8807	186	339	538	129	1192
1869	1151	1939	3714	1426	8230	181	297	427	132	1037

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Gesamtzahl der Ziegler, so fällt die plötzliche Steigerung Anfang der 40er Jahre auf. Wie erklärt sich diese gewaltige Zunahme?

Schon die rege Baulust der 30er Jahre überhaupt rief eine starke Nachfrage nach Ziegelsteinen hervor und ließ überall neue Ziegeleien entstehen. Insbesondere waren es die an anderem Baumaterial armen Küstengegenden, die

¹⁾ Für den IV. sog. neutralen Bezirk wurde zwar erst 1867 ein Bote angestellt, doch hatte Hanke seit 1854 freiwillige Verzeichnisse und Berichte eingereicht.

²⁾ In diesen Jahren hatte Pape krankheitshalber keine genauen Verzeichnisse eingereicht. Nach einer vervollständigten Aufstellung wanderten 1850 in diesem Bezirke 1386 Ziegler nach 168 Ziegeleien.

³⁾ Diese Abnahme wurde durch den deutsch-dänischen Krieg verursacht.

nach Bausteinen verlangten, nicht bloß für den eigenen Bedarf, sondern auch zum Versand in überseeische Gebiete, wissen wir doch, daß sehr viele Ziegel nach englischen, holländischen und spanischen Kolonien transportiert wurden.

Daß im Jahre 1843 im III. Bezirk die Zahl so bedeutend stieg, dann aber ebenso plötzlich fiel, ist auf den Brand von Hamburg zurückzuführen, wodurch dort vorübergehend viele Ziegler Beschäftigung fanden.

Aber wie war das kleine Lipperländchen dazu imstande, jener plötzlich eintretenden Nachfrage nach Ziegeln gerecht zu werden?

Wir haben bereits an anderer Stelle gesehen, daß namentlich durch die Einführung der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls die alte blühende lippische Handweberei und -spinnerei rapid zurückging, wodurch eine große Anzahl von Personen beschäftigungs- und brotlos wurde. Gewiß wären auch in Lippe jene traurigen Begleiterscheinungen eingetreten, die in andern Landesteilen, namentlich in Mittelschlesien und im sächsischen Erzgebirge, dem Volksleben so tiefe Wunden geschlagen haben, wenn sich den freigewordenen Arbeitskräften nicht gerade in dieser Zeit durch die große Nachfrage nach Arbeitern im Zieglergewerbe ein für sie neuer lohnender Erwerbszweig dargeboten hätte. So schnürten auch sie im Frühjahr ihr Bündel und wanderten mit den andern ab auf Ziegelerarbeit und bewahrten so ihre Familie vor den kritischen Folgen dieser Zeit.

Den Rückgang des Leinengewerbes und den Aufstieg der Ziegelgängerei veranschaulicht folgende ziffermäßige Gegenüberstellung:

Jahr	Zur Lemgoer Legge kamen ¹⁾	Zahl der Ziegler
1833	10 958 Werk	938
1838	10 411 „	1801
1845	5267 „	4017
1850	4953 „	3250
1855	2340 „	7361

¹⁾ Schierenberg in Mitteilungen a. a. O. S. 60 u. 61.

Weit über Deutschlands Grenzen hinaus zogen lip-pische Ziegler auf Arbeit, und überall pries man ihren Fleiß und ihre Rechtschaffenheit. Die hier aufgeführten spezialisierten Verzeichnisse des II. und III. Bezirkes geben Aufschluß über die einzelnen Gebiete.

Spezialisiertes Verzeichnis des III. Bezirks (Pape-Schulz). (Zahl der Ziegler.)

Jahr	Preußen Bayern Sachsen	Hannover (a. d. Oste und Elbe)	Holstein u. Hamburg				Dän. Inseln und Schweden	
			Schleswig	Jütland				
1852	343	871	441		333		371	
53	427	1029	534		446		469	
54	247	893		1116			708	
55	192	845		1212			935	
56	281	809	587		713		1485	
57	221	769	510		761	1495		535
58	382	925	608		572	901		551
59	318	878	516		253	456		456
1860	323	1034	527		238	511		401
61	249	1063	503		324	571		469
62	417	1129	460		390	517		499
63	604	1238	484		413	478		460
64	818	1017		571			227	
65	1009	1304	488		421	396		344
66	719	1335		995		433		361
67	561	1696	547		661	572		435
68	371	1186	648		648	659		483
69	376	1255	613		599	504		367

Spezialisiertes Verzeichnis des II. Bezirks (Schuster).

Gebiet:	1862	1863	1864	1865	1866	1867	1868	1869
Hannover . . .	1947	1876	1733	1713	1634	1447	1286	1292
Oldenburg . . .	549	597	683	576	540	413	502	453
Braunschweig . . .	43	43	50	50	56	48	49	33
Bez. Münster . . .	235	249	280	244	220	151	186	110
Bez. Bremen . . .	56	72	55	27	53	45	55	42
Neutralbezirk . . .	4	12	36	7	12	16	12	9

Außerdem wanderten nach Hanke noch ab:

Gebiet:	1862	1863	1864	1865	1866	1867	1868	1869
Nach Rußland	228	95	192	144	240	77	37	50
Nach Schweden	206	206	117	109	78	35	68	66
Nach Österreich	8	7	80	13	—	5	22	6

Etwas Genaueres über die Standorte der Lipperziegler und ihre Zahl erfahren wir aus den Berichten der Reiseprediger für Holland:

1865¹⁾: In 56 Ziegeleien der Provinz Groningen, die als ausschließliche Domäne („Sommerkolonie“) für Lipper bezeichnet wurde, waren 56 lippische Ziegelmeister und ca. 500 lippische Ziegler, besonders in 3 Bezirken mit den Mittelpunkten Appingedam, Onderdendam und Veendam/Winschoten, beschäftigt.

1866²⁾: In Holland waren tätig

in der Provinz Groningen auf 58 Ziegeleien	544	Lipper
„ „ „ Drenthe „ 1 „	6	„
„ „ „ Oberyssel „ 10 „	68	„

1867³⁾: In der Provinz Groningen wurden auf 52 Ziegeleien von 547 Mann Gesamtbelegschaft 452 Lipper angetroffen.

Wie sehr die lippischen Ziegler aus dem gleichen Orte während der Arbeitsperiode zerstreut waren, möge noch folgende Aufteilung erkennen lassen⁴⁾: Aus Hillentrup gingen 1872 fort nach: Schleswig-Holstein 3, Wien 13, Stettin 3, Bremen 7, Brandenburg 6, Buxtehude 4, Holland 6, Ostfriesland 6, Dörverden (Hann.) 3, Dolgen (Hann.) 2, Sachsen 3, Bockhorn (Old.) 5, Springe (Hann.) 2, Potsdam 1, Hannover 4, Hameln 2, Lübeck 1, Linden 2, Elmshorn 2, Unbekannt 5.

Wir dürfen nun nicht etwa annehmen, daß der Ziegeleibetrieb immer einen für die lippischen Arbeiter konkurrenzlosen Erwerbszweig dargestellt hätte. Allerdings lag noch bis in die 20er Jahre des 19. Jahrhunderts der Betrieb der meisten Ziegeleien in den Händen der Lipper.

Einmal hatten die Inländer der Nordseegebiete keine Lust zu solchen Arbeiten, dann aber fehlte ihnen gewiß auch die Fähigkeit dazu, forderte doch der Ziegeleibe-

¹⁾ K. A. Bericht Meyer.

²⁾ K. A. Vol. III, 1866.

³⁾ K. A. Vol. IV, 1867.

⁴⁾ K. A. Vol. V, 1872.

trieb Behendigkeit, Fleiß und Ausdauer. Diese Eigenschaften haben aber den lippischen Arbeitern in den Augen der Ziegelherren solche Bedeutung gegeben, daß sie das Angebot der Inländer fast immer zurückwiesen. Aber mit der Zeit wandte sich auch die ständig wachsende inländische Bevölkerung jenem Erwerbszweige zu. Auch suchten die Regierungen die ausländischen Arbeiter mehr und mehr fernzuhalten. So schlossen z. B. die holländischen Provinzialstände Ausländer von Staatsarbeiten ganz aus, und der Hannoversche Gewerbeverein suchte die Ziegeleibesitzer durch unaufhörliche Aufforderungen und Zusicherung von bedeutenden Prämien zu veranlassen, die lippischen Arbeiter nach Möglichkeit zu verdrängen, damit das Geld, welches diese einnahmen, im Lande bleibe. Aber die Ziegelherren wiesen dieses Ansinnen mit dem Bemerkten zurück, daß die Lipper doppelt so viel leisteten als Inländer und diese auch in ihrem sonstigen Verhalten jenen bedeutend nachständen.

Eine scharfe Konkurrenz erwuchs den Lippem jedoch, als man in den 40er Jahren anfang, auch in der Ziegelindustrie Maschinen einzuführen. Allein die ersten zu diesem Zweck hergestellten Maschinen versagten fast vollständig. Die von einem Kölner Fabrikanten namens Milch nach Hamburg und Holstein gelieferten Maschinen konnten keinen gemahlten Ton verarbeiten, waren äußerst kostspielig, eine Maschine kostete 5—6000 Taler, gaben zu häufigen Reparaturen Anlaß und forderten fast ebenso viele Arbeiter wie der Handbetrieb. Eine andere Maschine, der Erfinder war der Engländer Hunt, beseitigte zwar die eben genannten Nachteile, übertraf aber nicht die Leistungen der alten Herstellungsart.

Die Folge war, daß die Einführung der Maschinen, wodurch in anderen Industriezweigen gewöhnlich eine Revolution hervorgerufen wurde, zunächst dem Handbetrieb im Ziegelbau keinen Abbruch tat. Erst die neuere Zeit hat auch hier eine Änderung gebracht.

Es möge jetzt hier noch eine Gesamtzusammenstellung

von der Entwicklung der lippischen Ziegelgängerei in Verbindung mit den Volkszählungen Platz finden:

Jahr	Bevölkerung Lippes		Zahl der Ziegler	Prozent der Bevölkerung
	absolut	auf 1 qkm		
1812	80 630	66	833	1,03
1828	92 752	76	1176	1,26
1835	100 134	82	1184	1,18
1843	106 543	87	4826	4,53
1864	111 336	91	8889	7,54
1867	113 118	93	9050	8,00

Während das Verhältnis der Ziegler zu der Gesamtbevölkerung bis 1835 dasselbe bleibt, tritt seit 1843 eine starke Veränderung und Steigerung ein. Nimmt man etwa die Hälfte der Bewohner als solche männlichen Geschlechts an, so ergibt sich, daß 1867 16 % hiervon auf Ziegelerarbeit abwanderten.

§ 17. Die Lohnverhältnisse und sozialen Einrichtungen der Ziegler in älterer Zeit.

a) Über die Lohnverhältnisse der älteren Zeit sind uns nur hin und wieder Notizen überliefert worden. Im Jahre 1778 stellte sich der Reinverdienst etwa folgendermaßen ¹⁾:

Streicher . . .	30—40	Tlr.
Former . . .	40—50	„
Brenner . . .	40	„
Karrenmann . . .	30	„
Junge . . .	15—20	„

Nach einer Berechnung von 1800 betrug der „Reingewinn“ ²⁾:

Für Former u. Brandmeister	80—100	Tlr.
„ Walker u. Streicher	40—50	„
„ Möller, Aufstecher u. Karrenleute	25—30	„
„ große Jungen	15—20	„
„ kleine Jungen	10—15	„

Ursprünglich war in allen Ziegeleibetrieben das Gesamtakkordsystem die Regel. Der Ziegeleibesitzer schloß mit den Arbeitern einen Kontrakt, wonach er für 1000

¹⁾ Bericht des Amtes Schötmar von 1778.

²⁾ Bericht des Amtmanns Wessel vom 24. August 1800.

fertige Ziegel einen bestimmten Akkordsatz zahlte. Nach einem ihrem verschiedenartigen Range entsprechenden Maßstabe wurde der Gewinn verteilt, der Meister erhielt eine bestimmte Summe vorab, die man Vorzug nannte. Mit der Zeit jedoch vertrat der Meister die ganze Gesellschaft, so daß Gewinn und Risiko auf seine Rechnung gingen und die übrigen Arbeiter von ihm einen bestimmten Lohn erhielten; oder es traten einzelne Arbeiter, gewöhnlich Former und Streicher, als sog. Annehmer mit in den Vertrag ein.

Um 1800 wurden als Akkordsätze gezahlt:

Für 1000 Dachziegel . . .	3 Tlr. 9—18 Gr.
„ 1000 Mauerziegel . . .	2 „ 9—18 „

Seit 1805 begann der Arbeitslohn allmählich zu sinken, so daß er um 1816 bereits 3—6 Gr. weniger betrug.

Wenn nun auch der Versuch mehrerer Ziegeleibesitzer Frieslands, eine Herabsetzung des Lohnes zu erwirken, an dem Widerstande des damaligen Boten scheiterte, so konnte doch ein weiteres Sinken nicht mehr aufgehalten werden. Auch beweist ja die stärkere Abwanderung jener Jahre, daß der Verdienst immer noch einen hinlänglichen Gewinn abwarf, der dem kläglichen Tagelohn der Heimat vorzuziehen war.

Als Ursache für die Abnahme der Löhne sind zwei Faktoren besonders in Betracht zu ziehen. Einmal waren es die mangelhaften Absatzverhältnisse, die bei vermehrter Produktion die Preise der Ziegel drückten, und die Ziegeleibesitzer zur Herabsetzung der Löhne zwangen.

Hinzu kam, daß nach Aufhebung der alten Bestimmung, wonach sich kein Ziegler ohne Vermittlung des Agenten verdingen durfte, besonders seit 1822, viele Meister und auch solche Arbeiter, die gerne Meister werden wollten, direkt mit den Besitzern Verträge abschlossen und durch Unterbietung der alten Akkordsätze ein Sinken der Löhne herbeiführten.

So kam es, daß 1830 der Akkord für 1000 Ziegel um 1 Tlr. gesunken war.

Unter Hinweis auf die zuletzt erwähnte Ursache baten im Jahre 1820 150—160 Ziegelarbeiter die Regierung um Abhilfe des Übelstandes durch Erlaß einer Verordnung, die jenes eigenmächtige Verdingen bei Strafe untersagte.

Zwar ging die Regierung nicht so ohne weiteres darauf ein, veranlaßte jedoch zunächst eine eingehende Prüfung der Sache und ließ den betreffenden Arbeitern dann eine Resolution zugehen, aus der wir auf die Beurteilung des Zieglergewerbes durch die Regierung schließen können. Es heißt darin: „Die Ziegelarbeiter teilen das Los fast aller gewerbetreibenden Klassen, deren Verdienst durch die vermehrte Konkurrenz und gesteigerte Fabrikation seit dem wiederhergestellten Frieden beträchtlich gesunken ist. Durch gesetzliches Einschreiten läßt sich der Gang der Gewerbe und der Preis der Dinge nicht regulieren, weshalb die Regierung um so mehr Abstand nehmen muß, auf den Antrag der Supplikanten einzugehen, weil dadurch die natürliche Freiheit zu sehr beschränkt und den Ziegelboten eine Machtvollkommenheit eingeräumt würde, welche beim Mangel an gutem Willen oder bei Fehlgriffen nicht bloß zum Druck der einzelnen, sondern auch zum Ruin des ganzen Gewerbes ausfallen könne. Es muß daher bei der bisherigen Einrichtung sein Bewenden behalten, wonach die Ziegelboten zwar ausschließlich bestimmt sind, als Vermittler und Zwischenhändler in den ihnen zugewiesenen Distrikten die Ziegelarbeiter anzudingen, jedoch mit der Einschränkung, daß es diesen unbenommen bleibt, für ihre Person unmittelbar mit den Ziegelherren, sowie auch mit ihren Unterarbeitern zu kontrahieren, wenn sie nur die konzessionsmäßige Gebühr an den Boten entrichten.“

Das eigenmächtige Kontrahieren nahm also seinen Fortgang, und auch die Beschwerden hierüber wiederholten sich. Und in der Tat muß zugegeben werden, daß mit dieser Einrichtung Übelstände verknüpft waren. Nicht die verschärfte Konkurrenz unter den Ziegelmeistern bei

Annahme einer Stelle war maßgebend, doch mußte der Umstand im allgemeinen nachteilig wirken, daß unfähige, habgierige Arbeiter sich als Meister ausgaben, die Gehilfen, welche sie anwarben, übervorteilten, Ziegelherren betrogen, oder durch mangelhaften Ziegeleibetrieb ihren eigenen und auch den Ruin der Mitarbeiter herbeiführten, wodurch sie naturgemäß auch das Ansehen der lip-pischen Ziegler schwer schädigten.

Wie nützlich in dieser Beziehung der Ziegelbote wirken konnte, zeigte der westliche Bezirk, in dem es Berke gelungen war, sich so viel Einfluß und Vertrauen unter Ziegelherren und Arbeitern zu verschaffen, daß alle Anstellungen durch ihn geschahen und viel Unordnung und Störungen ferngehalten wurden.

Glücklicherweise stieg mit besseren Absatzverhältnissen auch der Arbeitslohn. Um 1840 brachten im Herbste heim:

1. Meister	90—150 Tlr.
2. Former, Streicher, Karrenleute	60—70 „
3. Müller und Treter	35—50 „
4. Große Jungen	25—30 „
5. Kleine Jungen	15—20 „

Für 1843 werden als Verdienst der Meister 300 bis 500 Tlr. und für 1844 als Durchschnittsverdienst der Ziegler 60—70 Tlr. angegeben, was nach Falkmann bei 6000 Ziegler eine Gesamtsumme von 360 000 bis 420 000 Tlr. ergeben würde.

Auf dieser Höhe hielt sich der Arbeitslohn, so daß, wenn man als Durchschnittsverdienst 50 Tlr. rechnet, folgende Summen ins Land kamen:

1854 bei 7000 Ziegler	350 000 Tlr.
1858 „ 8500 „	425 000 „
1865 „ 9400 „	470 000 „

Für die Lohnverhältnisse von 1825—1840 mögen hier noch die Tagebuchaufzeichnungen eines alten Zieglers aufgeführt sein.

Es heißt darin ¹⁾:

Im Jahre 1852 zum ersten Male auf Ziegelei gegangen und gearbeitet, verdient frei ins Haus	18	Tlr.	18	Sgr.
zum 2. Mal nach Lingen auf Ziegelei	16	"	—	
" 3. " " " " " "	18	"	—	
" 4. " " " " " "	14	"	18	"
nach Bremen auf Ziegelei	12	"	18	"
" Tristringen auf Ziegelei u. Verdienst	23	"	—	
" " " " " " " "	35	"	—	
" Braunschweig " " " " " "	23	"	18	"
" " " " " " " "	46	"	12	"
" " " " " " " "	25	"	—	
" Kirchwaltze " " " " " "	53	"	—	
" " " " " " " "	50	"	—	
" Hossfeld " " " " " "	43	"	—	
1840 " Hahn im Oldenburgischen	82	"	24	"

Für das Jahr 1865 gibt der Reisepastor Meyer als Verdienst in Holland an ²⁾:

Jungen	30—40	Tlr.
ältere Gehülfen	70—100	"
Brandmeister	200—300	"

b) In klarer Erkenntnis der Mißstände, die bei Krankheits- und Todesfällen zutage traten, machte Pape im Jahre 1847, unter Hinweis auf die zustimmende Meinung vieler Ziegler seines Bezirks, der Regierung den Vorschlag zur Gründung einer Zieglersterbe- und Krankenkasse ³⁾. Seine Anregung fand bei der Behörde Anklang und Zustimmung. Im Anfang des Jahres 1850 wurden auch in den beiden andern Bezirken solche Kassen ins Leben gerufen.

Bisher waren die Kosten für Beerdigung, Arzt usw. durch Sammlung freiwilliger Gaben gedeckt worden. Pape wies nun darauf hin, daß bei mehreren Todesfällen die zusammengebrachte Summe sehr minimal gewesen sei, so daß der Ziegelmeister die meisten Kosten habe tragen müssen. Auch fürchteten viele Erkrankte, noch mehr aber der Meister, die Auslagen für den Arzt und die Medizin und nahmen deshalb zu verkehrten Hausmitteln

¹⁾ Mitteilung des Schulrats Geise.

²⁾ K. A. Ziegl. betr., 1865.

³⁾ R. R. Fach 145, Nr. 13.

und Quacksalbern ihre Zuflucht. Diesen Übelständen sollte durch die Unterstützungskasse abgeholfen werden.

Die Mitglieder waren zur Entrichtung von Beiträgen verpflichtet. Diese betragen im Papeschen Bezirk:

Für Meister	5 Sgr. jährlich
„ Former und Müller	4 „ „
„ Umgänger	3 „ „
„ große Jungen	2 „ „
„ kleine Jungen	1 „ „

Es wurden für die Mitglieder alle Kur- und Beerdigungskosten, die von ihrer Abreise an bis zur Rückkehr in die Heimat nötig wurden, bezahlt.

Über Einnahmen und Ausgaben hatten die Ziegelagenten, welche die Kasse verwalteten, jährlich Bericht vorzulegen.

Diese Kranken- und Sterbekassen sind die Vorläufer unserer heutigen Zieglerunterstützungskassen gewesen.

§ 18. Das Zieglergewerbegesetz vom 8. Juli 1851.

Zum Schluß dieses Abschnittes haben wir uns noch der Betrachtung des Ziegler-Gewerbegesetzes von 1851 zuzuwenden.

Die Mißstände im lippischen Zieglergewerbe, namentlich die Art und Weise der Stellenvermittlung, sowie die Zunahme unfähiger Meister, waren in den letzten Jahren schärfer denn je zutage getreten und hatten zu mancherlei Zwistigkeiten und Beschwerden Anlaß gegeben. Schon verschiedentlich hatte die Regierung Agenten und erfahrene Meister zu Besprechungen herangezogen, um gemeinsam mit ihnen über Abstellung der Übelstände zu beraten, doch kam gewöhnlich wenig dabei heraus.

Beider Wichtigkeit, die das Zieglergewerbe für das gesamte Wirtschaftsleben des lippischen Landes erlangt hatte, hielt es die Regierung für zweckmäßig, dem Landtage eine dementsprechende Verordnung zur Verhandlung vorzulegen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen¹⁾ wurde

¹⁾ S. Landtagsprotokolle 1851, Nr. 10—14, 16, 17, 18.

ein Zieglergewerbe-Gesetz erlassen, das am 8. Juli 1851 in Kraft trat. Seiner Bedeutung und Eigenart wegen folgt hier der Wortlaut:

**Gesetz über die gewerblichen Verhältnisse der Ziegelarbeiter
und Ziegelagenten
vom 8. Juli 1851¹⁾.**

§ 1.

Das Ziegelgewerbe, welches von Lippern im Auslande betrieben wird, steht unter der Aufsicht und Leitung der Ziegelagenten, deren vorerst und bis auf weiteres drei angestellt sind, nämlich für folgende Bezirke:

a) Für das Königreich der Niederlande, die Herrschaft Jever und Ostfriesland, sowie für einen Teil des Regierungsbezirks Münster.

b) Für sämtliche Provinzen des Königreichs Hannover mit Ausnahme von Ostfriesland und der Gegend an der Elbe und Oste, desgleichen für das Herzogtum Braunschweig, das Großherzogtum Oldenburg und den anderen Teil des Regierungsbezirks Münster.

c) Für die vorgedachte Gegend an der Elbe und Oste, für das Gebiet der Stadt Hamburg, für die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, sowie für die übrigen dänischen Provinzen, das Königreich Sachsen, die preußische Provinz Sachsen und die sächsischen Herzogtümer.

Auf andere Länder und Provinzen als die vorgenannten erstreckt sich die gegenwärtige Verordnung nicht, indem daselbst völlig freie Konkurrenz sowie der Ziegelarbeiter wie der Ziegelagenten stattfindet.

§ 2.

Die Ziegelagenten vermitteln die Anstellung hiesiger Ziegelarbeiter auf den auswärtigen Ziegeleien ihres Bezirks und nehmen daselbst die Interessen derselben wahr.

§ 3.

Es müssen durchaus rechtliche und unbescholtene Männer sein, welche von der Ziegelfabrikation die nötige technische Kenntnis, zugleich aber auch diejenige allgemeine Bildung besitzen, welche erforderlich ist, um mit Leuten aus allen Ständen zu verkehren, einen Kontrakt zwischen Ziegelherrschaft und Meister in tadelloser Form aufzusetzen, einen gründlichen Bericht zu erstatten und eine ordentliche Korrespondenz zu führen.

§ 4.

Die Ziegelagenten haben ihre Bezirke zweimal im Jahre zu bereisen, das eine Mal im Winter, das andere Mal im Sommer, jedoch bleibt es der Regierung überlassen, nach Rücksprache mit dem Ausschusse den betreffenden Agenten ganz oder teilweise von der Winterreise zu dispensieren.

¹⁾ L. V. Bd. 10, 1847—1852, S. 476—489.

§ 5.

Die Winterreise bezweckt eine vorläufige Verabredung mit den Ziegelherren über die Zahl der Arbeiter und den Arbeitslohn und die sonstigen Bedingungen, wobei das Interesse der Ziegelarbeiter bestens wahrzunehmen ist.

§ 6.

Auf der Sommerreise besorgt der Ziegelagent Briefe und Gelder, welche ihm von den Ziegelarbeitern und ihren hiesigen Angehörigen zur Besorgung übergeben werden.

Bei etwaigen Differenzen, welche zwischen den Ziegelarbeitern selbst oder zwischen ihnen und dem Ziegelherrn ausgebrochen sein möchten, sucht er dieselben zu vermitteln und gütlich beizulegen.

Er wird überall, wo es nottut, den Ziegelarbeitern mit Rat und Tat beistehen und insbesondere den Erkrankten seine Fürsorge widmen. Im allgemeinen hat er nach besten Kräften dahin zu wirken, daß die Ziegelarbeiter während ihres Aufenthalts im Auslande einen gesitteten und untadelhaften Lebenswandel führen. Diejenigen, welche sich in dieser Hinsicht etwas zuschulden kommen lassen, hat er zeitig zu erinnern und zu verwarnen, nötigenfalls aber ihre Entlassung aus der Arbeit zu befördern.

Insbesondere wird der Ziegelagent seine Aufmerksamkeit auf den Gesundheitszustand richten und dahin sehen, daß die Arbeiter sich gesunder Wohnungen und gesunder Nahrung zu erfreuen haben, und sich zu keinen Verrichtungen gebrauchen lassen, welche für die Gesundheit nachteilig sind.

§ 7.

Überlassen die Ziegelherren den Ziegelagenten die Wahl und Anstellung der Ziegelarbeiter, so hat er ohne die mindeste Begünstigung des Einen vor dem Andern jeden nach seiner Fähigkeit und Geschicklichkeit anzustellen, dabei aber nicht allein darauf, sondern auch auf den moralischen Charakter Rücksicht zu nehmen.

§ 8.

Der Ziegelagent muß jährlich, und zwar vor dem 1. Juni, ein namentliches Verzeichnis der in seinem Bezirke angestellten Ziegelarbeiter bei der Regierung einreichen. Außerdem muß er im Herbst jeden Jahres über den Gang des Gewerbes, über Verdienst, Gesundheitszustand der Arbeiter usw. der Regierung ausführlichen Bericht erstatten, welchen er auch dem Ausschusse mitzuteilen hat.

§ 9.

Die Ziegelagenten sind allein befugt, lippische Ziegelarbeiter in den ihnen angewiesenen Bezirken anzustellen und darüber Kontrakte mit den auswärtigen Ziegelherren abzuschließen. Ausgenommen hiervon ist jedoch der Fall, wenn ein lippischer Ziegelmeister den Betrieb einer ausländischen Ziegelei übernimmt und darüber selbst den Kontrakt abschließt. Dazu ist er aber nur dann befugt, wenn er einer Ziegelei bereits vorher ohne begründeten Tadel vorgestanden hat.

Eingriffe in jenes den Ziegelagenten ausschließlich zustehende Recht werden mit einer Geldstrafe von 10—50 Rthl. oder mit Gefängnisstrafen von 8 Tagen bis zu 6 Wochen belegt.

§ 10.

Die Ziegelarbeiter haben an den Ziegelagenten ihres Bezirks die bisher üblichen Gebühren zu entrichten, nämlich:

- a) die Brandmeister und Former jeder 2 Rthl. bis 2 Rthl. 15 Sgr.
- b) der Strecker, Walker, Aufstecher und Karrenmann jeder 1 Rthl. bis 1 Rthl. 10 Sgr.;
- c) der Möller 15—20 Sgr.;
- d) der große Junge 10 Sgr.;
- e) der kleine Junge 5 Sgr.

Auf denjenigen Ziegeleien jedoch, wo bloß Mauersteine verfertigt werden, zahlen, wie dies bisher schon üblich war, der Meister 2 Rthl. bis 1 Rthl. 15 Sgr., der Former und Möller jeder 1 Rthl., die übrigen Arbeiter aber, bis auf den großen und kleinen Jungen, in Ansehung welcher es bei den obigen Sätzen verbleibt, 17½ Sgr.

Ziegelarbeiter, welche infolge von Krankheiten oder anderen Unglücksfällen wenig oder gar keinen Verdienst haben, sind von der Zahlung der Gebühren frei.

Den Ziegelagenten bleibt es untersagt, mehr als die tarifmäßige Gebühr von den Arbeitern anzunehmen.

Der Ziegelmeister haftet dafür, daß diese Gebühren von den unter ihm angestellten Arbeitern richtig abgetragen werden, und kann der Ziegelagent ihn deshalb direkt in Anspruch nehmen.

§ 11.

Die Ziegelagenten haben eine Konzessions-Abgabe zu entrichten, welche von der Regierung nach Befinden der Umstände auf 100 Rthl. bis 150 Rthl. für jeden festgesetzt wird. Von dieser Abgabe fließen $\frac{2}{3}$ in den General-Armenfonds und $\frac{1}{3}$ in die zu errichtende Kranken- und Sterbekasse der Ziegelarbeiter.

§ 12.

Dieselben haben die getreue Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten eidlich anzugeloben und dafür eine Kautions von 1000 Rthl. bis 1500 Rthl. zu bestellen. Diese Kautions dient insbesondere auch zur Sicherheit derjenigen Ziegelarbeiter, welche ihnen Gelder zur Versorgung anvertrauen.

Nach bestellter Kautions und geschehener Verpflichtung wird ihnen zu ihrer Legitimation ein Certificat von der Regierung ausgestellt.

§ 13.

Bei der Erledigung des Dienstes eines Ziegelagenten soll es mit der Wiederbesetzung desselben gehalten werden, wie folgt:

Die Bewerber um den Dienst haben sich in einer zu bestimmenden Frist bei der Regierung zu melden, welche ihre Qualifikation prüft. Unter den qualifiziert erachteten Bewerbern bleibt den Meistern und allen Arbeitern, welche in dem letzten Jahre in dem betreffenden Bezirke als Ziegelarbeiter angestellt gewesen sind, das 25. Jahr erreicht haben und unbescholten sowie selbständig sind, die Wahl freigestellt. Die Stimmabgabe erfolgt bei den Districtsobrigkeiten, welche zu dem Ende einen Termin ansetzen werden, nachdem ihnen die Regierung die Namen der Bewerber sowie ein Ver-

zeichnis der stimmberechtigten Ziegelmeister und -Arbeiter mitgeteilt haben wird. Die Stimmenmehrheit entscheidet über die Wahl; würde jedoch keiner der Bewerber wenigstens die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, so steht der Regierung die Wahl unter denjenigen drei Bewerbern frei, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind.

§ 14.

Die Wahl wird in einem Wintermonate, wenn die Ziegelarbeiter in ihrem Lande anwesend sind, vorgenommen. Sollte sich dieselbe nicht schnell genug bewirken lassen und daher eine Störung in dem Geschäftsbetriebe zu besorgen stehen, so bleibt es der Regierung unbenommen, eine Anordnung wegen provisorischer Verwaltung des Dienstes, jedoch höchstens bis zum Ablaufe des Jahres, zu treffen.

§ 15.

Werden über die Dienstführung eines Ziegelagenten Beschwerden geführt und begründet gefunden, so ist die Regierung ermächtigt, denselben nach Anhörung des Ausschusses im Administrativwege seines Dienstes zu entlassen und eine Neuwahl anzuordnen.

§ 16.

Die Ziegelarbeiter eines jeden der drei Ziegeleibezirke bilden eine gewerbliche Genossenschaft. Stimmberechtigt in den Angelegenheiten sind jedoch, den im § 13 gedachten Fall ausgenommen, nur die Ziegelmeister.

§ 17.

Diejenigen Ziegelmeister, welche dem Betriebe einer Ziegelei bereits selbständig vorgestanden haben, werden als solche anerkannt.

Ins künftige kann jedoch keiner als Ziegelmeister auftreten, wenn er nicht als solcher förmlich aufgenommen ist.

Befähigt zur Aufnahme als Meister ist jeder Ziegelarbeiter, welcher 25 Jahre alt geworden ist und sich die nötigen technischen Kenntnisse erworben hat, auch hierüber sowie über sein Wohlverhalten glaubhafte Zeugnisse beizubringen vermag.

§ 18.

Die Aufnahme als Meister erfolgt durch den Ziegelagenten und den ihm beigegebenen Ausschluß (§ 29). Die Meldung geschieht bei jenem, welcher die Qualifikation des Bewerbers zu prüfen und darüber dem Ausschusse Vortrag zu erstatten hat. Der Beschluß erfolgt nach einfacher Stimmenmehrheit.

§ 19.

Wird die Aufnahme als Meister ohne zureichende Gründe verweigert, so bleibt die Beschwerdeführung bei der Regierung unbenommen.

§ 20.

Wenn ein Ziegelmeister wegen gemeiner Verbrechen kriminell bestraft wird oder einen durchaus unsittlichen Wandel führt, so kann er seines Meisterrechts verlustig erklärt werden. Die Entscheidung darüber steht dem Ausschluß (§ 29 und 33) und in letzter Instanz der Regierung zu.

§ 21.

Wer in dem einen Ziegeleibezirke als Meister aufgenommen ist, muß auch in den beiden anderen als solcher anerkannt und zugelassen werden.

§ 22.

Die Ziegelmeister, welche nach § 9 dazu qualifiziert sind, folglich einer Ziegelei ohne begründeten Tadel bereits vorgestanden haben, sind ermächtigt, den Betrieb auswärtiger Ziegeleien zu übernehmen und darüber mit den Ziegelherren Kontrakte abzuschließen; es liegt ihnen jedoch die Verpflichtung ob, den Ziegelagenten von dem Inhalte in Kenntnis zu setzen, welcher auf etwaige Mängel und daher drohende Nachteile aufmerksam zu machen hat.

§ 23.

Es bleibt aber den Ziegelmeistern bei der in § 9 angedrohten Strafe untersagt, über die Stellung von Ziegelarbeitern mit auswärtigen Ziegeleibesitzern Verabredung zu treffen oder Kontrakte abzuschließen, wenn sie nicht selbst den Betrieb der betreffenden Ziegelei übernehmen.

§ 24.

Wer das Meisterrecht noch nicht erworben hat und sich dennoch für einen Meister ausgibt und den Betrieb einer auswärtigen Ziegelei übernimmt, verfällt in eine Geldstrafe von 10 Rthl. bis 50 Rthl. oder in eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis 6 Wochen.

§ 25.

Den Ziegelmeistern steht es frei, ihre Unterarbeiter selbst anzudingen; jedoch haben sie dieselben bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 2 Rthl. für den Mann vor ihrer Abreise bei dem Ziegelagenten anschreiben zu lassen. Auch sind sie verbunden, dem letzteren die Kontrakt-Bedingungen mitzuteilen.

Die Agenten haben besonders dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihren verhältnismäßigen üblichen Lohn erhalten.

§ 26.

Es ist tunlichst dahin zu wirken, daß die sämtlichen, wenigstens aber doch die ersten Arbeiter einer Ziegelei den Betrieb derselben für gemeinschaftliche Rechnung übernehmen.

§ 27.

Auch ist auf alle Weise zu befördern, daß die Kontrakte sowohl mit dem auswärtigen Ziegelherrn als auch der Arbeiter unter sich schriftlich errichtet werden. Den Ziegelagenten wird empfohlen, zu dem Ende zweckmäßige Formulare lithographieren zu lassen.

§ 28.

Die Ziegelagenten haben im Spätherbst eines jeden Jahres die Ziegelmeister ihres Bezirks zu einer General-Versammlung zusammen zu berufen, auf welcher die gemeinsamen Angelegenheiten besprochen und beraten werden.

§ 29.

Auf diesen Generalversammlungen erwählen die Meister aus ihrer Mitte nach einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen einen Ausschuß von 6—12 Personen, welcher dem Ziegelagenten beratend zur Seite steht.

§ 30.

Die Wahl erfolgt auf die Dauer von drei Jahren; jedoch können die Gewählten ganz ablehnen oder auch vor der Zeit zurücktreten.

Jedes Jahr tritt ein Drittel aus und wird durch Neuwahlen ersetzt. In den beiden ersten Jahren entscheidet das Los über den Austritt. Die austretenden Mitglieder des Ausschusses können sofort wieder erwählt werden.

§ 31.

Der Ausschuß hat die allgemeinen Interessen der Ziegelerbeiter wahrzunehmen und das Wohl aller sowie jedes einzelnen nach besten Kräften zu fördern.

§ 32.

Es ist seine Pflicht, etwaige Mängel und Ungehörigkeiten zur Anzeige zu bringen; auch steht es ihm frei, Vorschläge zu eröffnen und Anträge zu stellen sowie er denn auch Gutachten, welche von der Regierung begehrt werden möchten, zu erstatten hat.

§ 33.

Insbesondere liegt dem Ausschusse ob, die Anmeldungen zum Meisterrechte zu prüfen und darüber sowie über die Ausschließung vom Meisterrechte gemeinschaftlich mit dem Ziegelagenten einen Beschluß zu fassen.

§ 34.

Sollten, wie dies in einem Ziegelbezirke bereits der Fall ist, gemeinschaftliche Kassen, z. B. Sterbe- und Kranken-Kassen, errichtet werden, so hat der Ausschuß die Rechnungen abzunehmen und die ordnungsmäßige Verwendung der Gelder zu überwachen.

Die Statuten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der Regierung.

§ 35.

Streitigkeiten zwischen den Ziegelerarbeitern über ihren Anteil an dem Verdienst sollen schiedsgerichtlich entschieden werden.

§ 36.

Der klagende Teil hat seine Beschwerde bei dem Ziegelagenten des betreffenden Bezirks anzubringen, welcher zunächst eine gütliche Beilegung des Streites zu bewirken suchen wird, falls aber dieser Versuch sich als fruchtlos ergeben sollte, die schiedsgerichtliche Entscheidung zu befördern hat.

§ 37.

Das Schiedsgericht besteht aus dem Ziegelagenten, aus drei Mitgliedern des Ausschusses (§ 29) und 2 Ziegelerarbeitern, welche nicht Meister sind, und einem rechtskundigen Beisitzer.

Die drei Mitglieder des Ausschusses werden in der Art ermittelt, daß in Gegenwart der Parteien 5 Mitglieder desselben durch das Los gewählt werden, von welchen dann jeder Teil ohne Anführung von Gründen ein Mitglied ablehnen kann. Machen die Parteien von diesem Rechte keinen Gebrauch, so treten diejenigen Mitglieder in das Schiedsgericht, auf welche zuerst das Los gefallen ist. Die zwei Ziegelerbeiter werden gewählt, und zwar von jeder Partei einer. Dieselben müssen die im § 13 bemerkten Eigenschaften haben, dürfen nicht selbst bei der Sache beteiligt sein und auch in keinem solchen Grade der Verwandtschaft oder Schwägerschaft zu den Parteien stehen, welcher sie als Zeugen verdächtig machen würde.

Der rechtskundige Beisitzer wird von der Regierung ernannt.

Würde von den Ziegelmeistern oder von den Ziegelerarbeitern wegen Verhinderung der eine oder der andere in dem Termine nicht erscheinen, so ist statt seiner aus den am Orte vorhandenen Ziegelmeistern resp. Ziegelerarbeitern ein Stellvertreter zu erwählen in der Art, daß der Agent drei vorschlägt, von welchen jeder Teil einen ablehnen kann.

§ 38.

Das Schiedsgericht tritt in der Regel an dem Orte zusammen, wo der Ziegelagent des betreffenden Distriks wohnt. Derselbe erläßt dazu die nötigen Einladungen an die Mitglieder des Gerichts.

Die sonst noch erforderlichen Anordnungen bleiben im Verwaltungswege der Regierung anheimgestellt.

§ 39.

Das Schiedsgericht tritt unter dem Vorsitz des Ziegelagenten zusammen, und liegt alsdann die Leitung der Verhandlung dem rechtskundigen Beisitzer ob. Ein Stimmrecht steht keinem von beiden zu. Die Parteien sind zum persönlichen Erscheinen zu dem zur Verhandlung der Sache angesetzten Termine mit der Weisung vorgeladen, die in Händen habenden Kontrakte, Abrechnungen und sonstige zur Erläuterung der Sache dienenden Papiere sowie auch Personen, welche über die Streitfrage Aufklärung geben können, mit zur Stelle zu bringen.

§ 40.

Die Vorladung hat der Ziegelagent in einer ihm geeignet scheinenden Weise zu bewirken, und zwar so, daß darüber kein Zweifel obwalten kann.

Wird derselben keine Folge geleistet, so nimmt das Gericht die von der Gegenpartei angegebenen tatsächlichen Verhältnisse als eingestanden an.

§ 41.

Der rechtskundige Beisitzer nimmt über die Verhandlung ein summarisches Protokoll auf. Werden Zeugen gestellt, so liegt ihm deren Vernehmung ob, und zwar nach vorheriger Verpflichtung, welche auf Verlangen der Parteien oder auch nur einer derselben eidlich, sonst aber vermittels Handschlag geschieht.

Sollten zweifelhafte Rechtsfragen zur Entscheidung vorliegen, worüber sich der rechtskundige Beisitzer gutachtlich zu äußern hat,

so wird das Schiedsgericht die betreffende Sache an die ordentlichen Gerichte verweisen.

§ 42.

Im anderen Falle erfolgt der Schiedsspruch nach Stimmenmehrheit. Derselbe ist von dem rechtskundigen Beisitzer in das Protokoll einzutragen und sofort zu publizieren.

§ 43.

Rechtsmittel finden nicht statt. Das Schiedsgericht bestimmt eine angemessene Frist, in welcher der unterliegende Teil seiner Verpflichtung nachzukommen hat. Läßt er dieselbe fruchtlos verstreichen, so kann der obsiegende Teil bei dem zuständigen ordentlichen Gerichte die Vollstreckung beantragen, zu welchem Ende ihm der rechtskundige Beisitzer eine beglaubigte Abschrift des Schiedsspruchs zu behändigen hat. Es muß diesem Antrage ohne Gestattung eines weiteren gerichtlichen Verfahrens ohne Anstand entsprochen werden.

§ 44.

Der Ziegelagent sowie der rechtskundige Beisitzer haben auf Gebühren keinen Anspruch. Die Gebühren der übrigen Gerichtsbeisitzer sowie der etwaigen Zeugen sind in billigmäßiger Weise festzusetzen, dürfen jedoch für den Tag 20 Sgr. für jeden nicht übersteigen.

Das Schiedsgericht hat darüber zu erkennen, wem diese Gebühren sowie die Kosten der Vorladung und etwaige Expeditionskosten zur Last fallen.

Allgemein ist anzuerkennen, daß die Regierung bestrebt war, das Zieglergewerbe durch gesetzliche Bestimmungen in richtige Bahnen zu lenken, die Ziegler nach Möglichkeit vor einseitiger Ausbeuterei durch die Unternehmer in Schutz zu nehmen und den bis dahin guten Ruf, dessen sich die lippischen Arbeiter überall zu erfreuen hatten, zu festigen und zu heben. Auch ist nicht zu leugnen, daß wenigstens der Versuch gemacht ist zur Lösung sozialpolitischer Fragen, die noch heute aktuell sind, und von denen manche Gegenstand lebhafter Erörterungen waren, sowohl in wissenschaftlichen Abhandlungen, als auch in Parlamenten und Versammlungen. Die Arbeitsvermittlung §§ 2, 3, 7, 9, der Befähigungsnachweis der Meister §§ 17—24, die Schiedsgerichte §§ 35—44, die Regelung der Lohnverhältnisse § 25, die Krankenfürsorge und Überwachung der Wohnung und Nahrung § 6, sowie die Kontrolle der Sterbe- und Krankenkassen § 34, das

alles waren Bestrebungen, die auf eine vernünftige Arbeiterpolitik hinweisen könnten.

Doch ist andererseits zweierlei herauszuheben, wodurch die guten Absichten illusorisch werden: Die Stellung der Ziegelerbeiter im Gesetz und die praktische Ausführung desselben.

Von einem freiheitlichen Geiste ist in dem Gesetze nichts zu spüren, vielmehr erkennt man die Fortsetzung der bestehenden staatlichen Bevormundung. Was besonders auffällt, ist auf der einen Seite die große Machtbefugnis, mit der die Agenten ausgestattet waren, sowie die Bevorzugung der Meister in den Ausschüssen und im Schiedsgericht, auf der anderen Seite das Zurückdrängen der Arbeiter in allen sie interessierenden Fragen. Die 3 Agenten und die vielen Meister hatten über das Wohl und Wehe der Arbeiter zu beraten und zu beschließen, so daß man in rechter Würdigung der Tatsache, daß letzten Endes die Agenten diktatorische Macht besaßen, das ganze Gesetz als eine Kontrolle über die Arbeiter bezeichnen kann.

Und wie gestaltete sich die praktische Durchführung? Aus den vielen Beschwerdeschriften und aus den Berichten der Agenten darf man mit Recht schließen, daß die meisten Bestimmungen tote Gesetzesparagrafen waren, um die sich weder Agenten noch Meister und Arbeiter kümmerten. Von einer staatlichen Überwachung des Gesetzes konnte kaum die Rede sein, da die Regierung ihre Informationen fast ausschließlich von den Agenten bezog; deren Eingaben und Berichten schenkte sie Glauben, während Beschwerden der Ziegler selten Beachtung fanden¹⁾.

Es war daher erklärlich, wenn die Bestimmungen nach und nach in Vergessenheit gerieten, und daß fast alle Ziegler zunächst erleichtert aufatmeten, als mit der Einführung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund das Zieglergewerbegesetz aufgehoben wurde und damit jede staatliche Bevormundung der Ziegler fiel.

¹⁾ Staercke, Lippische Ziegler, S. 37.

Zwar war auf Antrag des lippischen Bundeskommissars Heldmann in dem zur Diskussion des Reichstags gestellten Entwurf eines Gewerbegesetzes für den Norddeutschen Bund am Schluß des § 6 der Satz aufgenommen: „Die im Fürstentum Lippe geltenden Bestimmungen über die gewerblichen Verhältnisse der Ziegelarbeiter und Ziegelagenten werden durch gegenwärtiges Gesetz nicht berührt“. Doch wurde dieser Passus auf Antrag des demokratischen Abgeordneten Hr. v. Hennig nach Darlegung der Gründe gestrichen, da auch der lippische Vertreter Hausmann erklärte, „daß keine Veranlassung vorliege, irgendeine besondere Eigentümlichkeit in Lippe bestehen zu lassen“¹⁾.

¹⁾ Vergleiche stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags des Nordd. Bundes, Session 1869, 14. Sitzung, S. 240/41 u. Lipp. Volksbote, 11. Jahrgang 1869, Nr. 16. und Nr. 17.